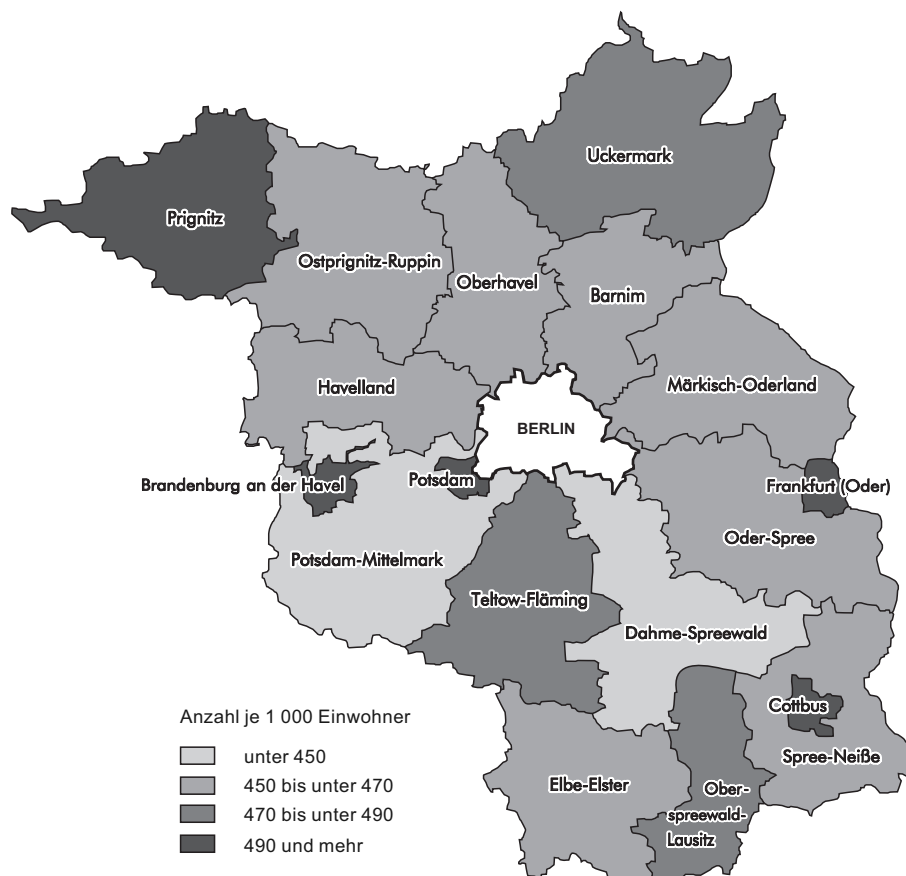


Daten + Analysen

Quartalsheft

Versorgungsgrad mit Wohnungen je 1 000 Einwohner 2000
nach Verwaltungsbezirken





Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berechnete Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 215

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Analysen,
Wahlen, Dienstleistungen und Handwerk

Dipl. Vw. Holger-Jens Hoffmann

Telefon: 0331 39-780

E-Mail: Holger-Jens.Hoffmann@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik

Dezernat Öffentlichkeitsarbeit

Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39-575

Fax: 0331 39-418

Internet: <http://www.brandenburg.de/lds/>

E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

ISSN 1617 - 2809

Erschienen im Februar 2002

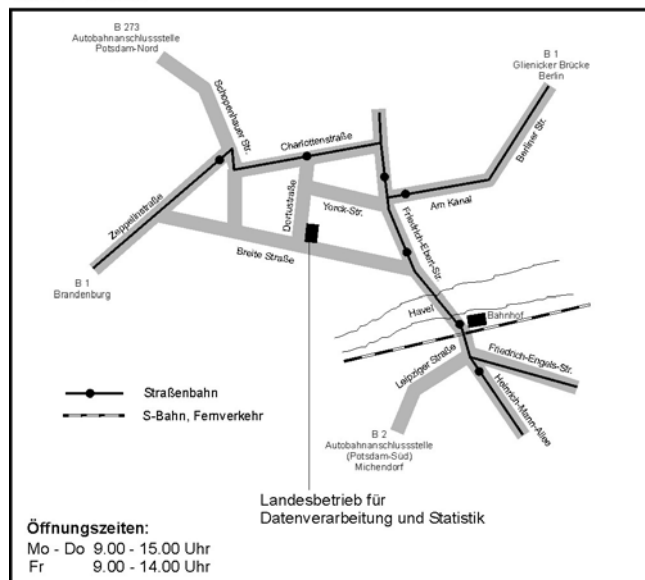
Preis: 4,00 EUR

Auskünfte und Vertrieb

Informationsservice Tel. 0331 39-575
Fax. 0331 39-418

Vertrieb Tel. 0331 39-497
Fax. 0331 39-418

So finden Sie uns:



© Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Daten + Analysen

IV 2001

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell

Im Monat der Euro-Einführung deutlich mehr Preisveränderungen	5
Uckermark bundesweit der größte Kreis	5
Weniger Betriebe, weniger Beschäftigte und weniger Umsatz im Ausbaugewerbe Brandenburgs	6
Erwerbstätige nutzen überwiegend das Auto für den Weg zur Arbeit	6
Neuer Höchststand bei den Studierendenzahlen im Wintersemester 2001/02	6
61,2 Millionen Wahlberechtigte bei der kommenden Bundestagswahl	7
0,6 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2001	7
Nettoeinkommen je Privathaushalt im Jahr 2000 bei 61 000 DM	8
Deutsche Erwerbslosenquote im internationalen Vergleich	9
Online-Einkauf im Statistik-Shop jetzt auch mit Kreditkarten möglich	10
Preisdynamik beim Übergang auf EURO-Preise	10
Herbstkonferenz der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	10
Sitzung der Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung des Statistischen Programms“ des Statistischen Beirats	11
10. Wissenschaftliches Kolloquium „Unternehmen in der Statistik - Konzepte, Strukturen, Dynamik“	12
Verstärktes F&E-Engagement in den Jahren 1999 und 2000	13
Das Kreditwesen in Europa – Zunehmende Konzentration und Wandel der Vertriebsnetze	13
Neue EUROSTAT-Webseite mit den wichtigsten Konjunkturindikatoren	14

Wussten Sie schon...?

Der Registergestützte Zensus-Test	15
Statistik der Region Berlin - Brandenburg im World - Wide - Web	17
Neue Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 2002	19
Gemeindestrukturreform im Land Brandenburg	22
EVS 1998: Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	25

Beiträge

Wohnungsbestand in Brandenburg	29
Dienstleistungsbereich: Eine Datenlücke wird geschlossen	50
Transformationsprozess und Strukturwandel in der Brandenburger Industrie	58
Vom Bruttoinlandsprodukt zum verfügbaren Haushaltseinkommen	72
Johann Peter Süßmilch: Pfarrer, Universalwissenschaftler und „Vater der deutschen Statistik“	78

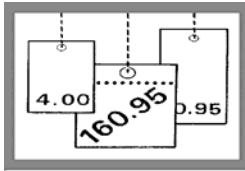
Buchbesprechungen

Gerhard-Fürst-Preis

Neue Veröffentlichungen

Aus Brandenburg

Im Monat der Euro-Einführung deutlich mehr Preisveränderungen

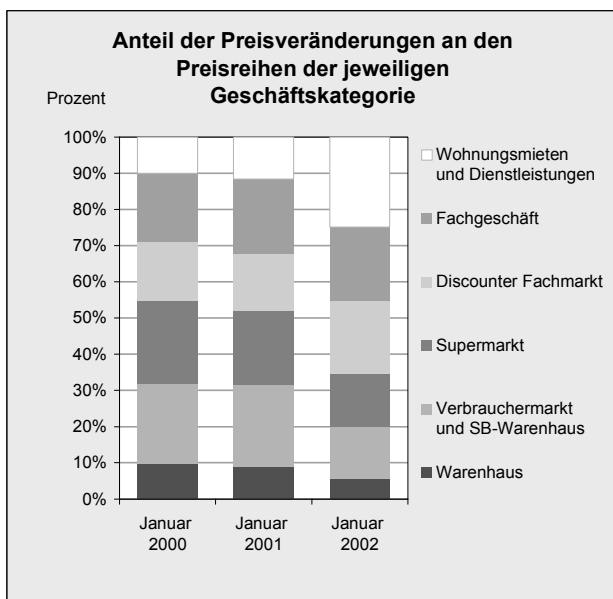


Im Zusammenhang mit der Währungsumstellung von DM in Euro im Januar 2002 wurden bei der monatlichen Preisbeobachtung deutlich mehr Preisveränderungen festgestellt als in vorherigen Befragungsmonaten.

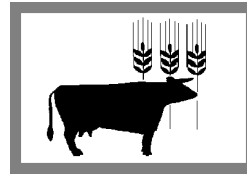
40 Prozent der beobachteten und in den Preisindex für die Lebenshaltung des Landes Brandenburg eingehenden Preise wiesen eine Preisveränderung aus. Verglichen mit dem Durchschnitt der monatlichen Preisveränderungen des Jahres 2001 hat sich die Anzahl mehr als verdoppelt. Davon waren 21,6 Prozent Preiserhöhungen und 18,4 Prozent Preissenkungen.

Eine detailliertere Untersuchung der Preisveränderungen ergab, dass sich 23,9 Prozent der Preiszunahmen und 44,4 Prozent der Preisrückgänge in der Spanne von 1 bis 5 Cent bewegten.

Die Untersuchung der Preisbewegungen nach Geschäftskategorien insbesondere in Discountern, Fachgeschäften und im Dienstleistungsbereich verdeutlicht, dass im Januar 2002 gegenüber dem gleichen Monat der Vorjahre ihre Anzahl überdurchschnittlich gestiegen ist.



Uckermark bundesweit der größte Kreis



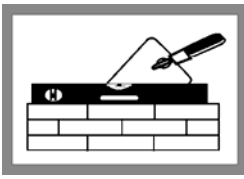
Der Kreis **Uckermark** ist mit 305 813 Hektar der größte Kreis Brandenburgs und gleichzeitig der größte Kreis der Bundesrepublik Deutschland. Der **zweitgrößte Kreis** Brandenburgs ist

mit rund 268 000 Hektar der Kreis **Potsdam-Mittelmark**. Er ist bundesweit der drittgrößte Kreis. Damit ist jeder der beiden Landkreise größer als das Saarland (rund 257 000 Hektar). Insgesamt umfasst das Land Brandenburg eine Fläche von 2,95 Millionen Hektar. Es ist damit das größte der neuen Bundesländer und liegt bundesweit auf Rang 5. Fast die Hälfte der Landesfläche nimmt mit rund 1,47 Millionen Hektar die **Landwirtschaftsfläche** ein. Die **Waldfläche** umfasst mit 1,03 Millionen Hektar mehr als ein Drittel der Landesfläche. Weitere rund 240 000 Hektar (8,2 Prozent der Landesfläche) sind **Siedlungs- und Verkehrsfläche**. Diese Flächennutzungsart hat im Vergleich zu 1997 mit 13 642 Hektar den größten Zuwachs zu verzeichnen. Die **Wasserflächen** haben im Land Brandenburg mit 100 405 Hektar seit 1993 einen konstanten Flächenanteil von 3,4 Prozent.

Regional treten im Land Brandenburg teilweise **erhebliche Unterschiede** bei der Verteilung der einzelnen Nutzungsarten auf. Die Landwirtschaftsfläche hat in den Kreisen Prignitz (68,0 Prozent), Märkisch-Oderland (63,6 Prozent) und Uckermark (63,2 Prozent) einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil an den Nutzungsarten. Die höchsten Anteile an Waldflächen sind in den Kreisen Oder-Spree (47,7 Prozent), Barnim (46,6 Prozent), Spree-Neiße (45,4 Prozent) und Dahme-Spreewald (45,1 Prozent) zu verzeichnen. Einen über dem Landesdurchschnitt liegenden Anteil an Wasserflächen verzeichnen neben Brandenburg an der Havel (18,8 Prozent) und Potsdam (11,5 Prozent) die Kreise Barnim (5,2 Prozent) und Uckermark (5,1 Prozent).

Die flächenmäßig größte Gemeinde Brandenburgs ist die Gemeinde **Nuthe-Urstromtal** im Kreis Teltow-Fläming. Sie ist mit 33 391 Hektar bundesweit die größte Gemeinde ohne Stadtrecht. Der Größe nach folgen Neuruppin mit 30 345 Hektar und Brandenburg an der Havel mit 20 798 Hektar. Die drei kleinsten Gemeinden des Landes sind Niebelhorst (Kreis Potsdam-Mittelmark) mit 68 Hektar, Sophienstadt (Kreis Barnim) mit 79 Hektar und Neu-Mahlisch (Kreis Märkisch-Oderland) mit 133 Hektar. Diese und weitere Informationen über die Flächen und Flächennutzungen des Landes Brandenburg sowie seiner Kreise und Gemeinden sind Ergebnis der Flächenerhebung 2001 (Stichtag 31.12.2000) und können dem Statistischen Bericht „Flächenerhebung 2001 nach Art der tatsächlichen Nutzung“ entnommen werden.

Weniger Betriebe, weniger Beschäftigte und weniger Umsatz im Ausbaugewerbe Brandenburgs



Die jährliche Erhebung im **Ausbaugewerbe** (Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe) des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik zum Stichtag 30. Juni 2001 ergab, dass die

Zahl der Betriebe und Beschäftigten in dieser Branche gegenüber dem Vorjahresergebnis zurück gegangen ist. Gleichzeitig sank auch der Umsatz.

Ende Juni 2001 wurden in Brandenburg 870 Ausbaubetriebe mit zehn und mehr tätigen Personen ermittelt. Das sind 102 Betriebe (- 10,5 Prozent) weniger als zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. In diesen Betrieben wurden am 30. Juni 2001 insgesamt 19 813 Beschäftigte, 3 193 Beschäftigte (- 13,9 Prozent) weniger als am gleichen Stichtag des Vorjahres ermittelt. Der Rückgang bei den Beschäftigten ist damit etwas geringer ausgefallen als vor Jahresfrist. Die in die Erhebung einbezogenen Betriebe des Ausbaugewerbes beschäftigten zur Jahresmitte 2001 über 7 000 Personen weniger als vor zwei Jahren.

Der ausbaugewerbliche Umsatz der in dieser Erhebung einbezogenen Betriebe betrug im Kalenderjahr 2000 insgesamt 2 575 Millionen DM. Im Vergleich zum Vorjahr ging der ausbaugewerbliche Umsatz um 521 Millionen DM (- 16,8 Prozent) zurück. Auch der Umsatz, der für das 2. Vierteljahr 2001 erhoben wurde, ist mit einem Rückgang von 14,9 Prozent deutlich geringer ausgefallen als vor Jahresfrist. Er beträgt 590 Millionen DM für das 2. Vierteljahr 2001. Im Vorjahr konnten noch über 690 Millionen DM ermittelt werden.

Erwerbstätige nutzen überwiegend das Auto für den Weg zur Arbeit



Im Mai 2000 wurden durch den Mikrozensus neben den Fragen zum Haushalt und der Familie auch Fragen zum **Pendlerverhalten der Bevölkerung** gestellt.

Dabei machten rund 91 Prozent

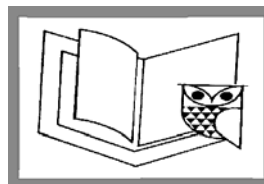
der befragten Erwerbstätigen Aussagen zu ihrem Pendlerverhalten. Bei der Auswertung wurde festgestellt, dass zwei Drittel der Erwerbstätigen als Selbst- oder Mitfahrer mit dem PKW zur Arbeit fahren. Damit ist das Auto das meist genutzte Verkehrsmittel für den Arbeitsweg. 1991, zu Beginn der Mikrozensus-erhebungen, fuhr nur jeder dritte Erwerbstätige mit dem PKW.

Die Bedeutung von Motorrad, Moped und Fahrrad sowie des öffentlichen Nahverkehrs für die Bewältigung des Arbeitsweges ging von 1991 zu 2000 im Flächenland Bran-

denburg drastisch zurück. Vor zehn Jahren fuhren noch annähernd 29 Prozent der Berufstätigen mit dem Motorrad, Moped oder Fahrrad und etwa 19 Prozent mit Bus und Bahn. Bis zum Jahr 2000 sanken die Zahlen auf 16 bzw. 9 Prozent. Der Anteil der Fußgänger an den Erwerbstätigen ist seit dem ersten Befragungsjahr von 12 auf 8 Prozent zurückgegangen.

Der Zeitaufwand für den Weg zur Arbeit steigt weiter an. Diese Entwicklung ist auf die immer größer werdenden Wegstrecken zur Arbeit zurückzuführen. Von den Befragten benötigten 23 Prozent (1991: 23 Prozent) weniger als zehn Minuten, 43 Prozent (1991: 53 Prozent) zwischen zehn Minuten und einer halben Stunde und 19 Prozent (1991: 12 Prozent) eine halbe bis eine Stunde für den Weg zur Arbeit. 11 Prozent (1991: 6 Prozent) benötigen dafür sogar eine Stunde und mehr. Der überwiegende Teil (46 Prozent) der in Brandenburg lebenden Erwerbstätigen pendelte innerhalb der Wohnsitzgemeinde, 38 Prozent zwischen den Gemeinden des Landes und 16 Prozent pendelten über die Landesgrenze hinaus. Vor zehn Jahren arbeiteten noch fast 63 Prozent innerhalb der Gemeinde bzw. Stadt, 30 Prozent in anderen Gemeinden und Städten des Landes und 7 Prozent hatten ihren Arbeitsplatz in einem anderen Land.

Neuer Höchststand bei den Studierendenzahlen im Wintersemester 2001/02



2001/02 sind nach vorläufigen Angaben 34 562 Studierende an den elf Hochschulen des Landes Brandenburg als Haupt- oder Nebenhörer eingeschrieben. Das sind 1 547 oder 4,7 Prozent mehr als im Winterse-

mester des Vorjahres.

Die Zahl der Studentinnen stieg um 918 auf 17 317. Damit liegt die Frauenquote, im Gegensatz zum vorherigen Wintersemester, wieder knapp über 50 Prozent.

Die brandenburgischen Hochschulen werden für **ausländische Studierende** zunehmend attraktiver. Das belegen die gestiegenen Studierendenzahlen an den meisten Hochschulen Brandenburgs. Insgesamt besitzt jeder achte Studierende eine ausländische Staatsbürgerschaft. Entsprechend der internationalen Ausrichtung ist der Anteil ausländischer Studierender an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) nach wie vor am höchsten (42,6 Prozent). An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus studieren 22,9 Prozent Ausländer.

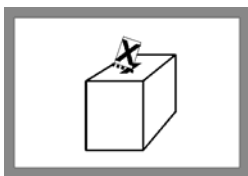
7 143 der in Brandenburg Studierenden haben zu Semesterbeginn erstmals ein Studium in Deutschland aufgenommen. Das sind so viel wie niemals zuvor. Auch die

Zahl der Studienanfänger im ersten Fachsemester erreichte mit 9 059 einen neuen Höchststand.

An den drei **Universitäten** des Landes sind zur Zeit 22 625 Personen eingeschrieben, 976 mehr als im vergangenen Wintersemester. Die Zahl der Studierenden an den **Fachhochschulen** (ohne Verwaltungsfachhochschulen) stieg um 767 auf 10 936 an. Damit beträgt der Anteil der Studierenden, die an einer Fachhochschule eingeschrieben sind, 31,6 Prozent. Dieser Anteil ist in den vergangenen Jahren ständig gestiegen. An der **Hochschule für Film und Fernsehen**, der einzigen Kunsthochschule des Landes, blieb die Zahl der Studierenden gegenüber dem letzten Wintersemester nahezu unverändert. An den beiden **Verwaltungsfachhochschulen** sind die Studierendenzahlen weiterhin rückläufig. Hier studieren zur Zeit 385 Personen. Am stärksten frequentiert ist nach wie vor die Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im ersten Studienfach haben sich hierfür 13 668 Studierende eingeschrieben. Es folgen die Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (6 978 Studierende), Ingenieurwissenschaften (5 875) und Mathematik, Naturwissenschaften (5 085). Die anderen Studierenden entfallen auf die Fächergruppen Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften; Kunst, Kunstwissenschaft; und Sport. Hohe Zuwachsraten gab es in den Sprach- und Kulturwissenschaften (+ 590 Studierende), Mathematik, Naturwissenschaften (+ 489) und Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (+ 377).

Aus Deutschland

61,2 Millionen Wahlberechtigte bei der kommenden Bundestagswahl



Wie der Bundeswahlleiter mitteilt, werden bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 - nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes - im Bundesgebiet

etwa 61,2 Millionen Deutsche wahlberechtigt sein. Von den Wahlberechtigten sind ca. 31,9 Millionen Frauen und ca. 29,3 Millionen Männer. Bei der Bundestagswahl 1998 waren rund 60,8 Millionen Personen wahlberechtigt.

Erstmals an einer Bundestagswahl können etwa 3,3 Millionen Wahlberechtigte (1,7 Millionen Männer und 1,6 Millionen Frauen) teilnehmen. Hierbei handelt es sich um die

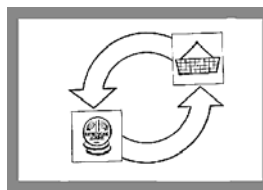
jungen Deutschen, die seit der letzten Bundestagswahl wahlberechtigt geworden sind, d. h. die in der Zeit vom 28. September 1980 bis 22. September 1984 geboren sind.

Die Altersstruktur der Wahlberechtigten bei der Wahl des 15. Deutschen Bundestages stellt sich voraussichtlich wie folgt dar:

- ❑ 2,5 Millionen oder 4 Prozent aller Wahlberechtigten (Männer: 1,3 Millionen, Frauen: 1,2 Millionen) sind unter 21 Jahren,
- ❑ 25,1 Millionen Wahlberechtigte bzw. 41 Prozent (Männer: 12,8 Millionen, Frauen: 12,3 Millionen) sind zwischen 21 bis unter 45 Jahren,
- ❑ 14,4 Millionen Wahlberechtigte oder 24 Prozent (Männer: 7,2 Millionen, Frauen: 7,2 Millionen) sind 45 bis unter 60 Jahre alt und

19,2 Millionen Wahlberechtigte bzw. 31 Prozent (Männer: 8,0 Millionen, Frauen: 11,2 Millionen) sind 60 Jahre oder älter.

0,6 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2001

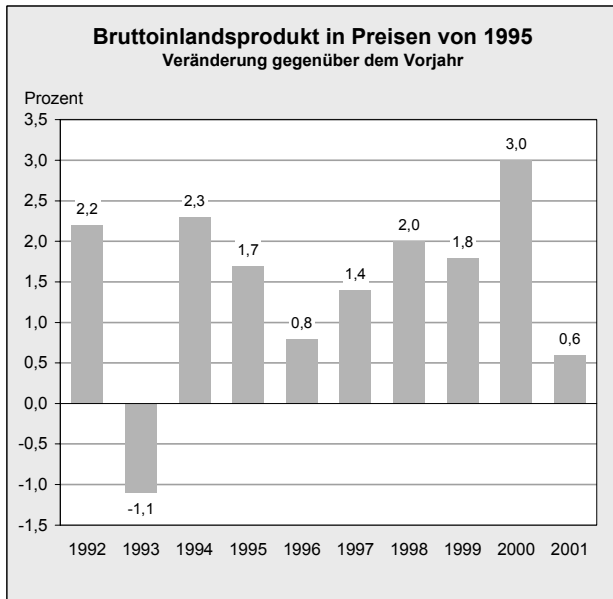


Nach Berechnungen von Destatis, dem Statistischen Bundesamt, nahm das **deutsche Bruttoinlandsprodukt**, der Wert der erwirtschafteten Leistung, im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr real um 0,6 Prozent zu.

Das war - nach einem Rückgang um 1,1 Prozent im Jahr 1993 - das schwächste wirtschaftliche Wachstum in Deutschland seit der deutschen Einheit.

Im Jahr 2001 standen in Deutschland knapp zwei Arbeitstage weniger als im Vorjahr zur Verfügung. Nach rechnerischer Ausschaltung dieses Kalendereffekts ergäbe sich eine Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,8 Prozent.

Zum Wirtschaftswachstum 2001 trug der reale Außenbeitrag mit gut einem Prozentpunkt bei, die inländische Verwendung des Bruttoinlandsprodukts ging dagegen um 0,5 Prozent zurück. Der deutliche Rückgang der realen Bruttoanlageinvestitionen (- 4,1 Prozent) und der kräftige Vorratsabbau konnten durch die Zunahme der privaten (+ 1,4 Prozent) und der staatlichen (+ 1,3 Prozent) Konsumausgaben nicht ausgeglichen werden.



Der Staatssektor wies im Jahr 2001 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 53,8 Milliarden Euro auf; bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sind dies 2,6 Prozent. Der Referenzwert nach dem Maastrichtvertrag liegt bei 3 Prozent.

Nettoeinkommen je Privathaushalt im Jahr 2000 bei 61 000 DM



Nach Berechnungen von Destatis, dem Statistische Bundesamt, hatten die **privaten Haushalte** in Deutschland im Jahr 2000 im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von 60 700 DM. Gegenüber 1991 (50 200

DM) flossen 21 Prozent mehr Einkommen in die Haushaltskassen.

Auf Grund des ungebrochenen Trends zu kleineren Haushalten erhöhte sich das **Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied** stärker (+ 27 Prozent). Pro Kopf standen im Jahr 2000 28 000 DM für Konsum und Sparen zur Verfügung (1991: 22 100 DM).

Real, d. h. nach Abzug der Preissteigerungen für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, stand den Haushalten im Jahr 2000 im Durchschnitt etwas weniger Geld zur Verfügung als 1991 (- 1 Prozent). Je **Haushaltsmitglied** hat sich aber das reale Durchschnittseinkommen zwischen 1991 und dem Jahr 2000 um gut 3 Prozent erhöht.

Durchschnitt etwas weniger Geld zur Verfügung als 1991 (- 1 Prozent). Je Haushaltsmitglied hat sich aber das reale Durchschnittseinkommen zwischen 1991 und dem Jahr 2000 um gut 3 Prozent erhöht.

Netto-Jahreseinkommen je Haushalt in Deutschland

Haushalte nach sozialer Stellung der Bezugsperson	1991	2000	Veränderung 2000/1991
	DM je Haushalt		Prozent
Privathaushalte insgesamt	50 200	60 700	21
Haushalte von ...			
Selbstständigen	140 600	173 000	23
Arbeitnehmern	53 300	64 600	21
Beamten	66 200	76 500	16
Angestellten	56 600	69 000	22
Arbeitern	47 100	56 400	20
Nichterwerbstätigen	32 200	40 300	25
darunter			
Arbeitslosengeld/-hilfeempfängern	31 000	36 500	18
Rentnern	32 700	40 500	24
Pensionären	45 100	53 200	18
Sozialhilfeempfängern	21 000	26 100	24

Nach Haushaltsgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede:

- ❑ Selbstständigenhaushalte erzielten mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 173 000 DM im Jahr 2000 (1991: 140 600 DM) die höchsten Durchschnittseinkommen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Selbstständige in der Regel ihre Altersvorsorge aus ihrem Nettoeinkommen bestreiten müssen und es sich um eine sehr heterogene Gruppe von Einkommensbeziehern handelt: Von Kleingewerbetreibenden, selbstständigen Landwirten bis hin zu freiberuflich tätigen Ärzten, Anwälten, Architekten und anderen Berufsgruppen.
- ❑ Bei Haushalten, deren Bezugsperson vor allem Einkommen aus einer unselbstständigen Tätigkeit bezieht, lagen im Jahr 2000 die Beamtenhaushalte mit 76 500 DM vor den Angestelltenhaushalten (69 000 DM) und den Arbeiterhaushalten (56 400 DM).
- ❑ Nichterwerbstätigenhaushalte, in denen im Vergleich zu Erwerbstätigenhaushalten häufiger nur eine oder zwei Personen wohnen, hatten mit 40 300 DM das geringste Haushaltseinkommen.

Bei einer Betrachtung des Nettoeinkommens je Haushaltsmitglied - Unterschiede in der zahlenmäßigen Zusammensetzung der Haushalte werden dadurch ausgeschaltet - ergibt sich ein etwas anderes Bild: Angestellten- und Beamtenhaushalten stand pro Kopf nahezu der gleiche Einkommensbetrag (jeweils knapp 30 000 DM im Jahr 2000) zur Verfügung; Arbeiterhaushalte (20 800 DM) hatten je Haushaltsmitglied durchschnittlich ein geringeres

Einkommen als Haushalte von Rentnern und Pensionären (24 600 DM bzw. 31 900 DM).

Methodik:

Die hier dargestellten Nettoeinkommen der privaten Haushalte wurden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechnet. Sie schließen die von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich empfangenen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen sowie empfangene laufende Transfers, wie z. B. Rente, Pension, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kinder- und Erziehungsgeld ein. Die direkten Steuern und Sozialbeiträge sowie die Zinsen auf Konsumentenkredite sind abgezogen. Nicht eingeschlossen sind unterstellte Einkommen, etwa für die Nutzung eigener Wohnungen oder die Verzinsung von Lebensversicherungsrückstellungen. Erstattungen privater Krankenkassen und Beihilfezahlungen an Beamte und Pensionäre sind ebenfalls nicht im Nettoeinkommen enthalten. Dargestellt sind Durchschnittswerte. Die tatsächlichen Einkommen können nach oben und unten erheblich vom Durchschnitt abweichen.

Deutsche Erwerbslosenquote im internationalen Vergleich



Wie Destatis, das Statistische Bundesamt, mitteilt, lag die **standardisierte saisonbereinigte Erwerbslosenquote** in Deutschland im November 2001 wie bereits im Vormonat bei 8,0 Prozent. Sie war damit im Oktober 2001 etwas niedriger als in der Eurozone mit 8,4 Prozent, aber geringfügig höher als in der gesamten Europäischen Union (EU) mit 7,7 Prozent. Im Vorjahresvergleich ging die Erwerbslosenquote der Eurozone (einschließlich Griechenland) und der EU im Oktober um 0,2 Prozentpunkte zurück, in Deutschland nahm sie um 0,3 Prozentpunkte zu.

Die standardisierte saisonbereinigte Erwerbslosenquote wird für Deutschland gemeinsam von der **Bundesanstalt für Arbeit** und **Destatis** nach Verfahren ermittelt, die von der **Europäischen Union** festgelegt sind. Jahreszeitliche bedingte Schwankungen sind ausgeschaltet. Vergleichbare Angaben für andere Mitgliedstaaten der EU veröffentlicht das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat).

Die **Eurozone** zeigt bei den **Erwerbslosenquoten** starke regionale Unterschiede. Fünf Mitgliedstaaten - Spanien (12,9 Prozent), Griechenland (Jahresdurchschnitt 2000: 11,1 Prozent), Italien (Juli 2001: 9,4 Prozent), Finnland (9,1 Prozent) und Frankreich (8,7 Prozent) - waren im Ok-

tober 2001 oder in dem Zeitraum, für den die aktuellsten vergleichbaren Angaben vorliegen, stärker als Deutschland von Erwerbslosigkeit betroffen. Wesentlich niedrigere Quoten verzeichneten die Niederlande (September 2001: 2,2 Prozent) und Luxemburg (Oktober 2001: 2,5 Prozent).

In allen Mitgliedstaaten der Eurozone sind überdurchschnittlich viele junge Menschen erwerbslos. Mit 9,6 Prozent lag die saisonbereinigte standardisierte Erwerbslosenquote im Oktober 2001 für die unter 25-Jährigen in Deutschland jedoch wesentlich niedriger als in der Eurozone mit 16,4 Prozent. Nur Luxemburg (7,4 Prozent), Irland (6,3 Prozent), Österreich (6,1 Prozent) und die Niederlande (September 2001: 4,3 Prozent) schnitten bei dieser Personengruppe besser ab als Deutschland. Noch deutlichere Unterschiede zeigten sich bei den Frauen unter 25 Jahren. Ihre Erwerbslosenquote lag im Oktober 2001 in der Eurozone mit 18,0 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland mit 8,4 Prozent. Die standardisierte saisonbereinigte Erwerbslosenquote - Zahl der Erwerbslosen in Prozent aller Erwerbspersonen in Privathaushalten ohne

Standardisierte Erwerbslosenquote				
Jahr/Monat		Deutschland	EU-15	Eurozone ¹⁾
		Prozent		
		Jahresdurchschnitt		
1997		9,9	10,6	11,5
1998		9,3	9,9	10,8
1999		8,6	9,1	9,9
2000		7,9	8,2	8,9
		Monatsmitte Saisonbereinigt		
2000	Oktober	7,7	7,9	8,6
	November	7,7	7,9	8,6
	Dezember	7,7	7,8	8,5
2001	Januar	7,7	7,8	8,5
	Februar	7,7	7,7	8,4
	März	7,8	7,7	8,4
	April	7,8	7,7	8,4
	Mai	7,8	7,7	8,4
	Juni	7,9	7,7	8,4
	Juli	7,9	7,7	8,4
	August	7,9	7,7	8,3
	September	7,9	7,7	8,4
	Oktober	8,0	7,7	8,4
	November	8,0

1) EU ohne Dänemark, Schweden und Vereinigtes Königreich.
Quelle: Eurostat, Bundesanstalt für Arbeit und Destatis

Wehr- und Zivildienstleistende - dient internationalen Vergleichen und folgt einheitlichen vom Internationalen Arbeitsamt (ILO) aufgestellten Normen. Sie ist wegen vielfältiger Abgrenzungsunterschiede nicht mit der für Deutschland geltenden Arbeitslosenquote der Bundesanstalt für Arbeit - Zahl der registrierten Arbeitslosen in Prozent der zivilen Erwerbspersonen - vergleichbar.

Online-Einkauf im Statistik-Shop jetzt auch mit Kreditkarten möglich

Im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes kann jetzt auch mit **Kreditkarte** bezahlt werden. Damit führt das Statistische Bundesamt, Destatis, als erste Bundesbehörde die elektronische Zahlung für Behördendienstleistungen und -produkte ein. Der Statistik-Shop von Destatis im Internet zählt zu den Pilotprojekten für die Verwaltungsmodernisierung im Rahmen der Interaktive der Bundesregierung „**Moderner Staat - moderne Verwaltung**“.

Seit der Eröffnung des Statistik-Shops vor einem Jahr haben mittlerweile 15 000 Kunden den bequemen Einkaufsservice im Internet für statistische Fachveröffentlichungen genutzt. Unter der Adresse www.destatis.de/shop bietet Destatis seine aktuellen Veröffentlichungen in digitaler Form zum unmittelbaren Herunterladen auf den eigenen PC an. Gegenüber herkömmlichen Printprodukten ergibt sich für die Statistikkunden ein Aktualitätsgewinn von bis zu zwei Wochen durch Wegfall der Herstellungs- und Versandzeit. Daneben können im Statistik-Shop auch ausgewählte Printprodukte und CD-ROMs online bestellt - und jetzt auch bezahlt - werden, die unmittelbar in den Versand gehen.

Preisdynamik beim Übergang auf Euro-Preise

Kurz vor und seit der Euro-Bargeldeinführung wird vielfach die Frage erörtert, ob und inwieweit die Ablösung der DM durch den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland zu Preiserhöhungen führt.

Wie bereits Ende Oktober mitgeteilt, beobachtet das Statistische Bundesamt deshalb seit geraumer Zeit gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank etwa **18 000 Preisreihen aus 35 Produktgruppen des täglichen Bedarfs**, die üblicherweise am deutschen Markt zu „attraktiven“ Preisen angeboten werden. Als „**attraktiv**“ gelten glatte Preise, die auf 0 oder 5 enden, sowie so genannte Schwellenpreise, die auf 8 oder 9 enden.

Der **geschätzte Einfluss euro-induzierter Preisänderungen** - dies sind Preisänderungen, die bei der Umstellung von einem attraktiven DM-Preis auf einen attraktiven Euro-Preis beobachtet werden - hat sich in den letzten Monaten leicht erhöht, bleibt jedoch insgesamt bislang sehr gering. Bei den untersuchten Produkten war im Zeitraum von Ja-

nuar bis Oktober 2001 im Durchschnitt jede sechste Preisänderung (16,2 Prozent) euro-induziert. Der **geschätzte Einfluss** aller seit Beginn 2001 festgestellten euro-induzierten Preisänderungen für die untersuchten Produktgruppen - nicht für den Verbraucherpreisindex insgesamt - liegt zur Zeit zwischen 0 und 0,5 Prozentpunkten.

Festzuhalten bleibt, dass eine **Aussage über den Einfluss der Euro-Einführung** auf das Preisniveau wissenschaftlich nicht exakt bestimmbar ist. Die beobachteten Erzeugnisse des täglichen Bedarfs repräsentieren nur einen geringen Teil des Gesamtindex. Die von DESTATIS beobachtete Entwicklung der Verbraucherpreise im Januar 2002 lässt jedoch den Schluss zu, dass der Übergang auf EURO-Preise den Gesamtindex nach vorläufigen Ergebnissen kaum beeinflusst hat.

Eine ausführliche Darstellung dieser **Preisanalysen aus Anlass der Euro-Einführung im Internet** wurde aktualisiert. Sie enthält neue Ergebnisse und grafische Darstellungen für eine Reihe ausgewählter Produkte und ist zu finden unter:

www.destatis.de/basis/d/preis/vpitsti10.htm

Herbstkonferenz der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Amtsleiterkonferenz informierte sich am 13./14. November 2001 über verschiedene Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der amtlichen Statistik, u. a. wurden Leitlinien zum **Projektmanagement** im Verbund verabschiedet. Ein weiteres Thema war das Konzept zur Umsetzung der **EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich** (Alternativkonzept). Dafür soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, die die Finanzverwaltung der Länder und die Bundesanstalt für Arbeit (BA) verpflichtet, die notwendigen Angaben - soweit verfügbar - monatlich an die amtliche Statistik zu liefern. Die von der Amtsleiterkonferenz eingesetzte Projektgruppe soll ein Konzept für Tests erarbeiten.

Um dem auf dem EU-Gipfel von Lissabon (März 2000) und Nizza (Dezember 2000) formulierten Handlungsbedarf im Bereich der Beschreibung von Armut und sozialer Ausgrenzung Rechnung zu tragen, bereitet das **Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat)** in der Nachfolge des Europäischen Haushaltspanels die **EU-Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)** vor.

Ein von **Eurostat** vorgelegter Entwurf einer Rechtsverordnung sieht die Bereitstellung - in der Regel beginnend mit dem Jahr 2004 - von Querschnitts- und Längsschnittdaten vor. Die von den Leitern der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eingesetzte **Ad-hoc-Bund-Länder-Arbeitsgruppe** „Amtliche Statistik und sozi-ökonomische Fragestellungen“ diskutiert derzeit verschiedene Modelle, wie eine Integration in das System der Wirtschaftsrechnung der privaten Haushalte erfolgen könnte. Die Amtsleiter nahmen den Bericht zur Kenntnis und beauftragten sie, die Arbeiten planmäßig weiterzuführen.

Ferner nahmen die Amtsleiter den Stand der Arbeiten am umfassenden statistikinternen **Unternehmensregister (URS 95)** zur Kenntnis und bekräftigten, dass die Arbeiten am URS 95 mit hohen Prioritäten und dem entsprechenden Einsatz an qualifiziertem Personal fortgeführt werden müssen. Dies sei im Hinblick auf die weiter zunehmenden Anforderungen an das Unternehmensregister, insbesondere im Zusammenhang mit der erstmaligen Durchführung einer **Dienstleistungsstatistik, dem Konzept zur Umsetzung der Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich** und den Überlegungen zum Einsatz von **Großzählungen** (Handelszensus, Handwerkszählung) durch Registerauswertungen dringen erforderlich. Die Amtsleiterkonferenz befürwortet die Fortführung der Arbeiten am URS 99 mit dem Schwerpunkt der Weiterentwicklungen des Fachkonzepts und nahm den Bericht des Statistischen Bundesamtes zur Einführung einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer ab 2005 zur Kenntnis.

Zum **Zensusgesetz** vom 3. August 2001 waren sich die Amtsleiter einig, dass dessen Vollzug bei Bund und Ländern weiterhin besonderer Anstrengungen bedarf. Der Zensustest war Thema eines Pressegespräches am 28. November 2001 in Berlin. Bei den Entwicklungen im Bereich Marketing sahen die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die dringende Notwendigkeit eines gemeinsamen Internet-Portals und befürworteten die Einsetzung einer Bund-Länder-Projektgruppe „Internet-Portal“, die ein umfassendes Konzept erarbeiten soll.

Das Statistische Bundesamt berichtete über die seit dem Frühjahr 2000 erfolgten Arbeiten im Zusammenhang mit dem Übergang auf ein Konzept der **unterjährigen Erhebungen des Mikrozensus**.

Die Amtsleiter nahmen den Erfahrungsbericht zu den Organisationsuntersuchungen zur Kenntnis. Sie stimmten dem vorgeschlagenen Konzept zur Einführung eines unterjährigen Mikrozensus ab dem 01. Januar 2005 zu und beauftragten die **Arbeitsgruppe „Organisatorisch-technische Weiterentwicklung des Mikrozensus“** sowie die neu zu bildenden Ad-hoc-Unterarbeitsgruppen, die Umsetzung des unterjährigen Konzeptes und die weiteren vorbereitenden Arbeiten zum Mikrozensus ab 2005 ent-

sprechend dem vorgelegten Arbeits- und Zeitplan fortzuführen.

Im Rahmen des Netzwerks **„Stadt- und Regionalstatistik“**, einer Kooperation zwischen amtlicher Statistik, Kommunalstatistik und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, erteilte die Aktsleiterkonferenz den Auftrag, innerhalb des Netzwerks Verhandlungen zum Kommunalstatistik-Projekt „Icostat“ mit dem Ziel eines Joint Venture mit der Kommunalstatistik aufzunehmen.

Im November 2000 hatte das Statistische Bundesamt die Amtsleiterkonferenz über die Forschung von Politik und Wirtschaft an die amtliche Statistik, den befragten Unternehmen entsprechende Ergebnisse zurückzumelden, informiert. Die Amtsleiter betonten die Bedeutung der Rückmeldung von Ergebnissen an die Auskunftsgabenden für eine kooperative Zusammenarbeit.

Ausgehend von der **Benchmarkingstudie** EU und USA im Bereich der Konjunkturstatistiken unterstützten die Amtsleiter grundsätzlich die vom **Ausschuss für das Statistische Programm (ASP)** formulierte Zielsetzung, die Aktualität der **europäischen kurzfristigen Wirtschaftsstatistiken** so zu verbessern, dass sie dem europäischen Nutzerbedarf entsprechen und sich mit dem besten der Welt messen können. Gleichzeitig soll das bewährte bisherige System der Konjunkturstatistiken in Deutschland, das Ergebnisse für den Bund und Länder liefert, nicht in Frage gestellt werden. Die Amtsleiterkonferenz beauftragte die zuständigen Referentenbesprechungen, Methoden zu entwickeln, mit denen die ergänzende Bereitstellung kurzfristiger Wirtschaftsstatistiken für europäische Zwecke, die in Bezug auf die Aktualität US-amerikanischen Standards entsprechen, ermöglicht werden kann.

Im Zusammenhang mit dem **Übergang auf den Euro**, insbesondere die Umrechnung von DM-Größen erhobenen Werten in Euro, informierte das Statistische Bundesamt über seine Veröffentlichungspraxis am 01. Januar 2002. Weitere Diskussionspunkte waren der Stand der Neukonzeption der laufenden **Bevölkerungsstatistiken** und die bisherige Umsetzung, der Stand und die Weiterentwicklung der Arbeit an **GENESIS** sowie der Sachstand und das weitere Vorgehen zur Umsetzung der 38 Empfehlungen des Statistischen **Beirats zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik**.

Sitzung der Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung des Statistischen Programms“ des Statistischen Beirats am 29. November 2001 in Wiesbaden

Der Statistische Beirat beschloss im Sommer 1999 insgesamt 38 Empfehlungen zur Straffung, Rationalisierung und Weiterentwicklung der amtlichen Statistik. Diese Vorschläge rücken neben Effizienzgewinn und Qualitätsstei-

gerung auch eine die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen berücksichtigende Fortentwicklung der amtlichen Statistik ins Bewusstsein der Politik. Über den **Stand der Umsetzung der Empfehlung** wird der Statistische Beirat zum Ende der Legislaturperiode der Bundesregierung berichten. Zur Vorbereitung dieses **Evaluierungsberichts** fand am 29. November 2001 eine Sitzung der Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung des Statistischen Programms“ des Statistischen Beirats unter Leitung des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, statt.

Bei der Beratung des Grobkonzepts des Evaluierungsberichts sprach sich die Arbeitsgruppe dafür aus, neben der Evaluation der Empfehlung aus dem Jahr 1999 auch Empfehlungen für die nächsten Legislaturperiode und Vorschläge zur Flexibilisierung des statistischen Programms aufzunehmen. Im Detail sollen diese Vorschläge in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe am 19. März 2002 diskutiert werden.

Im Rahmen der Evaluation der Empfehlungen aus dem Jahr 1999 einigten sich die Arbeitsgruppe auf eine Bewertung der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen. Alle Beschlüsse der Arbeitsgruppe werden dem Statistischen Beirat vorgelegt, der über den Evaluierungsbericht im Sommer 2002 abschließend beraten wird.

10. Wissenschaftliches Kolloquium „Unternehmen in der Statistik - Konzepte, Strukturen, Dynamik“

Das Statistische Bundesamt veranstaltet in Zusammenarbeit mit der **Deutschen Statistischen Gesellschaft - Ausschuss Methodik Statistischer Erhebungen** - seit 1992 jährlich ein wissenschaftliches Kolloquium, das ein Forum bietet für den Dialog zwischen amtlicher Statistik und ihrer wichtigsten Nutzergruppe aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden.

Nachdem im vergangenen Jahr mit „Familien und Haushalte in Deutschland“ eine eher im Schnittpunkt zwischen Sozialwissenschaft und Statistik stehenden Fragestellungen behandelt wurde, standen in diesem Jahr bei der Thematik **„Unternehmen in der Statistik - Konzepte, Strukturen, Dynamik“** wieder ein wirtschaftswissenschaftlich-statistische Fragestellungen im Blickpunkt. Das Kolloquium wurde von Prof. Dr. Walter Krug und Dr. Rolf Wiegert gemeinsam moderiert. In seinem Auftaktreferat zeichnete Dr. Wilhelm Rall von McKinsey & Company Inc. Den Wandel bei Unternehmen nach und fragte, ob der Begriff der Industrie noch zu retten sei. Anhand von Beispielen verdeutlichte er die veränderte strategische Dynamik für Unternehmen und die daraus resultierenden Implikationen für die Industrie.

Nach einem **Überblick den Status quo der amtlichen Unternehmensstatistik in Deutschland und der Europäischen Union** von Prof. Dr. Peter von der Lippe von der Universität Essen nahmen die Weiterentwicklungen in der amtlichen Unternehmensstatistik breiten Raum ein. Susanne Hagenkorf vom Statistischen Bundesamt erläuterte den **Aufbau des Unternehmensregisters** in Deutschland und seine Nutzungsmöglichkeiten. Robin Lorenz vom Statistischen Bundesamt zeigte **Chancen und Grenzen registergestützter Datengewinnung** anhand eines konkreten Beispiels auf. Weiterentwicklungen des Unternehmensbegriffs zur adäquaten Abbildung der Unternehmenslandschaft im Zuge des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels waren Thema des Vortrages von Klas Voy vom Statistischen Landesamt Berlin. Abgeschlossen wurde dieser Themenkomplex mit dem Beitrag von Betina Knauth von Eurostat, die über die Planung zur Unternehmensstatistik der Europäischen Union informiert. Jacob Ryten berichtet über die Probleme der statistischen Erfassung multinationaler Unternehmen in einer zunehmende Globalisierung gekennzeichneten Wirtschaft.

Den feierlichen Abschluss des ersten Tages bildete die Verleihung des Förderpreises im Rahmen des **Gerhard-Fürst-Preises 2001** durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes. Mit dem Förderpreis für wissenschaftliche Nachwuchskräfte wurde Diplomarbeit von Christian Zischek zum Thema „Analyse der wirtschaftlichen Situation in kleinräumigen Regionen unter besonderer Berücksichtigung multivariater Verfahren - dargestellt für den Freistaat Sachsen“ prämiert.

Am zweiten Tag des wissenschaftlichen Kolloquiums informierte Ullrich Scheinost vom Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie über die Anforderungen der Wirtschaft an die Unternehmensstatistik. Dr. Georg Erber vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung beschrieb die **Möglichkeit der statistischen Darstellung der New Economy** und machte daran noch einmal die grundlegenden Herausforderungen deutlich, die der Strukturwandel in der Wirtschaft an eine angemessene wirtschaftsstatistische Erfassung stellt. Prof. Martin Hellwig von der Monopolkommission referiert über die **Messung der Konzentration nach Unternehmensgruppen**. Er erläutert bestehende Schwierigkeiten der Erfassung der Konferenz- und Gruppenbildungen bei der Konzentrationsberichterstattung und zeigte neue Möglichkeiten auf, Unternehmensgruppen im Rahmen der amtlichen Statistik zu berücksichtigen. Zum Abschluss des Kolloquiums beschrieb Dr. Martin Albrecht vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung das nicht-amtliche Datenangebot über Unternehmen, seine Qualität und Verwendung. Der **Tagungsband** mit allen Referaten dieses wissenschaftlichen Kolloquiums erschien im Jahr 2002 in der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Schriftreihe „Forum der Bundesstatistik“.

Aus Europa

Verstärktes F&E-Engagement in den Jahren 1999 und 2000

Die **Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E)** haben 1999 in der EU stark zugenommen (+5,6 Prozent zu konstanten Preisen). Dieser Trend hat sich im Jahr 2000 vorläufigen Daten zufolge zwar fortgesetzt, jedoch etwas verlangsamt (+2,3 Prozent). Während der Anteil der F&E-Ausgaben am BIP in der **EU** von 1,90 Prozent in 1995 auf 1,86 Prozent in 1997 gesunken war, pendelte sich dieser Wert Ende der neunziger Jahre mit 1,92 Prozent in 1999 bzw. 1,90 Prozent in 2000 wieder auf den Stand von 1995 ein. Damit lag die EU aber nach wie vor weit hinter den **Vereinigten Staaten** und **Japan**, die im Jahr 1999 2,64 Prozent bzw. 3,04 Prozent ihres BIP für F&E aufwandten.

In Jahr 2000 stellte das **F&E-Personal** 1,34 Prozent der Erwerbsbevölkerung in der EU; 1995 waren es 1,27 Prozent. Somit wurde die in den letzten fünf Jahren beobachtete geringfügige Zunahme bestätigt. Diese Angaben sind der jüngsten Veröffentlichung über F&E in Europa entnommen, die heute von EUROSTAT, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg, herausgegeben wurde. Schweden und Finnland liegen noch vor Japan und den USA.

F&E-Ausgaben^{*)} in ausgewählten EU-Ländern

Land	Anteil der Ausgaben am gesamten BIP			Aufgliederung nach ausgewählten Sektoren Jahr 2000		
	2000	1999	1998	Untern.	Staat	Hochsch.
	Prozent					
Dänemark	.	2,0	2,0	63	16	21
Deutschland	2,5	2,4	2,3	70	14	16
Spanien	0,9	0,9	0,9	54	17	30
Frankreich	2,2	2,2	2,2	65	18	17
Italien	.	1,0	1,0	54	21	25
Österreich	1,8	1,8	1,8	.	.	.
Finnland	.	3,2	2,9	68	12	20
Schweden	.	3,8	3,8	75	3	21
Ver. Königreich	1,8	1,9	1,8	69	11	20
EU-15	1,9	1,9	1,9	66	14	20
Japan	.	3,0	3,0	74	10	16
Ver. Staaten	.	2,6	2,6	78	7	15

*) Die Definition des Begriffs „F&E-Ausgaben“ orientiert sich am Frascati-Handbuch, OECD, 1993. F&E-Ausgaben werden nach den Sektoren, in denen sie getätigt werden aufgeschlüsselt (Unternehmen, Staat, Hochschulen).

Von allen Mitgliedstaaten haben **Schweden und Finnland** im Jahr 1999 mit 3,80 Prozent bzw. 3,19 Prozent ihres BIP am meisten für F&E aufgebracht. Mit deutlichem Abstand folgen Deutschland (2,44 Prozent) und Frankreich (2,19 Prozent), deren Anteil an den gesamten **F&E-Aufwendungen** der EU mit 35 Prozent bzw. 20 Prozent allerdings am größten war. Die niedrigsten Werte wurden aus den südlichen Ländern, nämlich aus Griechenland (0,51 Prozent im Jahr 1997), Portugal (0,76 Prozent), Spanien (0,89 Prozent) und Italien (1,04 Prozent), gemeldet.

Aus der **Aufgliederung der F&E-Ausgaben** zu konstanten Preisen in der EU geht hervor, dass 66 Prozent der F&E-Maßnahmen im Jahr 2000 von den Unternehmen finanziert wurden im Vergleich zu 63 Prozent in 1995. Im selben Zeitraum lag der Anteil der Hochschulen relativ konstant bei etwa 20 Prozent, während der Anteil des Staates von 16 Prozent in 1995 auf 14 Prozent in 2000 zurückging. Es gab dabei immer noch beträchtliche **Unterschiede zwischen einzelnen Mitgliedstaaten**. 1999 betrug der Anteil der Unternehmen 25 Prozent in Portugal und 26 Prozent in Griechenland (1997), während er in Belgien 72 Prozent, in Irland (1997) 74 Prozent und in Schweden 75 Prozent erreichte. In den Vereinigten Staaten tätigten die Unternehmen 1999 78 Prozent der F&E-Ausgaben und in Japan immerhin noch 74 Prozent.

Das Kreditwesen in Europa

- Zunehmende Konzentration und Wandel der Vertriebsnetze -

Seit einigen Jahren finanzieren sich die Unternehmen immer weniger bei ihren traditionellen Geldgebern, den Banken, sondern zunehmend unmittelbar auf den Kapitalmärkten. Deshalb mussten die Banken ihr Geschäftsfeld auffächern und **neue Dienstleistungen bzw. Produkte** anbieten, um mit den so verdienten Gebühren und Provisionen den Rückgang ihrer bilanzwirksamen Geschäftstätigkeit aufzufangen. Das Verhältnis von „Nettoprovisionseinkünften zu Nettoprovisionseinkünften“ hat sich in der EU15 von 2,64 im Jahr 1998 auf 2,30 in 1999 verringert; dies bestätigt die **abnehmende Bedeutung der Banken als Finanzmittler**.

Eine **Zunahme der Konzentration und der Ertragskraft** waren die anderen Hauptmerkmale des europäischen Bankwesens im Jahr 1999. Von 1998 auf 1999 ist die Zahl der Kreditinstitute in der EU15 um 5,4 Prozent gesunken. Die **Neuausrichtung der Bankgeschäfte** hat der Ertragskraft des Bankensektors nicht geschadet. Vielmehr lagen die Gewinne für das Geschäftsjahr 1999 in der EU15 mit ungefähr 80 Milliarden Euro 12,5 Prozent über dem Ergebnis von 1998. Die **Eigenkapitalverzinsung** erreichte 7,8 Prozent und übertraf damit den Wert von Japan (4,2 Pro-

zent), blieb aber unter dem Wert der Schweiz (12,2 Prozent) und der USA (15,7 Prozent).

Diese Zahlen stammen aus der neuesten Ausgabe³ von Special Feature on Banking, die **EUROSTAT**, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg, kürzlich veröffentlicht hat. In dieser Veröffentlichung werden die europäischen Kreditinstitute, ihre Struktur, Leistung und Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Rahmen untersucht. Behandelt wird auch die Beschäftigung in diesem Sektor. Die Veröffentlichung deckt die Mitgliedstaaten der EU, Norwegen, Island und die Schweiz, die USA, Japan und drei Kandidatenländer (Tschechien, Ungarn und Polen) ab.

Neue EUROSTAT-Webseite mit den wichtigsten Konjunkturindikatoren - Instrument zur Wirtschaftsanalyse der Eurozone und der EU -

EUROSTAT, das statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg, und die statistischen Ämter der Mitgliedstaaten haben unter

www.europa.eu.int/comm/euroindicators

eine neue Website eingerichtet, die ausschließlich den Euro-Indikatoren gewidmet ist.

Diese Site stellt ein **wichtiges Informationsinstrument** für die Konjunkturanalyse im Allgemeinen und die Analyse der konjunkturellen Entwicklung der Eurozone im Besonderen dar. Sie bietet Zugang zu einer Gesamtheit von **harmonisierten Statistiken über die Eurozone**, die Europäische Union und die Mitgliedstaaten, die sonst nur auf einzelnen Websites abgefragt werden können. Eurostat und die nationalen statistischen Ämter entsprechen damit den Wünschen der Nutzer unterjähriger Statistiken, insbesondere der Europäischen Zentralbank, des Ecofin-Rates, der Kommissionsdienststellen, der Finanzmärkte, Analysten und Wissenschaftler.

Mehr als 7 000 statistische Reihen, täglich eine Aktualisierung

Die Website „Euro-Indikatoren“ zeichnet sich vor allem durch die Vielfalt der Daten, die Länge der Reihen und die Häufigkeit der Aktualisierung aus. Über diese Site kann auf mehr als 7 000 statistische Reihen zugegriffen werden, die acht Bereiche umfassen:

1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
2. Verbraucherpreise,
3. Industrie, Handel und Dienstleistungen,
4. Arbeitsmarkt,

5. Außenhandel,
6. Zahlungsbilanz, zum Teil von der EZB erstellt,
7. Währungs- und Finanzindikatoren, einige davon ebenfalls von der EZB erstellt,
8. Umfragen bei Unternehmen und Verbrauchern, die von der Generaldirektion „Wirtschaft und Finanzen“ der Europäischen Kommission durchgeführt werden.

Zwei Drittel der Reihen betreffen die Bereiche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen sowie Industrie, Handel und Dienstleistungen. Da die **Nutzer von Konjunkturstatistiken** zumeist Daten benötigen, die mindestens zwei abgeschlossene Konjunkturzyklen abdecken, sollen in der Datenbank Reihen von mindestens 15 Jahren zur Verfügung gestellt werden. Dieses Ziel wird derzeit bei der Hälfte der Reihen erreicht, ein weiteres Fünftel der Daten besteht aus Reihen von mindestens zehn Jahren. Die nationalen statistischen Ämter arbeiten weiter intensiv an der Rückrechnung ihrer Daten, denn für Eurostat ist es eine Priorität, **lange Zeitreihen** für die Eurozone bereitstellen zu können.

Die Datenbank wird zurzeit täglich auf den neuesten Stand gebracht, wobei die **Aktualisierung** grundsätzlich innerhalb von höchstens 24 Stunden nach der nationalen Veröffentlichung der Daten abgeschlossen sein soll. Zudem enthält die Website für jeden Indikator bzw. jede Indikatorenfamilie einen vollständigen Satz von Metadaten, die dem Nutzer bei der Interpretation der Daten behilflich sein sollen. Schließlich arbeiten Eurostat und die Mitgliedstaaten im Rahmen des Aktionsplans gegenwärtig daran, eine wesentliche Verkürzung der für die Erstellung der Euro-Indikatoren benötigten Fristen und eine stärkere **Harmonisierung der Daten** zu erreichen. Dies wird eine regelmäßige Verbesserung der **Qualität** der auf der Website verfügbaren Informationen in Bezug auf Aktualität und Vergleichbarkeit der Daten ermöglichen.

Basisinformationen kostenlos, Abfrage der Datenbank im Abonnement

Der Zugang zur Website ist kostenlos mit Ausnahme der Zugriffs auf die zentrale Datenbank der Site, für den ein Abonnement erforderlich ist. Die wichtigsten unterjährlichen Konjunkturindikatoren für die Eurozone und EU-15, insbesondere die Wachstumsraten der letzten zwölf Zeiträume, können von jedermann gebührenfrei abgerufen werden. Um Zugang zur zentralen Datenbank der Website „Euro-Indikatoren“ zu erhalten, muss ein Abonnement abgeschlossen werden. Abonnements können direkt auf dem Server oder über die auf der Website aufgeführten Data Shops abgeschlossen werden. Gegenwärtig steht die Website nur in englischer Sprache zur Verfügung, eine französische und eine deutsche Fassung sind jedoch ebenfalls vorgesehen.

Eine neue Methode der Volkszählung wird erprobt: Der Registergestützte Zensus-Test

Am 27.7.2001 wurde das Gesetz zur Erprobung eines registergestützten Zensus in Kraft gesetzt. Es ist im Bundesgesetzblatt Teil I vom 2.8.2001 Nr. 40 Seite 1882 veröffentlicht. Damit soll in Deutschland ein Methodenwechsel von einer herkömmlichen Volkszählung hin zu einem registergestützten Zensus vorbereitet werden.

Um die Tauglichkeit der vorgesehenen Verfahren für die Belange einer Volkszählung zu prüfen, sieht das Gesetz eine Reihe von Verfahrens- und Qualitätsuntersuchungen vor. Vorrangiges **Ziel der Testerhebungen** ist, die Aussagekraft der gemeindlichen Melderegister festzustellen (Registertest).

Des Weiteren werden eine postalische **Gebäude- und Wohnungsstichprobe** durch Befragung der Hauseigentümer sowie Verfahren zur Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Quellen getestet (Verfahrenstest). In Brandenburg wurden für die vorgesehenen Tests in einem bundesweiten Zufallsverfahren in 48 Städten und Gemeinden ca. 13 000 Haushalte in ca. 2 760 Gebäuden ausgewählt.

Für die erforderlichen Befragungen werden Erhebungsbeauftragte/Interviewer des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS BB) eingesetzt.

Das sind vom LDS BB besonders geschulte und zu gewissenhafter Geheimhaltung verpflichtete Personen, die nach schriftlicher Anmeldung die ausgewählten Haushalte aufsuchen und die Befragung in den vergangenen Wochen und kommenden Tagen durchführen. Erfragt werden einige **Daten zur Person und zur Wohnung**. Mit der Anmeldung erhalten die Haushalte detaillierte Informationen über das Ziel, den Inhalt und die gesetzlichen Grundlagen der Befragung.

Ausgewählte Städte und Gemeinden für den Register- und Verfahrenstest

Verwaltungsbezirk	Gemeinde	Amt	Anzahl der Gebäude	
Kreisfreie Städte	Cottbus, Stadt	kreis- und amtsfrei	160	
	Frankfurt (Oder), Stadt	kreis- und amtsfrei	160	
	Potsdam, Stadt	kreis- und amtsfrei	160	
Landkreise				
	Barnim	Bernau bei Berlin, Stadt	amtsfrei	80
		Doberlug-Kirchhain, Stadt	Doberlug-Kirchhain u.Uml.	40
	Elbe-Elster	Falkenberg/Elster, Stadt	Falkenberg/Uebigau	40
	Havelland	Falkensee, Stadt	amtsfrei	80
	Oberspreewald-Lausitz	Lübbenau/Spreewald, Stadt	Lübbenau	80
		Senftenberg, Stadt	amtsfrei	80
	Oder-Spree	Eisenhüttenstadt, Stadt	amtsfrei	80
		Jacobsdorf	Odervorland	40
	Ostprignitz-Ruppin	Neustadt (Dosse), Stadt	Neustadt (Dosse)	40
	Potsdam-Mittelmark	Niemegk, Stadt	Niemegk	40
		Werder (Havel), Stadt	amtsfrei	80
	Prignitz	Reckenzin	Karstädt	40
	Spree-Neiße	Schmogrow	Burg (Spreewald)	40
	Uckermark	Fürstenwerder	Nordwestuckermark	40

Ausgewählte Städte und Gemeinden für den Registertest

Verwaltungsbezirk	Gemeinde	Amt	Anzahl der Gebäude
Landkreise			
Barnim	Basdorf	Wandlitz	40
	Stolzenhagen	Oderberg	40
Dahme-Spreewald	Eichwalde	amtsfrei	40
	Motzen	Mittenwalde	40
	Zeuthen	amtsfrei	40
Elbe-Elster	Kölsa	Falkenberg/Uebigau	40
	Premnitz, Stadt	Premnitz	40
Havelland	Rathenow, Stadt	Rathenow	80
	Schönwalde	Schönwalde(Glien)	40
Oberhavel	Fürstenberg/Havel, Stadt	Fürstenberg	40
	Gransee/ Stadt	Gransee und Gemeinden	40
	Kremmen, Stadt	Kremmen	40
Oberspreewald-Lausitz	Zehdenick, Stadt	Zehdenick u. Gemeinden	80
	Altdöbern	Altdöbern	40
	Bahnsdorf	Altdöbern	40
	Groß Beuchow	Lübbenau	40
	Hosena	Am Senftenberger See	40
Oder-Spree	Schwarzheide, Stadt	amtsfrei	40
	Fürstenwalde/Spree, Stadt	amtsfrei	80
	Rieplos	Storkow (Mark)	40
Ostprignitz-Ruppin	Wiesenu	Brieskow-Finkenheerd	40
	Papenbruch	Heiligengrabe/Blumenthal	40
	Wustrau-Altfricksack	Fehrbellin	40
Potsdam-Mittelmark	Borkheide	Brück	40
	Dippmannsdorf	Belzig	40
	Nahmitz	Lehnin	40
Spree-Neiße	Forst (Lausitz), Stadt	amtsfrei	80
Teltow-Fläming	Dahlewitz	Rangsdorf	40
	Ludwigsfelde, Stadt	amtsfrei	80
	Rangsdorf	Rangsdorf	40
Uckermark	Templin, Stadt	amtsfrei	80

Alle Angaben werden nach den gesetzlichen Bestimmungen geheimgehalten und dürfen **nur für statistische Zwecke** verwendet werden. Rückmeldungen an die registerführenden Stellen sind grundsätzlich nicht gestattet. Die Ergebnisse der Tests bilden für den Gesetzgeber die Basis einer Entscheidung für einen zukünftigen Zensus in Deutschland.

Die Datenerhebungen sind derzeit in vollem Gange. Ein Teil der Datenbestände aus den unterschiedlichen Testverfahren wird dem Statistischen Bundesamt für länderübergreifende Abgleiche zur Verfügung gestellt, die anderen Daten werden im jeweiligen Statistischen Lan-

desamt zusammengeführt und im Rahmen der Register- und Verfahrenstest weiterverarbeitet.

Weitere Informationen zum Zensusgesetz finden Sie im **Internet** unter

www.destatis.de/zensus

Statistik der Region Berlin - Brandenburg im World - Wide - Web

Im **November 2001** wurde das gemeinsame Internetangebot für die Region Berlin-Brandenburg freigeschaltet. Nachdem bereits Anfang September die landesinternen Intranets der Landesverwaltungen „Brandenburg intern“ und „Berlin Web“ miteinander verbunden wurden, treten nun das LDS Brandenburg und das Berliner Statistische Landesamt gemeinsam im Internet auf.



National und international wird aufgrund ihrer besonderen Lage den Bundesländern Berlin und Brandenburg im wiedervereinigten Deutschland großes Interesse entgegengebracht. Mit dem Gemeinschaftsprojekt **www.statistik-berlin-brandenburg.de** wird die Gesamtregion nun aus statistischer Sicht im Internet präsentiert.

Aus vielen Sachgebieten der amtlichen Statistik

- ☐ von Gebiet und Bevölkerung
- ☐ über Wirtschaft
- ☐ bis hin zum Straßenverkehr

werden Eckdaten für beide Länder vorgestellt.

Die vielfältigen **Informationen für Berlin und Brandenburg** werden auch **in regionaler Untergliederung** nach Berliner Bezirken bzw. Brandenburger Kreisen präsentiert. Erstmals gibt es umfangreiche Angaben für den immer dichter be-

siedelten **Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraums (eVr)**.¹

Mit dem gemeinsamen Internetangebot werden die **Gemeinschaftsveröffentlichungen** von Berlin und Brandenburg auf einem neuen Medium fortgesetzt. Erstmals wurde 1995 - in Vorbereitung der Volksabstimmungen - die Veröffentlichung

„Statistische Informationen - Berlin und Brandenburg“

vorgelegt.

Bis heute wird in dieser Reihe über Daten zur Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt informiert.

Im Internet werden die Statistiken mit thematischen Karten und Grafiken optisch so aufbereitet, dass der Nutzer auf

¹ Raumkategorie im gemeinsamen Planungsraum Berlin-Brandenburg, die neben der Kernstadt Berlin das am stärksten mit der Metropole verflochtene angrenzende Umland (Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes) im Land Brandenburg umfasst. Teile der an Berlin angrenzenden Brandenburger Landkreise sowie die kreisfreie Stadt Potsdam bilden den Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes. Dieser Teil ist Gegenstand der Auswertungen. Der engere Verflechtungsraum umfasst Berlin und 17 Prozent der Gemeinden des Landes Brandenburg. Diese Brandenburger Gemeinden erstrecken sich auf 15 Prozent der Fläche des Landes; 35 Prozent der Brandenburger haben dort ihren Wohnsitz. Der Brandenburger Teil des eVr ist umgangssprachlich auch als Speckgürtel bekannt. Der nicht im eVr liegende Teil Brandenburgs wird unter dem Begriff „äußerer Entwicklungsraum“ geführt.

den ersten Blick **Trends und Tendenzen** erkennen kann. Wichtige Eckwerte erscheinen bereits auf der Startseite.

Über flache Hierarchien gelangt der Nutzer auf schnellem Wege zum eigentlichen Inhalt.

Dabei erfährt der Nutzer zum Beispiel:

- ❑ im Flächenland Brandenburg leben 88 Menschen auf einem Quadratkilometer. Der Berliner teilt sich im Durchschnitt den Quadratkilometer mit 3 792 anderen Menschen.
- ❑ Im Land Brandenburg sind mehr Autos angemeldet als in Berlin. Die rund 2,6 Millionen Brandenburger haben annähernd 1,4 Millionen Autos, während in Berlin mit seinen 3,4 Millionen Einwohnern nur etwa 1,2 Millionen PKW gemeldet sind. Berlin hat mit über 600 Kilometern U- und S-Bahn-Linien eine gut ausgebauten Infrastruktur.
- ❑ In Brandenburg wird mehr gebaut. Im Jahr 2000 waren es mit 21 000 Wohnungen mehr als doppelt so viele wie in Berlin. Die Mehrzahl der Brandenburger Wohnungen entstanden im Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraum (knapp 13 000). Außerdem wurden im Land Brandenburg fast 1 000 sogenannte Nichtwohngebäude, wie Schulen oder Industriegebäude, gebaut, in Berlin nur 300.
- ❑ Die Gesamtregion Berlin-Brandenburg begrüßte im Jahr 2000 rund 1,4 Millionen Touristen aus dem Ausland und insgesamt fast 8 Millionen Gäste. Mehr als zwei Drittel davon (rund 5 Millionen) kamen nach Berlin. Die Urlauber in Brandenburg besuchten vorwiegend die ruhigen Regionen des Flächenlandes.
- ❑ Typisch für die Großstadt sind die hohen Anteile der ausländischen Bevölkerung (fast 13 Prozent) und der Singles. So sind knapp die Hälfte der Berliner Haushalte 1-Personen-Haushalte, während es in Brandenburg nur ein Drittel ist.



- ❑ Wenigstens beim Durchschnittsalter kommen Berliner und Brandenburger statistisch gesehen auf einen Nenner: Es lag 1999 in beiden Ländern bei 40,8 Jahren.

Weitere Informationen

Dr. Gisela Kröger
Statistisches Landesamt Berlin
Tel.: 030 9021-3693

und

Ina Hergert
Landesbetrieb
für Datenverarbeitung und Statistik (LDS)
Land Brandenburg
Tel.: 0331 39-405

sowie über

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Neue Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 2002

Der 15. Deutsche Bundestag wird gemäß dem 13. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 von 656 auf 598 Sitze reduziert. Daraus resultiert ein Wegfall von bundesweit 29 Bundestagswahlkreisen. Für das Land Brandenburg bedeutet dies, dass es zur Bundestagswahl am 22.09.2002 insgesamt zehn statt bisher zwölf Bundestagswahlkreise geben wird. Künftig wird auch die Nummerierung der brandenburgischen Wahlkreise anders lauten. Sie reicht dann von der Wahlkreisnummer 56 bis zur 65.

Auf Grundlage des 13. Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 (BGBl. I S.1712) wird sich mit der nächsten Wahl zum Deutschen Bundestag im Herbst 2002 die Anzahl der Abgeordneten von derzeit 656 auf 598 (ohne Überhangmandate¹) reduzieren. Damit verbunden ist eine bundesweite Verringerung der Wahlkreise von bisher 328 auf 299.

Das Ziel der Verringerung der Anzahl der Bundestagsmandate liegt unter anderem darin, die Flexibilität des Bundestages zu erhöhen sowie dem Entstehen von Überhangmandaten entgegenzuwirken.

Für das Land Brandenburg bedeutet dies, dass es zur nächsten Bundestagswahl im Herbst 2002 insgesamt zehn statt bisher zwölf Bundestagswahlkreise geben wird. Somit werden zehn Abgeordnete, die im 15. Deutschen Bundestag vertreten sein werden, direkt in den Wahlkreisen mittels der Erststimme durch die Brandenburger Bürgerinnen und Bürger gewählt.

Für die Einteilung der Wahlkreise sind u. a. folgende Grundsätze zu beachten, die der Paragraph 3 des Bundeswahlgesetzes beinhaltet:

1. Die Wahlkreise müssen vollständig innerhalb der Ländergrenzen liegen.
2. Die Bevölkerung eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise insgesamt nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten abweichen. Beträgt die Abweichung mehr als 25 Prozent, ist eine Neueinteilung vorzunehmen. Die ausländischen Einwohner werden dabei nicht berücksichtigt.

3. Die Zahl der Wahlkreise muss in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.
4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.
5. Die Grenzen der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Diesen Regelungen kommt eine große Bedeutung zu, da die Zuschnitte der Wahlkreise einen großen Einfluss auf die Vergabe der Direktmandate haben können. Jede abgegebene Stimme soll unter dem Gesichtspunkt der Wahlgleichheit einen möglichst gleichen Zähl- und Erfolgswert haben. Ziel ist auch, den Anfall von Überhangmandaten auf das verfassungsrechtlich zulässige Mindestmaß zu beschränken.

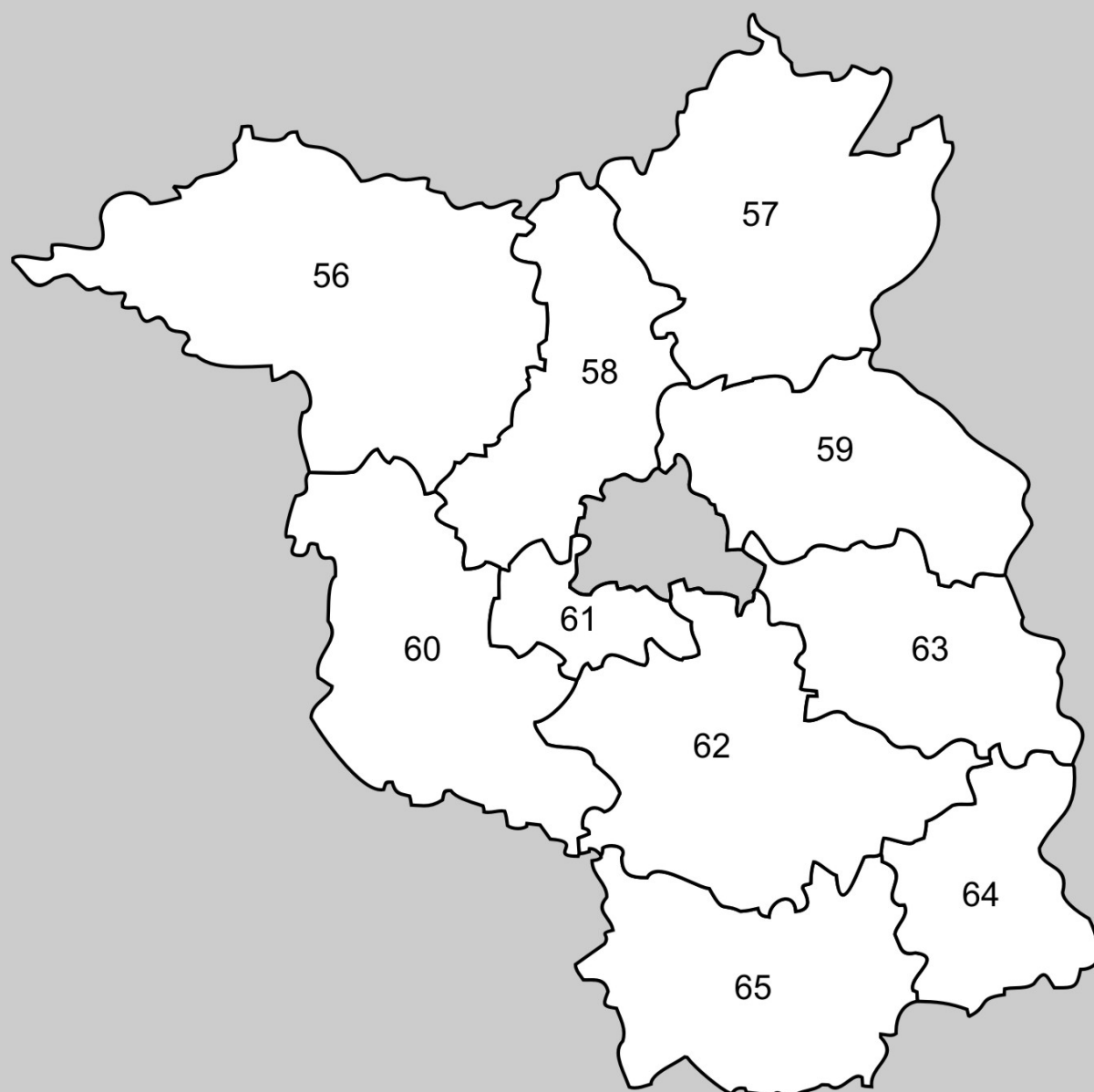
Gemäß dem 16. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 27.04.2001 (BGBl. I S.701) erhalten die brandenburgischen Bundestagswahlkreise die Wahlkreisnummern 56 bis 65.

Die zehn Bundestagswahlkreise wurden für das Land Brandenburg wie folgt festgelegt:

- 56 Prignitz - Ostprignitz-Ruppin - Havelland I**
(Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Landkreis Prignitz, vom Landkreis Havelland: Ämter: Friesack, Rhinow)
- 57 Uckermark - Barnim I**
(Landkreis Uckermark, vom Landkreis Barnim: Eberswalde, Finowfurt, Ämter: Britz-Chorin, Groß Schönebeck (Schorfheide), Joachimsthal (Schorfheide), Oderberg)
- 58 Oberhavel - Havelland II**
(Landkreis Oberhavel, vom Landkreis Havelland: Dallgow-Döberitz, Falkensee, Nauen, Ämter: Brieselang, Ketzin, Nauen-Land, Schönwalde (Glien), Wustermark)

¹ Überhangsmandate entstehen, wenn auf eine Partei in einem Bundesland mehr Direktsitze entfallen als ihr auf Grund der Zweitstimmen bei der allgemeinen Sitzverteilung zustehen. Die Gesamtzahl der Sitze im Deutschen Bundestag erhöht sich um die Zahl der Überhangsmandate.

**Wahlkreiseinteilung zur Bundestagswahl 2002
im Land Brandenburg**



59 Märkisch Oderland - Barnim II

(Landkreis Märkisch-Oderland, vom Landkreis Barnim: Bernau bei Berlin, Ämter: Ahrensfelde/Blumberg, Biesenthal-Barnim, Panketal, Wandlitz, Werneuchen)

60 Brandenburg an der Havel - Potsdam-Mittelmark I - Havelland III - Teltow-Fläming I

(Brandenburg an der Havel, vom Landkreis Havelland: Ämter: Milow, Nennhausen, Premnitz, Rathenow, vom Landkreis Potsdam-Mittelmark: Seddiner See, Ämter: Beelitz, Beetzsee, Belzig, Brück, Emster-Havel, Groß Kreutz, Lehnin, Niemegk, Treuenbrietzen, Wiesenburg/Mark, Wusterwitz, Ziesar, vom Landkreis Teltow-Fläming: Jüterbog, Niedergörsdorf)

61 Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II

(Potsdam, vom Landkreis Potsdam-Mittelmark: Kleinmachnow, Teltow, Werder (Havel), Ämter: Fahrland, Michendorf, Rehbrücke, Schwielowsee, Stahnsdorf, Werder, vom Landkreis Teltow-Fläming: Ludwigsfelde, Ämter: Blankenfelde-Mahlow, Ludwigsfelde-Land, Rangsdorf)

62 Dahme-Spreewald - Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I

(Landkreis Dahme-Spreewald, vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz: Amt Lübbenau/Spreewald, vom Landkreis Teltow-Fläming: Luckenwalde, Nuth-Urstromtal, Ämter: Am Mellensee, Baruth/Mark, Dahme (Mark), Niederer Fläming, Trebbin, Zossen)

63 Frankfurt (Oder) - Oder-Spree

(Frankfurt (Oder), Landkreis Oder-Spree)

64 Cottbus - Spree-Neiße

(Cottbus, Landkreis Spree-Neiße)

65 Elbe-Elster - Oberspreewald-Lausitz II

(Landkreis Elbe-Elster, vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz: Lauchhammer, Schwarzheide, Senftenberg, Ämter: Altdöbern, Am Senftenberger See, Calau, Großräschen, Ortrand, Ruhland, Schipkau, Vetschau)

Im Zuge der Neustrukturierung der Bundestagswahlkreise wurden fünf von den 14 Landkreisen im Land Brandenburg auf mehrere Bundestagswahlkreise aufgeteilt. Das betrifft die Landkreise Barnim, Havelland, Potsdam-Mittelmark, Oberspreewald-Lausitz und Teltow-Fläming.

Die Aufgliederung der Landkreise erfolgte in folgende Bundestagswahlkreise:

- ☐ Landkreis Barnim in die Bundestagswahlkreise 57 und 59,
- ☐ Landkreis Havelland in die Bundestagswahlkreise 56, 58 und 60,
- ☐ Landkreis Oberspreewald-Lausitz in die Bundestagswahlkreise 62 und 65,
- ☐ Landkreis Potsdam-Mittelmark in die Bundestagswahlkreise 60 und 61 sowie
- ☐ Landkreis Teltow-Fläming in die Bundestagswahlkreise 60, 61 und 62.

Eine Teilung von Ämtern oder Gemeinden erfolgte nicht.

Im Rahmen der Gemeindegebietsreform im Land Brandenburg sind Gemeindezusammenschlüsse in großem Umfang vorgesehen. Inwieweit diese Zusammenschlüsse die Bundestagswahlkreisgrenzen berühren werden, ist nicht absehbar.

Projiziert man die neue Wahlkreiseinteilung auf die Bundestagswahl 1998, dann wäre im Land Brandenburg die SPD in allen zehn Wahlkreisen nach Erst- und Zweitstimmen die stärkste Partei geworden. Die CDU hätte in sieben der zehn Wahlkreise das zweitbeste Ergebnis erzielt. Sie läge nach Erststimmen in den Wahlkreisen 56 bis 58, 60, 62, 64 und 65 sowie nach Zweitstimmen in den Wahlkreisen 56, 58, 60 und 62 bis 65 vor der PDS an zweiter Stelle. Nach Erststimmen hätte die PDS in den Wahlkreisen 59, 61 und 63 und nach Zweitstimmen in den Wahlkreisen 57, 59 und 61 hinter der SPD den zweiten Platz erreicht.

Unter der Internetadresse

www.brandenburg.de/wahlen

finden Sie die umgerechneten Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 auf die neuen Wahlkreise, eine Übersicht mit der Neueinteilung der Wahlkreise für das Land Brandenburg sowie weitere Informationen rund um die Wahlen.

Angelika Behrend

Gemeindestrukturreform im Land Brandenburg

Mit dem Prozess der Ämterbildung sowie der Kreisgebietsreform in den Jahren 1992/1993 war in Brandenburg noch keine Gemeindestrukturreform verbunden. Die Landesregierung hat im Sommer 2000 Leitlinien für die Entwicklung der Gemeindestruktur im Land Brandenburg beschlossen. Am 16. März 2001 ist das Gemeindereformgesetz in Kraft getreten. Die Mehrzahl der bisherigen Gemeindegebietveränderungen wurde im Dezember 2001 wirksam.

Beim Vergleich mit dem Jahresende 2000 hat sich bis zum 31.12.2001 die Anzahl der Gemeinden um 382 verringert. Gleichzeitig kam es zur Auflösung von 22 Ämtern. Das Land bestand Ende 2001 aus 1 092 Gemeinden, 212 Gemeinden gehörten zum engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin (eVr).

Von den damit noch bestehenden 1 092 Gemeinden sind fast die Hälfte Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl von weniger als 500 Personen, obwohl sich deren Anzahl gegenüber Ende 2000 bereits um 348 reduziert hat.

Gebietskörperschaften des Landes Brandenburg am 31.12.2001						
Verwaltungsbezirk	Anzahl der Gemeinden				Anzahl der Ämter	Anzahl der Gemeinden im eVr
	insgesamt	Städte	amtsfreie	amtsangehörige		
Kreisfreie Städte	4	4	4	–	–	1
Brandenburg an der Havel	1	1	1	–	–	–
Cottbus	1	1	1	–	–	–
Frankfurt (Oder)	1	1	1	–	–	–
Potsdam	1	1	1	–	–	1
Landkreise	1 088	112	82	1 006	130	211
Barnim	57	6	3	54	9	27
Dahme-Spreewald	114	8	7	107	12	39
Elbe-Elster	54	11	7	47	9	–
Havelland	82	7	4	78	10	35
Märkisch-Oderland	93	8	6	87	13	16
Oberhavel	57	9	10	47	6	23
Oberspreewald-Lausitz	57	9	5	52	6	–
Oder-Spree	76	7	6	70	12	14
Ostprignitz-Ruppin	94	8	3	91	8	–
Potsdam-Mittelmark	140	9	7	133	15	36
Prignitz	74	7	4	70	8	–
Spree-Neiße	63	7	5	58	8	–
Teltow-Fläming	43	7	7	36	7	21
Uckermark	84	9	8	76	7	–
Land Brandenburg	1 092	116	86	1 006	130	212
darunter eVr Brandenburg-Berlin	212	23	36	176	30	212

**Bevölkerung des Landes Brandenburg am 31.12.2000
zum Gebietsstand 31.12.2001**

Gemeindegrößengruppe (Personen)	Anzahl der Gemeinden	Bevölkerung insgesamt
unter 500	513	143 022
500 bis unter 1 000	234	165 132
1 000 bis unter 2 500	160	247 655
2 500 bis unter 5 000	71	249 753
5 000 bis unter 10 000	57	390 618
10 000 und mehr	57	1 405 782
Insgesamt	1 092	2 601 962

Gemessen an der Anzahl der Gemeinden im Landkreis insgesamt ist der Anteil der Gemeindegrößenklasse unter 500 Personen besonders hoch in den Landkreisen:

☐ Dahme-Spreewald,

- ☐ Havelland,
- ☐ Oberspreewald-Lausitz,
- ☐ Ostprignitz-Ruppin,
- ☐ Potsdam-Mittelmark,
- ☐ Prignitz und
- ☐ Uckermark.

Gemeindegebietsveränderungen gab es 2001 in allen Landkreisen, wobei in den Landkreisen

- ☐ Uckermark,
- ☐ Oder-Spree und
- ☐ Elbe-Elster

die meisten Veränderungen wirksam wurden (siehe Tabelle auf der nachfolgenden Seite).

Landkreis	Anzahl der Gemeinden						
	Insgesamt	davon nach Gemeindegrößengruppen (Personen)					
		unter 500	500 bis unter 1 000	1 000 bis unter 2 500	2 500 bis unter 5 000	5 000 bis unter 10 000	10 000 und mehr
Barnim	57	17	12	13	9	3	3
Dahme-Spreewald	114	59	25	15	6	7	2
Elbe-Elster	54	15	13	14	4	4	4
Havelland	82	42	23	7	4	3	3
Märkisch-Oderland	93	34	27	13	7	6	6
Oberhavel	57	23	10	8	4	7	5
Oberspreewald-Lausitz	57	30	12	4	3	4	4
Oder-Spree	76	33	12	15	9	3	4
Ostprignitz-Ruppin	94	63	16	7	3	3	2
Potsdam-Mittelmark	140	70	26	26	9	4	5
Prignitz	74	45	17	4	4	1	3
Spree-Neiße	63	22	17	15	3	2	4
Teltow-Fläming	43	13	8	7	2	9	4
Uckermark	84	47	16	12	4	1	4

Veronika Kuchta

Veränderung der Anzahl der Gebietskörperschaften 31.12.2001 gegenüber 31.12.2000

Verwaltungsbezirk	Anzahl der Gemeinden				Anzahl der Ämter	Anzahl der Gemeinden im eVr ¹⁾
	insgesamt	Städte	amtsfreie	amtsangehörige		
Landkreise	- 382	- 1¹⁾	20	- 402	- 22	- 35
Barnim	- 5	–	–	- 5	–	- 2
Dahme-Spreewald	- 12	–	–	- 12	–	–
Elbe-Elster	- 52	- 1 ¹⁾	3	- 55	- 3	–
Havelland	- 11	–	1	- 12	- 1	–
Märkisch-Oderland	- 14	–	–	- 14	–	–
Oberhavel	- 14	–	2	- 16	- 2	- 11
Oberspreewald-Lausitz	- 24	–	2	- 26	- 3	–
Oder-Spree	- 60	–	–	- 60	–	- 3
Ostprignitz-Ruppin	- 11	–	1	- 12	- 1	–
Potsdam-Mittelmark	- 33	–	3	- 36	- 3	- 17
Prignitz	- 34	–	1	- 35	- 1	–
Spree-Neiße	- 26	–	1	- 27	- 1	–
Teltow-Fläming	- 18	–	2	- 20	- 2	- 2
Uckermark	- 68	–	4	- 72	- 5	–
Land Brandenburg	- 382	- 1¹⁾	20	- 402	- 22	- 35
darunter						
eVr Brandenburg-Berlin ²⁾	- 35	–	5	- 40	- 5	- 35

- 1) Durch Eingliederung der Stadt Uebigau in die Stadt Wahrenbrück im Landkreis Elbe-Elster reduziert sich die Anzahl der Städte um 1
 2) Reduzierung der Gemeinden im eVr durch Eingliederung bzw. Zusammenschlüsse innerhalb des eVr mit einer Ausnahme im Landkreis Oberhavel (Eingliederung der Gemeinde Neuendorf (eVr) in die Gemeinde Löwenberger Land (äußerer Entwicklungsraum)

Aktuell fortgeschriebenes Angebot umweltrelevanter Daten steht zur Verfügung



Seit die Erkenntnis, dass die Natur nur beschränkte Ressourcen bietet, in das Bewusstsein der Menschen gerückt ist, wird der Ruf nach messbaren Größen des Naturvermögens immer lauter. Die aktualisierte Veröffentlichung „Umweltökonomische Gesamtrechnungen - Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse für das Land

Brandenburg“ beinhaltet umfangreiche umweltrelevante Daten und soll damit eine Orientierung über den Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Umwelt ermöglichen.

Eckwerte zu Grunddaten des Landes, Inanspruchnahme und Belastung der Umwelt, Umweltschäden sowie Umweltschutzmaßnahmen bieten Informationen für die Beurteilung der Umweltsituation im Land Brandenburg und nicht zuletzt für die Nachhaltigkeitsdiskussion,

die zunehmend in den Mittelpunkt öffentlichen der Beurteilung der Umweltsituation im Land Brandenburg und nicht zuletzt für die Nachhaltigkeitsdiskussion, die zunehmend in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses rückt. Neben Interessantem zu Bevölkerung, Verkehr, Landwirtschaft u. v. a. m. erfährt der Nutzer auch, wie sich der Energieverbrauch und die daraus resultierenden Kohlendioxidemissionen im Laufe der 90-er Jahre in hiesiger Region entwickelten.

Diese Veröffentlichung wird in Form von Basisdatenheften in ständig aktualisierter Version jährlich erscheinen. Publikationen gleicher Art werden ebenfalls von anderen Bundesländern herausgegeben, so dass eine regionale Vergleichbarkeit gegeben ist.

Der Statistische Bericht ist zum Preis von 5,25 EUR erhältlich beim:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
 Dezernat Öffentlichkeitsarbeit
 Postfach 60 10 52

14410 Potsdam



Fax: 0331 39-418



E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren

Ergebnisse der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 1998

Wussten Sie schon, dass die Brandenburger Haushalte 1998 im Durchschnitt rund 500 DM monatlich für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben ? ... Dass die Aufwendungen von Paaren mit Kindern (655 DM) um rund 150 DM höher und dass die jener der Haushalte mit einem geringen Haushaltsnettoeinkommen (unter 1 800 DM) deutlich geringer ausfielen (184 DM) als dies für den Durchschnitt aller Haushalte gilt ?

Wussten Sie schon, dass die monatlichen Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren den größten Ausgabenposten privater Haushalte bildeten und dass für Fisch und Fischwaren am wenigsten ausgegeben wurde?

Wussten Sie schon, dass allein lebende Männer etwas mehr als ein Drittel (34,7 Prozent) ihrer gesamten Aufwendungen für der Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren für alkoholische Getränke und Tabakwaren ausgaben?

Für **Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren** gaben die Brandenburger Haushalte 1998 im Durchschnitt mehr als 500 DM pro Monat aus. Im Vergleich zur Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) 1993 sind die Ausgaben für diesen Bereich um 10,4 Prozent gesunken.

Bei den Nahrungs-, Genussmitteln und Tabakwaren bildeten die monatlichen Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren mit 96 DM auch 1998 den größten Ausgabenposten privater Haushalte, wobei sich die Ausgaben gegenüber 1993 um 17,2 Prozent verringerten. Damit ist auch der Anteil 1998 gegenüber 1993 von 20,7 auf 19,1 Prozent gesunken. An zweiter Stelle standen mit 79 DM die Ausgaben für alkoholische Getränke und Tabakwaren, die um 15,1 Prozent gegenüber 1993 zurück gegangen sind. Auch hier verringerte sich der Anteil von 16,6 auf 15,7 Prozent.

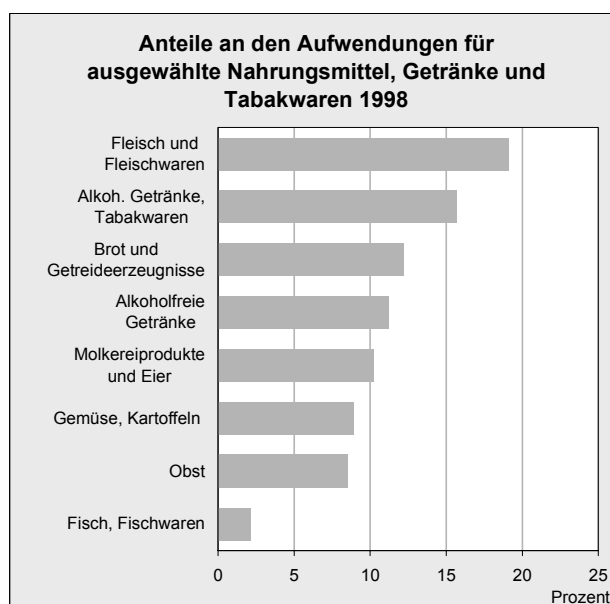
Die Ausgaben für Brot und Getreideerzeugnisse erhöhten sich dagegen um 15,1 Prozent auf 61 DM im Monat. Sie bildeten mit einem Anteil von 12,2 Prozent den drittgrößten Ausgabenposten. 1993 betrug der Anteil 9,5 Prozent.

Für alkoholfreie Getränke, Molkereiprodukte und Eier, Kartoffeln und Gemüse sowie Obst lagen die Ausgabenanteile zwischen 11,2 und 8,5 Prozent bzw. 56 und 43 DM monatlich. Am wenigsten gaben die Brandenburger Haushalte auch 1998 für Fisch und Fischwaren aus. Hier betrug der Anteil nur 2,1 Prozent.

Betrachtet man die monatlichen Aufwendungen privater Haushalte 1998 für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nach dem **Haushaltstyp**, ist festzustellen, dass

Paare¹ mit Kindern² (655 DM) um 154 DM über den durchschnittlichen Ausgaben aller Haushalte lagen. **Paare¹ ohne Kinder** (537 DM) gaben 36 DM mehr aus als der Durchschnitt aller Haushalte.

Unter den durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen aller Haushalte blieben die Ausgaben sowohl von **allein Erziehenden** (452 DM) als auch von **allein Lebenden**. Wobei **allein lebende Männer** insgesamt etwas mehr (277 DM) ausgaben als **allein lebende Frauen** (259 DM).



¹ Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften
² mit Kind(ern) unter 18 Jahren

Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1998 nach Haushaltstyp

Merkmal	Haushalte insgesamt	Allein Lebende(r)		Allein Erziehende ¹⁾	Paare ²⁾	davon	
		Frau	Mann			ohne Kind(er)	mit Kind(ern) ¹⁾
Haushalte insgesamt (1 000)	1 062	242	79	32	525	309	217
Aufwendungen je Haushalt und Monat in DM							
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	501	259	277	452	586	537	655
Brot und Getreideerzeugnisse	61	35	27	84	68	57	85
Fleisch, Fleischwaren	96	46	41	58	117	112	124
Fisch, Fischwaren	11	7	4	4	13	14	11
Molkereiprodukte und Eier	51	28	26	48	59	50	73
Obst	43	28	13	31	50	51	47
Gemüse, Kartoffeln	45	27	17	34	53	57	48
Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren	30	17	13	47	35	29	43
Nahrungsmittel, a. n. g. ³⁾	15	6	6	48	17	13	23
Alkoholfreie Getränke	56	29	28	55	65	54	81
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	79	30	96	30	91	84	101
Aufwendungen je Haushalt und Monat in Prozent							
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100	100	100	100	100	100	100
Brot und Getreideerzeugnisse	12,2	13,3	9,8	18,6	11,7	10,5	13,0
Fleisch, Fleischwaren	19,1	17,7	14,7	12,9	20,0	20,9	18,9
Fisch, Fischwaren	2,1	2,6	1,5	1,0	2,2	2,6	1,7
Molkereiprodukte und Eier	10,2	10,6	9,4	10,7	10,1	9,2	11,1
Speisefette und -öle	3,0	2,7	2,4	2,6	3,1	3,1	3,0
Obst	8,5	10,8	4,6	6,9	8,5	9,5	7,2
Gemüse, Kartoffeln	8,9	10,2	6,1	7,4	9,1	10,5	7,4
Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren	6,1	6,6	4,5	10,4	5,9	5,3	6,6
Nahrungsmittel, a. n. g. ³⁾	3,0	2,5	2,2	10,5	2,9	2,4	3,5
Alkoholfreie Getränke	11,2	11,3	10,0	12,2	11,1	10,0	12,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	15,7	11,6	34,7	6,7	15,5	15,7	15,3

1) mit Kind(ern) unter 18 Jahren

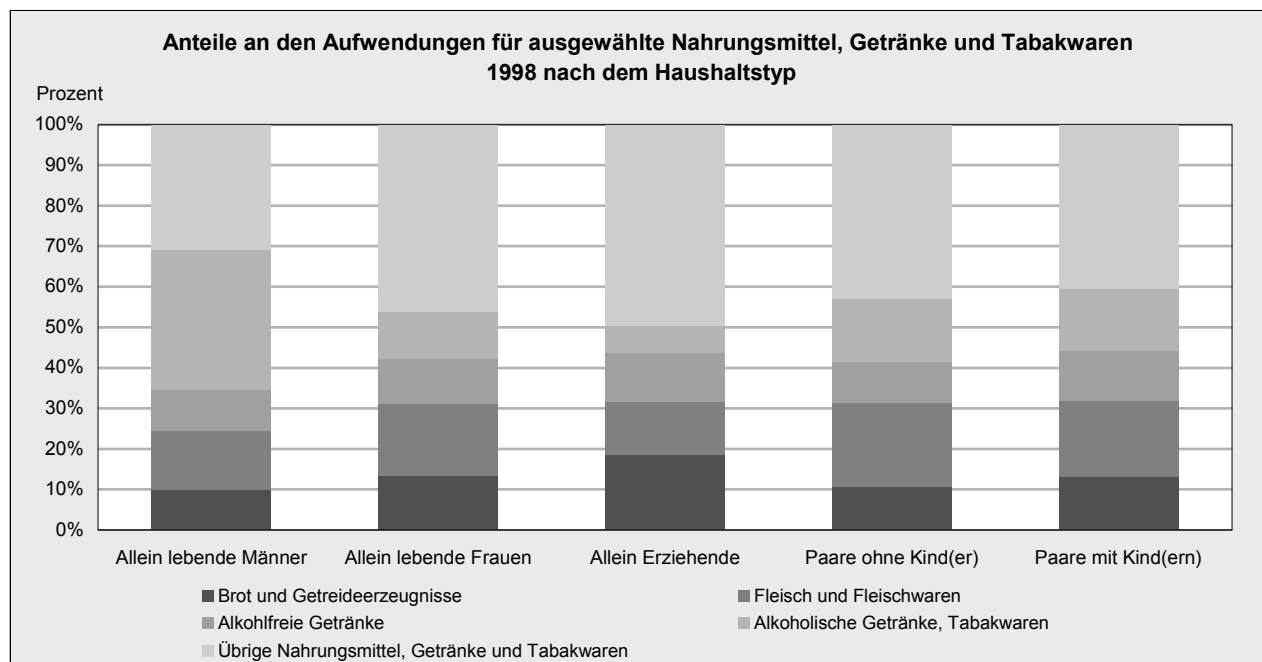
2) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften

3) a. n. g. = anderweitig nicht genannt (z. B. Soßen, Ketchup, Salz, Gewürze, Säuglingsnahrung)

Der größte Ausgabenposten allein lebender Männer waren mit 96 DM die Ausgaben für **alkoholische Getränke und Tabakwaren**, immerhin mehr als ein Drittel (34,7 Prozent) ihrer gesamten Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. **Allein lebende Frauen** dagegen wendeten nur weniger als ein Achtel (30 DM bzw. 11,6 Prozent) ihrer Gesamtausgaben dafür auf. Die höch-

sten Ausgaben hatten sie für **Fleisch und Fleischwaren** (46 DM bzw. 17,7 Prozent).

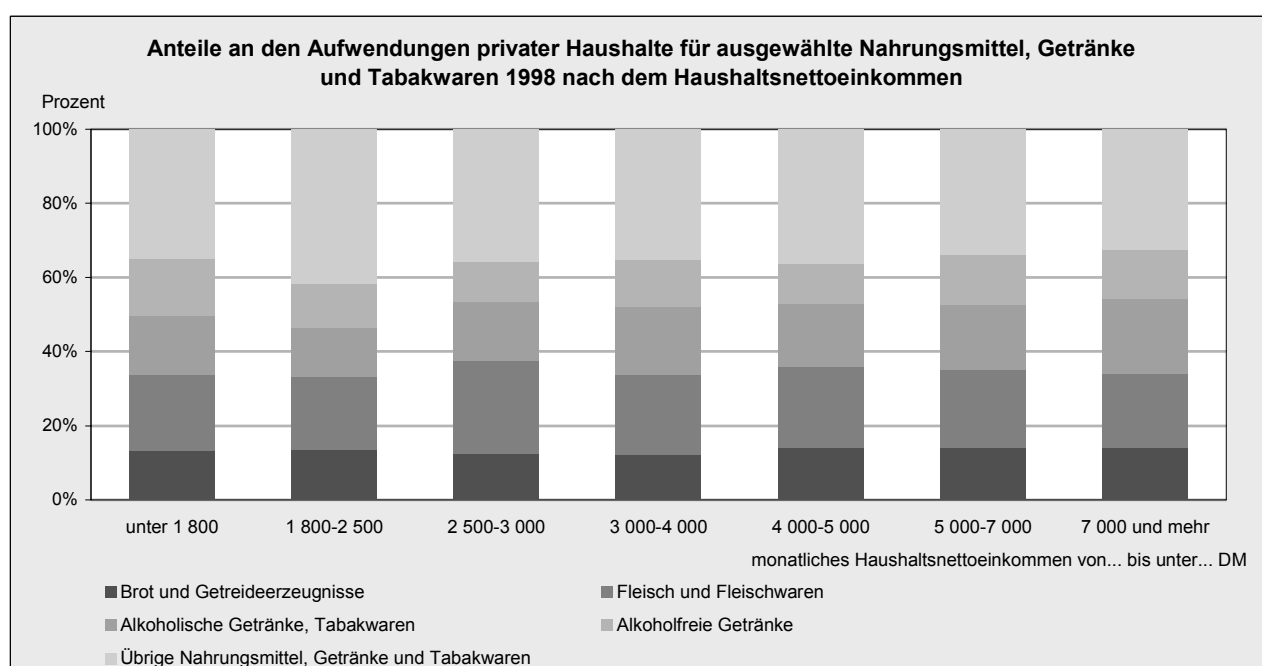
Allein Erziehende gaben für Brot und Getreideerzeugnisse (84 DM bzw. 18,6 Prozent) am meisten aus, **Paare** für Fleisch und Fleischwaren (117 DM bzw. 20,0 Prozent).



Mit steigendem **monatlichen Haushaltsnettoeinkommen** ist auch ein Ansteigen der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren pro Monat zu beobachten. Während 1998 private Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen **unter 1 800 DM** mit 184 DM deutlich unter den durchschnittlichen Ausgaben aller Haushalte (501 DM) lagen, hatten Haushalte in der Einkommensgruppe mit einem Einkommen **von 7 000 und mehr DM** die höchsten Aufwendungen (708 DM). Über den durchschnittlichen Ausgaben der Haushalte insgesamt lagen auch die Einkommensgruppen von 4 000 bis unter 5 000 DM und von 5 000 bis unter 7 000 DM.

Private Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen **von 7 000 und mehr DM** griffen für **alkoholische Getränke und Tabakwaren** am tiefsten in die Tasche. Mit 129 DM bzw. 18,2 Prozent war das der größte Ausgabenposten dieser Haushalte. Die Ausgaben für **Fleisch und Fleischwaren** lagen mit 126 DM bzw. 17,8 Prozent geringfügig darunter. Bei allen anderen Einkommensgruppen machten die Ausgaben für **Fleisch und Fleischwaren** dagegen den größten Anteil aus.

Die anteiligen Ausgaben für die übrigen Gruppen der Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren waren je nach Haushaltsnettoeinkommen recht differenziert.



Lässt man die vier anteilmäßig ohnehin geringsten Ausgabenposten der Haushalte (Fisch, Fischwaren, Speisefette und -öle, Nahrungsmittel, a. n. g., Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren) außer acht, so gaben die Brandenburger Haushalte der Einkommensgruppe:

- ☐ unter 1 800 DM, von 2 500 bis unter 3 000 DM und von 5 000 bis unter 7 000 DM für **Obst**,

- ☐ von 1 800 bis unter 2 500 DM und von 4 000 bis unter 5 000 DM für **Molkereiprodukte und Eier**

und

- ☐ von 3 000 DM bis unter 4 000 DM sowie von 7 000 DM und mehr für **Gemüse und Kartoffeln** pro Monat am wenigsten aus.

Ramona Klasen

Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1998 nach Haushaltsnettoeinkommen

Merkmal	Haushalte insgesamt	monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM						
		unter 1 800	1 800 - 2 500	2 500 - 3 000	3 000 - 4 000	4 000 - 5 000	5 000 - 7 000	7 000 und mehr
Haushalte insgesamt (1 000)	1 062	108	135	107	196	185	213	117
Aufwendungen je Haushalt und Monat in DM								
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	501	184	298	412	495	564	674	708
Brot und Getreideerzeugnisse	61	21	36	47	55	73	85	90
Fleisch, Fleischwaren	96	33	53	92	98	111	126	126
Fisch, Fischwaren	11	2	6	10	11	15	13	11
Molkereiprodukte und Eier	51	24	31	42	45	51	75	74
Speisefette und -öle	15	6	8	13	15	17	20	21
Obst	43	12	36	33	46	52	51	52
Gemüse, Kartoffeln	45	16	29	44	44	58	58	48
Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren	30	14	20	21	29	27	42	51
Nahrungsmittel, a. n. g. ¹⁾	15	5	13	11	14	17	19	22
Alkoholfreie Getränke	56	25	32	40	57	56	79	84
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	79	25	35	59	82	87	106	129
Aufwendungen je Haushalt und Monat in Prozent								
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100	100	100	100	100	100	100	100
Brot und Getreideerzeugnisse	12,2	11,6	12,1	11,3	11,1	12,9	12,6	12,6
Fleisch, Fleischwaren	19,1	17,8	17,6	22,3	19,7	19,7	18,6	17,8
Fisch, Fischwaren	2,1	1,2	1,9	2,5	2,2	2,7	2,0	1,6
Molkereiprodukte und Eier	10,2	12,9	10,5	10,3	9,0	9,1	11,1	10,5
Speisefette und -öle	3,0	3,4	2,6	3,1	3,0	2,9	3,0	3,0
Obst	8,5	6,8	11,9	8,0	9,3	9,2	7,5	7,4
Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren	6,1	7,4	6,8	5,2	5,9	4,8	6,3	7,2
Gemüse, Kartoffeln	8,9	8,8	9,6	10,7	8,8	10,3	8,6	6,7
Nahrungsmittel, a. n. g. ¹⁾	3,0	2,9	4,4	2,7	2,8	3,0	2,8	3,0
Alkoholfreie Getränke	11,2	13,5	10,7	9,6	11,6	9,9	11,8	11,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	15,7	13,8	11,8	14,3	16,6	15,5	15,7	18,2

1) a. n. g. = anderweitig nicht genannt (z. B. Soßen, Ketchup, Salz, Gewürze, Säuglingsnahrung)

Wohnungsbestand in Brandenburg

Aussagekraft und Qualität von Bestandsberechnungen des Wohnungsbestandes werden entscheidend von den Basisdaten bestimmt. Jede fehlende Wohnung bzw. jedes Wohngebäude oder auch nicht erfasster Bauabgang führen über die Jahre zu einem Anwachsen des sogenannten Fortschreibungsfehlers. Deshalb wird in größeren zeitlichen Abständen (etwa 10 Jahre) zur Fehlerbereinigung und Bestimmung neuer Basisdaten eine relativ kostenintensive Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Diese Zählung stellt eine detaillierte Momentaufnahme der Wohnungen und Wohngebäude zu einem Stichtag dar, während in der jährlichen Berechnung der Fortschreibung lediglich Eckwerte Berücksichtigung finden. Die mit Stichtag 30. September 1995 in den neuen Bundesländern durchgeführte Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) lieferte neben den umfassenden Aussagen zur Wohnungssituation - Bestand und Ausstattung - auch die Basiszahlen für die künftigen Bestandsfortschreibungen von Wohnungen und Wohngebäuden ab dem Jahr 1994. Sie war für die neuen Bundesländer auch notwendig geworden, um den Wohngebäudebestand in allen Bundesländern methodisch einheitlich fortschreiben zu können.

Der nachstehende Beitrag soll im Wesentlichen die Struktur des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes in Brandenburg in der regionalen Gliederung auf Verwaltungsbezirksebene analysieren. Unter Bezug auf die Wohnbevölkerung wird auch auf Qualitätsaspekte der Wohnsituation der Bevölkerung wie Versorgungsgrad mit Wohnungen oder die Wohnfläche je Einwohner eingegangen. Betrachtet wird hierzu die Entwicklung ab 1994 im Vergleich mit der Situation im Jahr 2000.

Methodische Vorbemerkungen

Das Gesetz über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (**Hochbaustatistikgesetz - HBauStatG**) vom 5. Mai 1998, BGBl. I S. 869 bildet die Grundlage und den Auftrag an die Statistik, den amtlichen Wohngebäude- und Wohnungsbestand zu berechnen. Im § 8 des Hochbaustatistikgesetzes wird die Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes durch den Bundesgesetzgeber geregelt:

Für Landkreise, für kreisangehörige Gemeinden und für kreisfreie Städte ist zum Ende des Kalenderjahres von den statistischen Ämtern der Länder mit den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik der Bestand an Wohngebäuden, der Bestand an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden nach Zahl der Räume und der Bestand an Räumen und Wohnfläche fortzuschreiben, der in der jeweils letzten allgemeinen **Gebäude- und Wohnungszählung** festgestellt worden ist. Hier werden bereits die für diese Fortschreibung relevanten Datengrundlagen aufgeführt. Das sind aus der Bautätigkeitsstatistik die jährlichen Ergebnisse der Baufertigstellungen und des Bauabganges und als Ausgangsbasis die Daten der jeweils letzten allgemeinen Gebäude- und Wohnungszählung bzw. der Fortschreibungsbestand des letzten Jahres.

Gebäude- und Wohnungszählung schafft Basis für die Fortschreibung

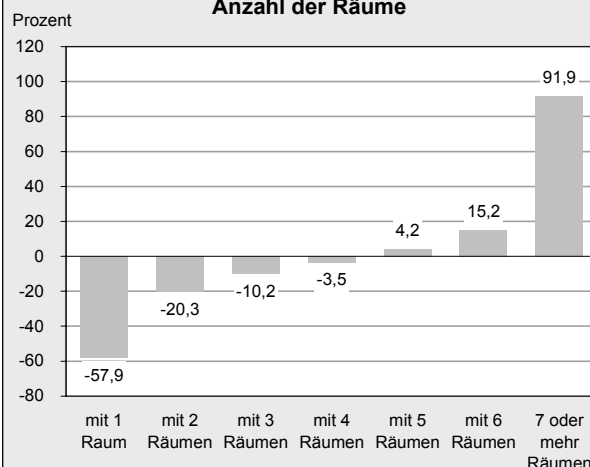
Die Aussagekraft und Qualität der Bestandsberechnungen werden wie einleitend erwähnt entscheidend von den zugrundeliegenden Basisdaten bestimmt. Jede fehlende Wohnung bzw. jedes Wohngebäude oder auch nicht erfasster Bauabgang führen über die Jahre zu einem Anwachsen des sog. „**Fortschreibungsfehlers**“. Die in größeren zeitlichen Abständen (etwa 10 Jahre) stattfindende Gebäude- und Wohnungszählung dient daher insbesondere der Fehlerbereinigung und der Bestimmung neuer Basisdaten. Sie ist aufgrund Ihrer Komplexität relativ kostenintensiv. Die Gebäude und Wohnungszählung (GWZ) stellt eine detaillierte Momentaufnahme der Wohnungen und Wohngebäude zu einem Stichtag dar, während in der jährlichen Berechnung der Fortschreibung lediglich Eckwerte Berücksichtigung finden.

Die mit Stichtag 30. September 1995 in den neuen Bundesländern durchgeführte GWZ lieferte neben den umfassenden Aussagen zur Wohnungssituation - Bestand und Ausstattung - auch die **Basiszahlen für die künftigen Bestandsfortschreibungen** von Wohnungen und Wohngebäuden ab dem Jahr 1994. Sie war für die neuen Bundesländer auch notwendig geworden, um den Wohngebäudebestand in allen Bundesländern methodisch einheitlich fortschreiben zu können.

Der Wohngebäudebestand wurde bis zu dieser Zählung in den neuen Bundesländern nicht fortgeschrieben. Gleichzeitig galt es, Abweichungen, die durch die Umrechnung des nach DDR- Methodik fortgeschriebenen Wohnungsbestandes des Jahres 1990 auf die Methodik der Bundesstatistik entstanden waren (Küchen zählten ab diesem Zeitpunkt zu den Räumen einer Wohnung), auszuschalten. Zusätzlich musste die **Fortschreibungsungenauigkeit**, die durch die Untererfassung der Baufertigstellungen in den Jahren 1991 bis 1994 erhöht wurde, beseitigt werden. Die **Untererfassung der Baufertigstellungen** in diesen Jahren erklärt sich beispielsweise aus der Einführung dieser Bundesstatistik in den neuen Bundesländern. Sie brachte ein neues Meldeverfahren für die neu einbezogenen auskunftspflichtigen Bauherren, deren Baubetreuer und die Bauaufsichtsbehörden, die selbst erst als Verwaltungseinheiten profiliert werden mussten. Nicht unerwähnt bleiben soll auch der **Einfluss der Änderung der Gebietsstruktur** der Kreise und Gemeinden des Landes Brandenburg Ende 1993. Sie bewirkte erneute Änderungen in den Strukturen der unteren Bauaufsichtsbehörden als Auskunftspflichtige für Teile der Bautätigkeitsstatistik.

Die Auswirkungen aus diesem andeutungsweise ausgeführten Ursachenspektrum werden in der nachfolgenden Tabelle mit den **Eckwerten des Wohnungsbestandes** vor und nach der Bereinigung durch die Gebäude- und Wohnungszählung dargestellt.

Veränderung des Wohnungsbestandes 1994 nach der Bereinigung durch die Gebäude- und Wohnungszählung nach der Anzahl der Räume



Während die Abweichungen bei den Gesamtsummen der Wohnungen, den Räumen und der Wohnfläche sehr gering ausgefallen sind, zeigen sich erhebliche Verschiebungen innerhalb der **Struktur der Wohnungen** nach der Raumzahl der Wohnungen. Durch die GWZ 1995 wurde ermittelt, dass die kleineren Wohnungen deutlich weniger, dafür aber deutlich mehr Wohnungen mit 6 oder mehr Räumen im Wohnungsbestand des Landes vorhanden sind.

Wohnungsbestand 1994 vor und nach der Bereinigung durch die Gebäude- und Wohnungszählung im Land Brandenburg

Wohnungsbestand	Alter Bestand 1994	Neu berechneter Bestand 1994 Basis GWZ	Veränderung neuer Bestand 1994 zum alten Bestand 1994	
			Anzahl	Prozent
Wohnungen insgesamt	1 118 436	1 084 136	- 34 300	- 3,1
davon mit... Räumen				
1	16 671	7 012	- 9 659	- 57,9
2	95 073	75 784	- 19 289	- 20,3
3	288 870	259 312	- 29 558	- 10,2
4	428 890	413 908	- 14 982	- 3,5
5	198 590	207 011	+ 8 421	+ 4,2
6	68 148	78 522	+ 10 374	+ 15,2
7 oder mehr	22 194	42 587	+ 20 393	+ 91,9
Räume in Wohnungen mit 7 oder mehr Räumen	163 975	323 028	+ 159 053	+ 97,0
Räume insgesamt	4 354 800	4 421 363	+ 66 563	+ 1,5
Wohnfläche in 100 m ²	743 813	782 509	+ 38 696	+ 5,2
Wohnfläche je Wohnung in m ² /Wohnung	66,5	72,2	+ 5,7	+ 8,6
Räume je Wohnung	3,9	4,1	+ 0,2	+ 5,1

Tendenziell ähnliche Abweichungen konnten in allen neuen Bundesländern im Ergebnis der Gebäude- und Wohnungszählung festgestellt werden.

Berechnungsmodus für die jährliche Bestandsfortschreibung

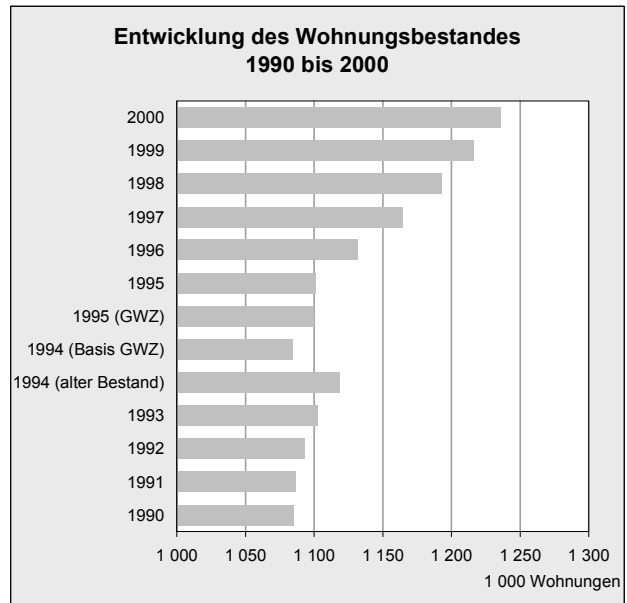
Grundlage für die jährlich ermittelten Bestandszahlen für jede Gemeinde, die Kreise und das Land ist der folgende Berechnungsmodus:

- ☐ **Der Bestand an Wohnungen am Jahresanfang erhöht sich durch:**
 - Zugang durch Neubau in Wohn- und Nichtwohngebäuden (ohne Wohnheime)
 - Zugang durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden
 - sonstige Zugänge (z. B. Gebietsveränderungen)
- ☐ **er vermindert sich durch**
 - Totalabgänge
 - Abgänge durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden
 - sonstige Abgänge (z. B. Gebietsveränderungen)
- ☐ **Ergebnis:**
 - Bestand an Wohnungen am Jahresende

Die Berechnung der Bestandszahlen für Wohngebäude erfolgt sinngemäß.

Hinweise für den Datennutzer

- ☐ Der Berechnungsmodus liegt für alle Gemeinden, die Kreise und das Land vor. Durch den LDS Brandenburg werden jedoch nur die Berechnungsergebnisse, d. h. die jeweiligen Bestandszahlen am Jahresende publiziert.
- ☐ Die Ergebnisse der Jahre 1990, 1991, 1992 liegen in der ab 06.12.1993 gültigen Gebietsstruktur vor. Das Jahresergebnis 1993 wurde bereits in dieser Gebietsstruktur erstellt. Das Jahresergebnis 1994 liegt auch als „alte“ Fortschreibung vor. Die Wohnungsbestandszahlen vor der Neubasierung durch die Gebäude- und Wohnungszählung sind in der Aussagekraft eingeschränkt.
- ☐ Das Jahresergebnis 1994 wurde nach der Gebäude- und Wohnungszählung nochmals aufbereitet.
- ☐ Ab 1994 werden **Wohnungen und Wohngebäude** fortgeschrieben.
- ☐ Im Rahmen der Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes werden Wohnheime und die darin befindlichen Wohnungen nicht einbezogen.



- ☐ Wohnungen in Nichtwohngebäuden (z. B. Hausmeisterwohnung in einer Schule) werden berücksichtigt.
- ☐ Die Ergebnisse liegen in der jeweils aktuellen Gebietsstruktur des Jahres vor. Eine Nachaufbereitung der Ergebnisse von Vorjahren, zur Berücksichtigung eingetretener Gemeindegebietsveränderungen, wird im Regelfall nicht durchgeführt und publiziert.
- ☐ Die Ergebnisse Bestandsfortschreibung der einzelnen Jahre können als Statistische Berichte unter der Kennziffer (F II 4) zum Preis von 6,50 EURO als Hefte oder als Dateien beim LDS BB bezogen werden.

Die Grafik verdeutlicht die kontinuierliche Entwicklung des Wohnungsbestandes in Brandenburg. Der Bereinigungseffekt der Gebäude- und Wohnungszählung wird durch die zwei Jahressäulen für 1994 dargestellt. Die nachfolgenden Ausführungen zur Wohnsituation in Brandenburg beziehen sich aus der nicht gegebenen Vergleichbarkeit, die Gründe wurden einleitend erläutert, auf den Zeitraum ab 1994.

Entwicklung des Wohngebäudebestandes seit 1994

Am Jahresende 2000 beläuft sich der Bestand an Wohngebäuden für das Land Brandenburg auf 550 164. Davon befinden sich rund 8 Prozent, das sind 43 594 Wohngebäude, in den vier kreisfreien Städten. Auf die Landkreise entfallen 506 570 Wohngebäude, das sind 92 Prozent und somit der weitaus größte Teil. Diese Verteilung entspricht der typischen Struktur in einem Flächenland.

Es gelten folgende Definitionen:

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen.

Als **Gebäude** gelten selbständig benutzbare, überdachte Bauwerke, die auf Dauer errichtet sind, von Menschen betreten werden können und geeignet oder bestimmt sind, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen.

Am Jahresende 1994 gab es in Brandenburg 469 610 Wohngebäude. Bis Ende 2000 sind insgesamt 80 554 Nettozugänge an Wohngebäuden zu verzeichnen. Beim Nettozugang ist der Ersatz von Wohngebäuden, die abgerissen oder nicht mehr als Wohngebäude genutzt werden, berücksichtigt.

Damit hat sich der Wohngebäudebestand des Landes zum Ende des Jahres 2000 auf 550 164 erhöht. Das entspricht einem Zuwachs um 17,2 Prozent gegenüber 1994. Deutliche Unterschiede weisen die Bestandsveränderungen in den Landkreisen und den vier kreisfreien Städten auf. Während in den kreisfreien Städten 5 576 Nettozugänge (14,7 Prozent) an Wohngebäuden festgestellt werden, sind es in den Landkreisen fast 75 000 (17,4 Prozent). Dabei weisen die Kreise, die an Berlin grenzen, die absolut und prozentual höchsten Nettozugänge auf.

Bestimmend sind dabei die Bestandsveränderungen im **engeren Verflechtungsraum**. In dieser Region ist mit 48 711 Nettozugängen an Wohngebäuden, getragen durch eine aufgestaute Baunachfrage aus Berlin, mit 31,7 Prozent, der erwartungsgemäß höchste Zuwachs festzustellen.

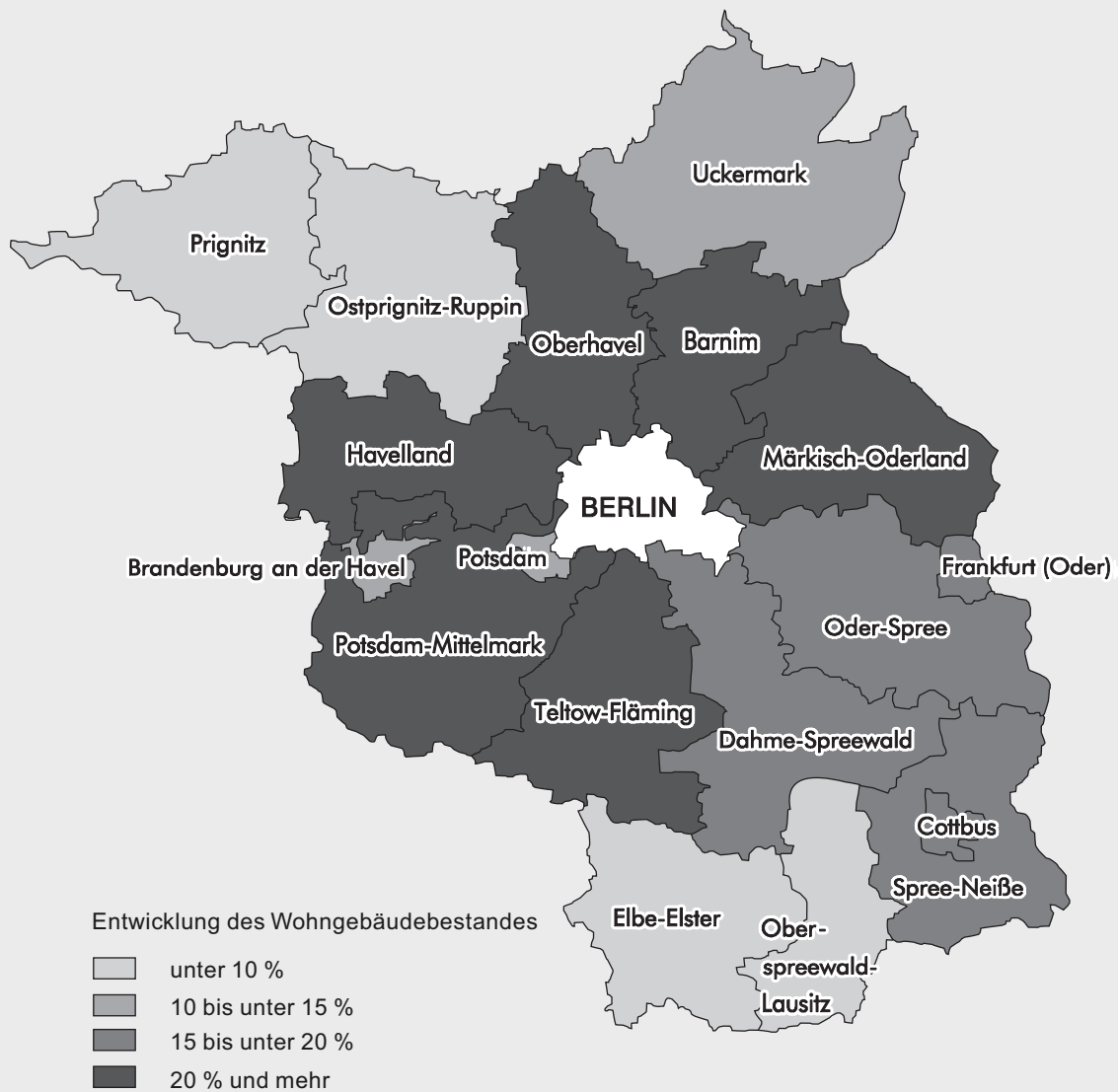
Der **engere Verflechtungsraum** ist ein Teil des gemeinsamen Planungsraumes der Länder Berlin und Brandenburg. Er umfasst als Teilraum im Land Brandenburg die strukturell am engsten mit Berlin verbundenen Kommunen. Auch die Landeshauptstadt und gleichzeitig kreisfreie Stadt Potsdam ist Bestandteil dieses Planungsraumes. Ende 1999 gehören zum engeren Verflechtungsraum 248 Städte und Gemeinden mit 35 Prozent der Bevölkerung und 15 Prozent der Fläche des Landes. Auf diesen Planungsraum konzentrieren sich 60 Prozent der Nettozugänge der Wohngebäude im Beobachtungszeitraum. Auf den **äußeren Entwicklungsraum**, als den „restlichen“ Landesteil, entfallen mit einem Zuwachs von rund 31 800 Wohngebäuden lediglich knapp 40 Prozent der Nettozugänge an Wohngebäuden. Aber auch in diesem Territorium ist der Wohngebäudebestand noch um 10 Prozent gegenüber 1994 angewachsen.

Die Wohngebäude werden im Rahmen der Fortschreibung nach der Anzahl der enthaltenen Wohnungen untergliedert.

Wohngebäudebestand 1994 bis 2000 sowie Veränderung 2000 gegenüber 1994

Jahr Veränderung	Land Brandenburg	Kreisfreie Städte	Landkreise	Engerer Verflechtungsraum	Äußerer Entwicklungsraum
1994	469 610	38 018	431 592	153 841	315 769
1995	477 330	38 625	438 705	158 230	319 100
1996	489 676	39 549	450 127	165 840	323 836
1997	504 475	40 532	463 943	175 002	329 473
1998	520 720	41 374	479 346	184 896	335 824
1999	536 403	42 602	493 801	194 222	342 181
2000	550 164	43 594	506 570	202 552	347 612
Veränderung 2000 gegenüber 1994					
Absolut	+ 80 554	+ 5 576	+ 74 978	+ 48 711	+ 31 843
Prozent	+ 17,2	+ 14,7	+ 17,4	+ 31,7	+ 10,1

Entwicklung des Wohngebäudebestandes 2000 gegenüber 1994 nach Verwaltungsbezirken ^{*)}



^{*)} Gebietsstand des jeweiligen Jahres

Struktur des Wohngebäudebestandes 2000

Merkmal	Land Brandenburg	Kreisfreie Städte	Landkreise	Engerer Verflechtungsraum	Äußerer Entwicklungsraum
Anzahl					
Wohngebäude insgesamt					
Gebäude	550 164	43 594	506 570	202 552	347 612
Wohnfläche in 100 m ²	910 755	137 248	773 509	326 682	584 073
Wohnungen	1 215 402	212 944	1 002 458	426 758	788 644
Anteil in Prozent					
Wohngebäude mit 1 Wohnung					
Gebäude	69,8	45,4	71,9	73,4	67,6
Wohnfläche	42,9	15,2	47,8	46,0	41,1
Wohnungen	31,6	9,3	36,3	34,9	29,8
Wohngebäude mit 2 Wohnungen					
Gebäude	13,8	10,4	14,1	11,9	15,0
Wohnfläche	12,9	5,2	14,3	11,3	13,8
Wohnungen	12,5	4,2	14,3	11,3	13,2
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen					
Gebäude	16,4	44,2	14,0	14,7	17,4
Wohnfläche	44,2	79,5	38,0	42,8	45,0
Wohnungen	55,9	86,5	49,4	53,9	57,0

Der Wohngebäudebestand im Land wird Ende 2000 zahlenmäßig durch Wohngebäude mit 1 Wohnung geprägt. Sie bestimmen mit 383 845 Gebäuden (70 Prozent) die überwiegend dörflich und klein-städtisch geprägte Siedlungsstruktur Brandenburgs. Lediglich 76 176 Wohngebäude mit 2 Wohnungen (14 Prozent; darin 152 352 Wohnungen) gibt es in Brandenburg. In Summe befinden sich 44 Prozent aller Wohnungen in Wohngebäuden mit 1 oder 2 Wohnungen. Mit einem Anteil von 16 Prozent, das sind ca. 90 000 Wohngebäude, sind die Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen Ende 2000 im Wohngebäudebestand vertreten. Was ihre Anzahl betrifft, sind sie nicht strukturbestimmend. Auf sie entfallen aber 679 205, fast 56 Prozent aller Wohnungen im Land. Damit sind sie bestimmend für die Wohnverhältnisse des Großteils der Brandenburger Bürger.

Die kreisfreien Städte weisen trotz ihres städtischen Charakters einen hohen Anteil an Wohngebäuden mit 1 oder 2 Wohnungen auf. In den Landkreisen bestimmen die Wohngebäude mit 1 Wohnung die Struktur. Die Unterschiede zwischen engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum sind aufgrund des Anteiles der Städte und Dörfer in beiden Teilräumen deutlich geringer ausgeprägt als zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen.

Entwicklung des Wohnungsbestandes seit 1994

Das Land weist am Jahresende 2000 einen Wohnungsbestand von 1 236 091 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden auf. In Nichtwohngebäuden (z. B. Hausmeisterwohnung in einer Schule) befinden sich jedoch nur 20 689 Wohnungen. 216 489 Wohnungen befinden sich in den vier kreisfreien Städten. Die anderen 1 019 602 Wohnungen (82 Prozent) verteilen sich auf die Landkreise. Das Verhältnis der Wohnungsanzahl zwischen engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum liegt bei 1:2 (35: 65 Prozent) und entspricht damit dem Verhältnis der Bevölkerungsanteile (35: 65 Prozent) dieser Planungsgebiete.

Wie bereits aus der einleitenden Grafik zur Wohnungsbestandsentwicklung 1990 bis 2000 optisch ersichtlich, ist ab 1996 eine deutliche Bestandserhöhung eingetreten. Zwischen 2000 und 1994 sind im Land rund 152 000 Wohnungen (14,0 Prozent) mehr Wohnungen vorhanden. Dieser durchaus als Wohnungsbauboom, zu bezeichnende Nettozuwachs kann in seiner Dimension bildlich beschrieben werden.

Es gelten folgende Definitionen:

Eine **Wohnung** ist die Summe der Räume, die die Führung eines Haushaltes ermöglichen, darunter stets eine Küche oder ein Raum mit Kochgelegenheit. Eine Wohnung hat grundsätzlich einen eigenen abschließbaren Zugang unmittelbar vom Freien, einem Treppenhaus oder einem Vorraum. Ferner besitzt sie Wasserversorgung, Abguss und Toilette, die auch außerhalb des Wohnungsabschlusses liegen können.

Wohnräume sind Räume, die für Wohnzwecke bestimmt sind und mindestens 6 m² Wohnfläche haben, einschließlich aller Küchen.

Küchen werden unabhängig von ihrer Fläche einbezogen. Sie müssen im Bauplan als Küchen ausgewiesen und mit den üblichen Einrichtungen (z. B. Wasseranschluss, Abguss, Gas- und Stromzuleitungen, Dunstabzug) zum Kochen für hauswirtschaftliche Zwecke ausgestattet sein. Die **Wohnfläche** von Wohnungen ist die Summe der anrechenbaren Grundflächen der Räume, die ausschließlich zu einer Wohnung gehören. Nicht gezählt werden die Flächen der Zubehörräume (z. B. Keller, Waschküche, Dachboden usw.), der Wirtschaftsräume (Vorratsräume, Abstellräume außerhalb der Wohnung) sowie der Geschäftsräume.

Zwischen **1994 und 2000** sind mehr Wohnungen im Land hinzugekommen, als die Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder) in Summe (145 365 Wohnungen) am Jahresende 2000 im Wohnungsbestand aufweisen.

In den vier kreisfreien Städten ist mit einem Zuwachs von ca. 16 500 Wohnungen (8,3 Prozent) eine eher verhaltene Entwicklung zu verzeichnen. Dagegen ist mit einem Bestandszuwachs von über 135 000 Wohnungen (15,3 Prozent) in den Landkreisen eine sehr dynamische Entwicklung festzustellen. Besonders betroffen sind die an Berlin grenzenden Kreise und da wiederum der engere Verflechtungsraum als absoluter und prozentualer Konzentrationspunkt des Geschehens. Über 99 000 Wohnungen mehr in dieser Region, das entspricht einem Zuwachs von fast 30 Prozent, dokumentieren dies deutlich. Auch diese Dimension lässt sich bildlich beschreiben.

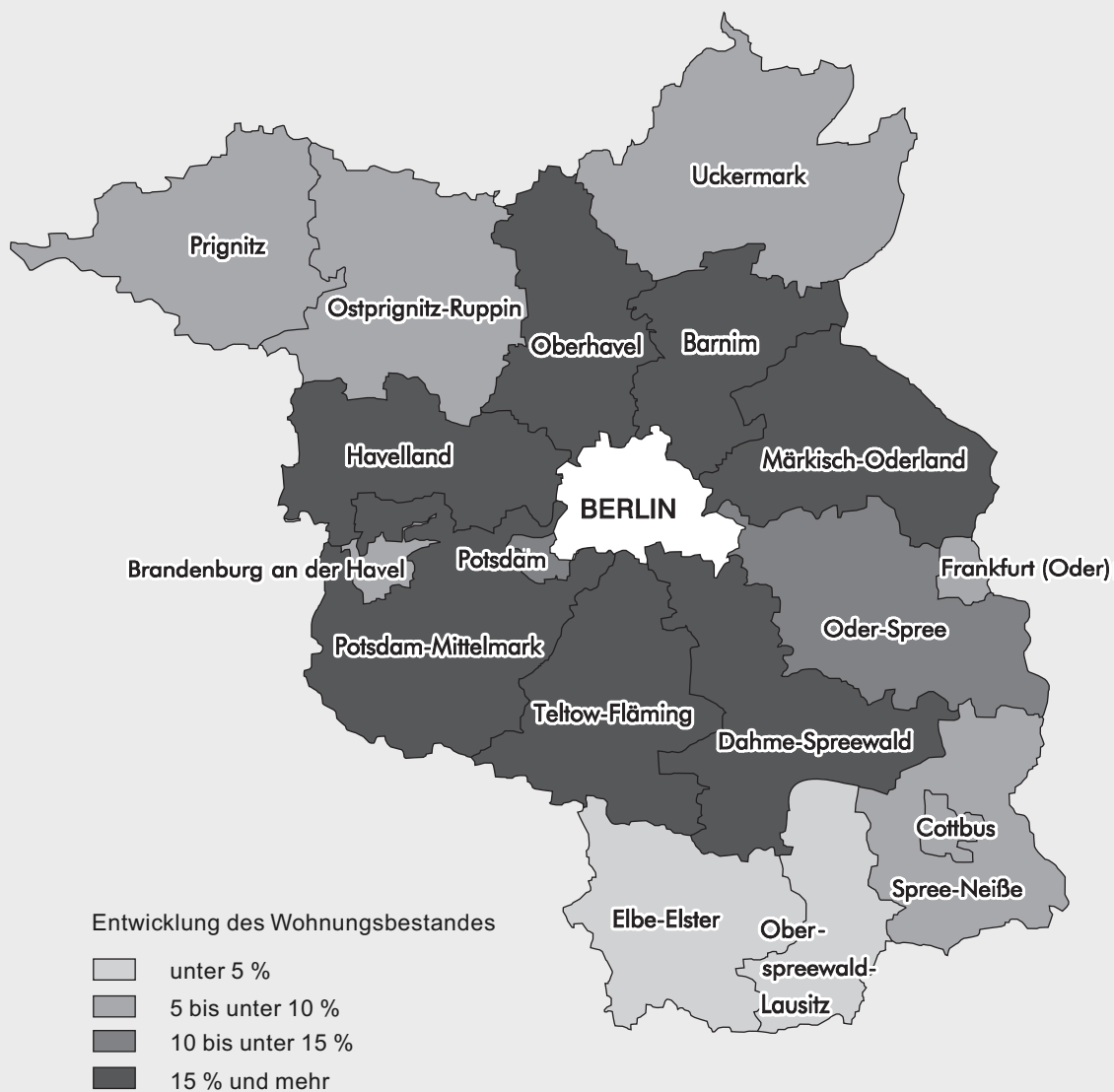
Im **engeren Verflechtungsraum** sind zwischen 1994 und 2000 fast so viele Wohnungen hinzugekommen, wie die Stadt Cottbus und Frankfurt(Oder) in Summe (100 827 Wohnungen) Ende 2000 in ihrem Wohnungsbestand aufweisen.

Eine verhaltene Entwicklung ist für den äußeren Entwicklungsraum fest zustellen, in dem ein Zuwachs von 52 660 Wohnungen (7,0 Prozent) eingetreten ist.

Wohnungsbestand 1994 bis 2000 sowie Veränderung 2000 gegenüber 1994

Jahr Veränderung	Land Brandenburg	Kreisfreie Städte	Landkreise	Engerer Verflechtungsraum	Äußerer Entwicklungsraum
1994	1 084 136	199 976	884 160	335 359	748 777
1995	1 101 429	201 999	899 430	346 798	754 631
1996	1 131 372	205 957	925 415	367 252	764 120
1997	1 164 548	209 731	954 817	389 646	774 902
1998	1 192 997	212 128	980 869	408 094	784 903
1999	1 216 598	214 935	1 001 663	422 717	793 881
2000	1 236 091	216 489	1 019 602	434 654	801 437
Veränderung 2000 gegenüber 1994					
Absolut	+ 151 955	+ 16 513	+ 135 442	+ 99 295	+ 52 660
Prozent	+ 14,0	+ 8,3	+ 15,3	+ 29,6	+ 7,0

Entwicklung des Wohnungsbestandes 2000 gegenüber 1994
nach Verwaltungsbezirken^{*)}



^{*)} Gebietsstand des jeweiligen Jahres

Struktur des Wohnungsbestandes 2000					
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Land Brandenburg	Kreisfreie Städte	Landkreise	Engerer Verflechtungsraum	Äußerer Entwicklungsraum
	Anzahl				
mit ... Räumen					
1	9 252	2 465	6 787	3 944	5 308
2	83 721	23 020	60 701	31 896	51 825
3	293 435	61 035	232 400	105 798	187 637
4	450 301	88 304	361 997	151 011	299 290
5	245 942	31 081	214 861	90 503	155 439
6	100 776	7 401	93 375	35 971	64 805
7 oder mehr	52 664	3 183	49 481	15 531	37 133
Wohnungen insgesamt	1 236 091	216 489	1 019 602	434 654	801 437
	Anteile in Prozent				
mit ... Räumen					
1	0,7	1,1	0,7	0,9	0,7
2	6,8	10,6	6,0	7,3	6,5
3	23,7	28,2	22,8	24,3	23,4
4	36,4	40,8	35,5	34,7	37,3
5	19,9	14,4	21,1	20,8	19,4
6	8,2	3,4	9,2	8,3	8,1
7 oder mehr	4,3	1,5	4,9	3,6	4,6
Wohnungen insgesamt	100	100	100	100	100

Ende 2000 sind 36 Prozent Vier-Raum-Wohnungen im Bestand des Landes existent. Diese Wohnungsgröße ist damit am häufigsten im Land zu finden. Drei-Raum-Wohnungen, mit einem Anteil von 24 Prozent und Fünf-Raum-Wohnungen mit 20 Prozent sind ebenfalls häufig im Bestand zu finden. Noch größere Wohnungen sind anteilig gering im Wohnungsbestand enthalten. Wohnungen mit einem Raum, dabei handelt es sich um einen Raum mit Kochgelegenheit, sind aufgrund ihres geringeren Wohnwertes mit einem Anteil von unter 1 Prozent nur schwach vertreten.

Der **Gesamtbestand aller Räume** einschließlich Küchen beträgt im Land Brandenburg Ende 2000 rund 5 Millionen. Rein rechnerisch hat damit die Brandenburger Durchschnittswohnung 4 Räume und ist 75 m² groß. Auf Grund der Dominanz der Wohngebäude mit 1 Wohnung in den Landkreisen, sind die Wohnungen mit 5 und mehr Räumen dort deutlich stärker vertreten als in den kreisfreien Städten. In den kreisfreien Städten sind dafür die kleineren Wohnungen häufiger vorhanden.

Die **prozentualen Wohnungsanteile** im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsraum weisen nur geringe Differenzen auf.

Der Bestandszuwachs an Wohnungen führte natürlich auch zu einem **Zuwachs an Wohnfläche**. Die Gesamtwohnfläche des Landes am Jahresende 2000 beziffert sich nunmehr auf rund 92,6 Millionen m². Gegenüber 1994 (78,3 Millionen m²) stehen damit rund 14,4 Millionen m² (18,4 Prozent) Wohnfläche mehr zur Verfügung. Dieser Nettozuwachs an Wohnfläche ist größer, als die vier kreisfreien Städte Ende 2000 an Wohnfläche (etwa 14 Millionen) im Bestand aufweisen.

Entsprechend der **Baufertigstellungsstatistik** wurden im Land in diesem Zeitraum sogar über 16,2 Millionen m² Wohnfläche (insgesamt einschl. der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden) geschaffen. Die sich errechnende Differenz in Höhe von 1,8 Millionen m² dient dem Ersatz für abgerissene bzw. für Nichtwohnzwecke umgenutzte Wohnfläche. Sie ist im publizierten Ergebnis des jährlichen Wohnungsbestandes nicht ersichtlich. Diese Ersatzwohnfläche erhöht zwar nicht den Bestand an Wohnfläche, wird aber als neuwertige Wohnfläche am Wohnungsmarkt angeboten und stellt somit einen Qualitätszuwachs der Gesamtwohnfläche im Land dar.

Wohnfläche 1994 bis 2000 sowie Veränderung 2000 gegenüber 1994

Jahr Veränderung	Land Brandenburg	Kreisfreie Städte	Anteil an insgesamt	Landkreise	Anteil an insgesamt	Engerer Verflech- tungsraum	Anteil an insgesamt	Äußerer Entwick- lungsraum	Anteil an insgesamt
	100 m ²		Prozent	100 m ²	Prozent	100 m ²	Prozent	100 m ²	Prozent
1994	782 509	125 061	16,0	657 447	84,0	242 718	31,0	539 790	69,0
1995	798 128	126 834	15,9	671 294	84,1	288 158	31,6	545 784	68,4
1996	824 374	130 107	15,8	694 267	84,2	252 344	32,7	555 084	67,3
1997	853 605	133 232	15,6	720 373	84,4	269 290	33,8	565 447	66,2
1998	881 239	135 434	15,4	745 805	84,6	305 250	34,6	575 989	65,4
1999	905 512	138 129	15,3	767 383	84,7	319 821	35,3	585 690	64,7
2000	926 311	139 879	15,1	786 433	84,9	332 256	35,9	594 055	64,1
Veränderung 2000 gegenüber 1994									
Absolut	+ 143 802	+ 14 818	X	+ 128 986	X	+ 89 538	X	+ 54 265	X
Prozent	+ 18,4	+ 11,8	X	+ 19,6	X	+ 36,9	X	+ 10,1	X

Ende 2000 weist die Größe der Durchschnittswohnung im Land 75 m² Wohnfläche auf. In den Landkreisen wird der höchste Wert mit 77 m² je Wohnung erreicht. Seit 1994 hat sich in diesem ländlich geprägten Raum die durchschnittliche Wohnungsgröße um 4,1 Prozent, bzw. 3 m² erhöht. In den vier kreisfreien Städten erreicht die Größe der Durchschnittswohnung bedingt durch die städtisch geprägte kleinräumige Wohnungsstruktur 65 m².

In den Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes ist der absolute und prozentuale Zuwachs mit 4 m² bzw. 5,6 Prozent am höchsten und führt zu einer durchschnittlichen

Wohnungsgröße von 76 m². Hauptursache ist der starke Zuwachs an flächenmäßig großen Wohngebäuden mit einer Wohnung in diesem Gebiet.

Wohnungsversorgung der Bevölkerung des Landes gestiegen

Die bisher beschriebenen Daten zum Wohnungsbestand dokumentieren eine recht positive Entwicklung. Wie sich die Wohnungsversorgung der Bevölkerung entwickelt hat, wird erst durch einen Bezug der Kennziffer Wohnung und Bevölkerung deutlich. Dabei bestimmt die eingetretene Bevölkerungsentwicklung die Entwicklung dieser Bezugs-kennziffern entscheidend mit.

Wohnfläche je Wohnung 1994 bis 2000 sowie Veränderung 2000 gegenüber 1994

Jahr Veränderung	Land Brandenburg	Kreisfreie Städte	Landkreise	Engerer Verflechtungsraum	Äußerer Entwicklungsraum
	m ²				
1994	72	63	74	72	72
1995	72	63	75	73	72
1996	73	63	75	73	73
1997	73	64	75	74	73
1998	74	64	76	75	73
1999	74	64	77	76	74
2000	75	65	77	76	74
Veränderung 2000 gegenüber 1994					
Absolut	+ 3	+ 2	+ 3	+ 4	+ 2
Prozent	+ 4,2	+ 3,2	+ 4,1	+ 5,6	+ 2,8

Wohnbevölkerung am 31.12.1994 und 30.06.2000 und deren Veränderung

Jahr Veränderung	Land Brandenburg	Kreisfreie Städte	Landkreise	Engerer Verflechtungsraum	Äußerer Entwicklungsraum
	Anzahl				
1994	2 536 747	433 965	2 102 782	789 660	1 747 087
1995	2 542 042	426 634	2 115 408	806 386	1 735 656
1996	2 554 441	419 862	2 134 579	826 841	1 727 600
1997	2 573 291	410 665	2 162 626	855 645	1 717 646
1998	2 590 375	400 910	2 189 465	887 433	1 702 942
1999	2 601 207	392 667	2 208 540	916 527	1 684 680
2000	2 600 840	390 387	2 210 453	924 950	1 675 890
	Veränderung 2000 gegenüber 1994				
Absolut	+ 64 093	- 43 578	+ 107 671	+ 135 290	- 71 197
Prozent	+ 2,5	- 10,0	+ 5,1	+ 17,1	- 4,1

Geringe Veränderungen weist der Landeswert auf. Hohe Dynamik ist in den betrachteten Teilregionen festzustellen. Gegenüber 1994 hat sich die Einwohnerzahl der Landkreise um ca. 107 700 erhöht. In den kreisfreien Städte gingen die Einwohnerzahlen aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung oder durch Migration zurück. 10 Prozent, rund 43 600 Einwohner betragen die Rückgänge im Beobachtungszeitraum.

Dass der engere Verflechtungsraum auch bei diesen Kennziffern als echte Gewinnregion in Erscheinung tritt, verwundert nicht. In diesen Kommunen hat sich die Bevölkerung gegenüber 1994 um fast 135 300 Personen (17 Prozent) erhöht.

In den betrachteten Jahren seit 1994 hat sich die Wohnungsverorgung der Brandenburger Bevölkerung kontinuierlich verbessert. Dies zeigt die folgende Tabelle.

Versorgungsgrad mit Wohnungen je 1000 Einwohner 1994 bis 2000 sowie Veränderung 2000 gegenüber 1994

Jahr Veränderung	Land Brandenburg	Kreisfreie Städte	Landkreise	Engerer Verflechtungsraum	Äußerer Entwicklungsraum
1994	427	461	421	425	429
1995	433	474	425	430	435
1996	443	491	434	444	442
1997	453	511	442	455	451
1998	461	529	448	460	461
1999	468	547	454	461	471
2000	475	555	461	470	478
	Veränderung 2000 gegenüber 1994				
Absolut	+ 48	+ 94	+ 41	+ 45	+ 50
Prozent	+ 11,2	+ 20,3	+ 9,7	+ 10,6	+ 11,6

Deutliche Unterschiede bestehen zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen. Im städtisch geprägten Siedlungsraum liegt der Versorgungsgrad deutlich höher als im ländlichen Raum. Da beim Versorgungsgrad Wohnungen und Wohnbevölkerung in Beziehung gesetzt werden, wird der Quotient auch durch beide Werte beeinflusst.

So ist der deutliche Zuwachs um 94 Wohnungen (20,3 Prozent) im Versorgungsgrad mit Wohnungen je 1000 Einwohner in den vier kreisfreien Städten überwiegend durch den Rückgang der Bevölkerung um 10 Prozent, rund 43 600 Einwohner verursacht. In den Landkreisen werden 461 Wohnungen je 1000 Einwohner im Jahr 2000 errechnet.

Die prozentuale Veränderung ist geringer ausgefallen als in den kreisfreien Städten. Alle Kreise des Landes weisen Zuwachs im Versorgungsgrad mit Wohnungen auf. Die regionale Entwicklung in den Kreisen ist dabei jedoch nicht homogen verlaufen. In den peripher gelegenen Kreisen wird der Zuwachs im Versorgungsgrad mit Wohnungen hauptsächlich durch Bevölkerungsrückgang bei geringer Bautätigkeit verursacht.

In den an Berlin grenzenden Kreisen wird der Zuwachs im Versorgungsgrad durch intensivere Wohnungsbauaktivitäten bei gleichzeitigem Bevölkerungszuwachs (überwie-

gend Migrationsgewinne aus der angrenzenden Bundeshauptstadt) geprägt.

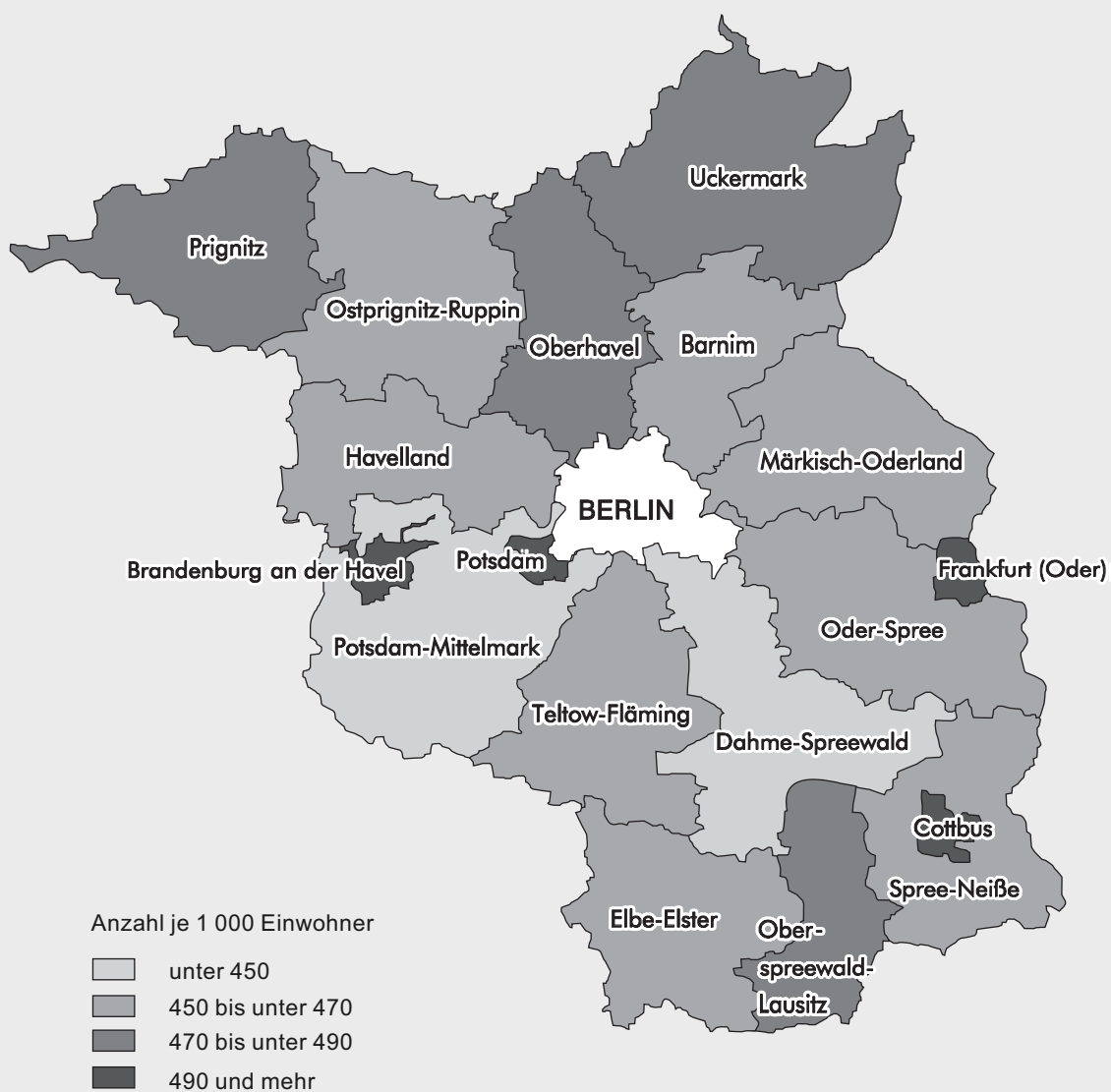
Der in der vorherigen Tabelle dargestellte Versorgungsgrad mit Wohnungen je 1 000 Einwohner erweckt den Eindruck eines noch sehr unterschiedlichen Versorgungsniveaus in den betrachteten Gebieten in Brandenburg. Untersucht man dagegen die für die Beurteilung der Wohnqualität noch besser geeignete Kennziffer der Wohnfläche je Einwohner, ergibt sich für den Betrachter ein unerwartetes, weil homogenes Bild für das Jahr 2000.

Ob in den kreisfreien Städten, den Landkreisen oder im engeren Verflechtungsraum, jedem Einwohner stehen im Durchschnitt 36 m² Wohnfläche zur Verfügung. Im äußeren Entwicklungsraum sind es 35 m². Diese Situation entstand durch die jeweilige Bevölkerungsveränderung und den Zuwachs an Wohnfläche im betrachteten Zeitraum. Untersucht man die einzelnen Kreise, zum Beispiel den mit dem höchsten bzw. niedrigsten Wert, dann zeigen sich schon Differenzierungen bei dieser Kennziffer. So weist der Kreis Prignitz mit 38 m² Wohnfläche den höchsten und die Kreise Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree und Uckermark weisen mit 34 m² Wohnfläche je Einwohner den geringsten Wert auf.

Wohnfläche je Einwohner 1994 bis 2000 sowie Veränderung 2000 gegenüber 1994

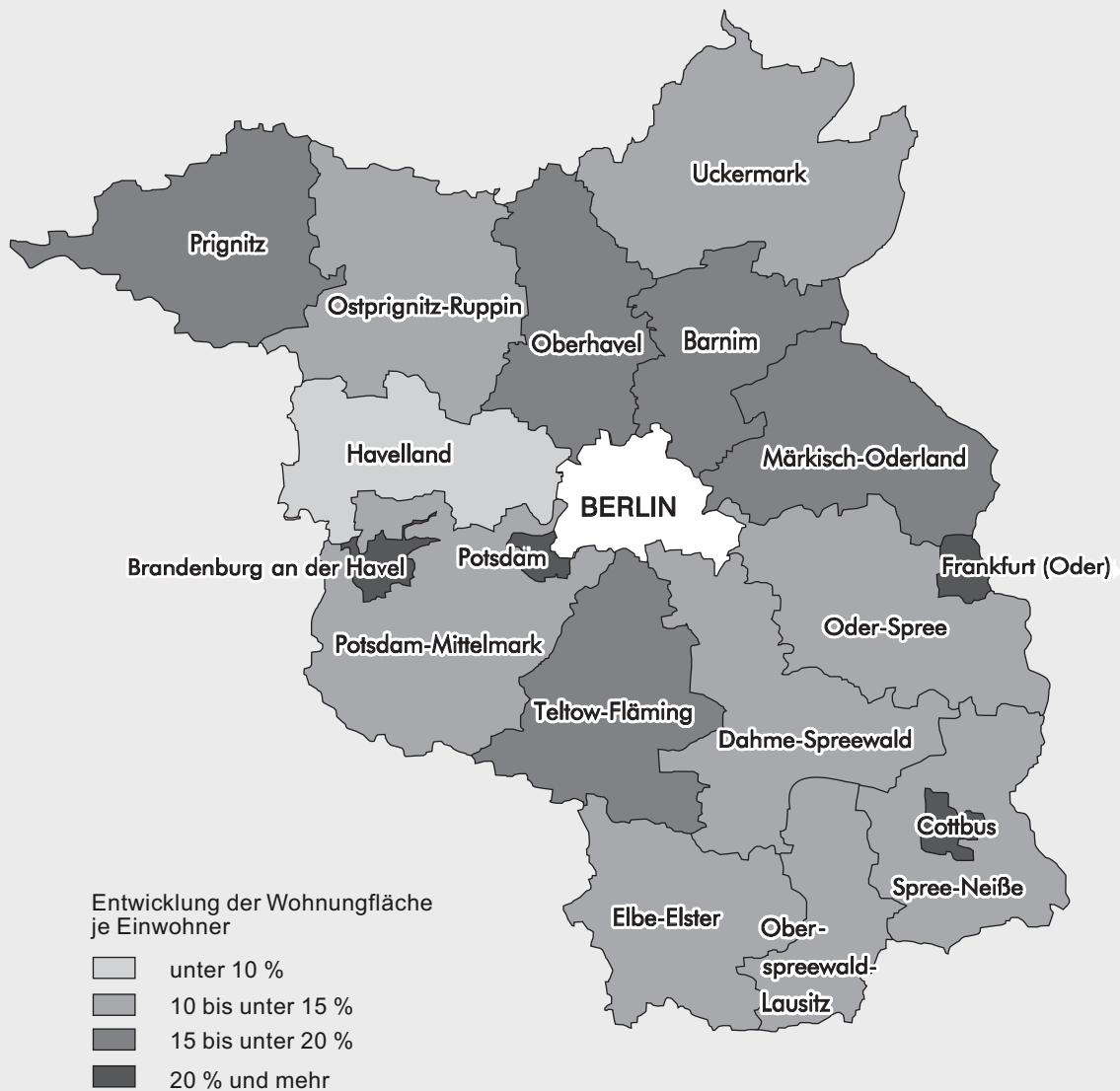
Jahr Veränderung	Land Brandenburg	Kreisfreie Städte	Landkreise	Engerer Verflechtungsraum	Äußerer Entwicklungsraum
1994	31	29	31	31	31
1995	31	30	32	31	31
1996	32	31	33	33	32
1997	33	32	33	34	33
1998	34	34	34	34	34
1999	35	35	35	35	35
2000	36	36	36	36	35
Veränderung 2000 gegenüber 1994					
Absolut	+ 5	+ 7	+ 5	+ 5	+ 4
Prozent	+ 16,1	+ 24,1	+ 16,1	+ 16,1	+ 12,9

Versorgungsgrad mit Wohnungen je 1 000 Einwohner 2000
nach Verwaltungsbezirken ^{*)}



^{*)} Gebietsstand des jeweiligen Jahres

Entwicklung der Wohnfläche je Einwohner 2000 gegenüber 1994
nach Verwaltungsbezirken ^{*)}



^{*)} Gebietsstand des jeweiligen Jahres

Haushaltsentwicklung und Wohnungsversorgung

An dieser Stelle soll nun die Wohnungsversorgung der Haushalte beleuchtet werden. Im Regelfall tritt nicht der einzelne Einwohner als Bedarfsträger für eine Wohnung auf, sondern eine Gruppe von Menschen als Haushalt. Wobei natürlich auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person (Singlehaushalt, Haushalt von Alleinstehenden, Einpersonenhaushalt) am Wohnungsmarkt als Kunde in Erscheinung treten kann.

Es gilt folgende Definition:

Als Haushalt (Privathaushalt) zählt jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Hauspersonal, Pflegekinder).

Die Daten zu den Haushalten entstammen dem jährlich durchgeführten Mikrozensus (ca. 11 000 einbezogene Haushalte; 1 Prozent der Haushalte des Landes). Die Ergebnisse dieser Repräsentativstichprobe werden mittels mathematischer Methoden zum Landesergebnis hochgerechnet. Aus dieser Methodik begründet sich auch die Einschränkung für die regionale Gliederungstiefe der Haushaltszahlen. Über 1 160 500 Haushalte gibt es im Mai 2000 im Land. Das sind knapp 87 000 Haushalte (8,1 Prozent) mehr als im April 1995.

Die Tendenz zu kleineren Haushalten hat sich fortgesetzt. So haben sich gegenüber 1995 die Einpersonenhaushalte um 54 400 Haushalte (18 Prozent) erhöht. Diese treten einmal als zusätzliche Kunden am Wohnungsmarkt auf und gleichzeitig haben sie einen spezifischen Wohnungsbedarf an kleinräumigen Wohnungen. Eine analoge Aussage ist auch für Haushalte mit 2 Personen zutreffend.

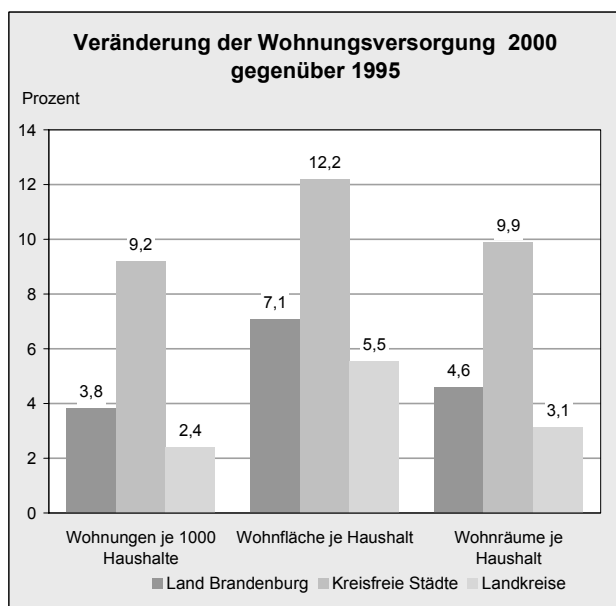
Anders ist dagegen die Entwicklung der Haushalte mit 4 Personen. Sie sind um ca. 29 000 Haushalte (- 16 Prozent) zurückgegangen. Noch größere Haushalte verhalten sich in der Entwicklung analog rückläufig.

Sie haben aber aufgrund eines Anteils von 3,1 Prozent an den Haushalten insgesamt, mit einem Rückgang von 4 200 Haushalten nur geringe absolute Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Die kreisfreien Städte haben trotz massiver Bevölkerungsrückgänge von 10 Prozent nur einen Rückgang von 1,6 Prozent bei den Haushalten zu verzeichnen.

Hier müssen also gleichzeitig Haushaltneubildungen stattgefunden haben. In den Landkreisen sind die Haushalte um 93 100, das sind 10,6 Prozent, deutlich angewachsen. Dies war aufgrund eines Zuwachses um rund 107 700 Einwohner auch zu erwarten. Da der Berichtszeitraum des Mikrozensus in der Regel die letzte Aprilwoche des jeweiligen Jahres beinhaltet, wurden in der nachfolgenden Tabelle, die ermittelten Haushalte mit den Wohnungsdaten des näher liegenden Vorjahres in Beziehung gesetzt.

Haushalte, Haushaltstruktur 1995 und 2000 sowie deren Veränderung

Merkmal	April 1995		Mai 2000		Veränderung 2000 zu 1995	
	1 000	Prozent	1 000	Prozent	1 000	um Prozent
Haushalte	1 073,6	100	1 160,5	100	+86,9	+ 8,1
Einpersonenhaushalte	300,0	27,9	354,4	30,5	+54,4	+18,1
Haushalte mit 2 Personen	350,2	32,6	401,9	34,6	+51,7	+14,8
Haushalte mit 3 Personen	203,9	19,0	218,0	18,8	+14,1	+ 6,9
Haushalte mit 4 Personen	179,3	16,7	150,1	12,9	- 29,2	- 16,3
Haushalte mit 5 und mehr Personen	40,3	3,8	36,1	3,1	- 4,2	- 10,4
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,37		2,24		- 0,1	- 5,5
Haushalte		100		100		
Kreisfreie Städte	192,2	17,9	189,2	16,3	- 3,0	- 1,6
Landkreise	878,7	81,8	971,8	83,7	+93,1	+ 10,6



Der Quotient Wohnungen je 1 000 Haushalte liegt über 1 000. Damit sind rein rechnerisch mehr Wohnungen als Haushalte vorhanden und es kann von einer gesicherten Wohnungsversorgung im Land gesprochen werden. Dass mehr Wohnungen als Haushalte vorhanden sind, ist erforderlich, da stets eine sogenannte **Fluktuationsreserve**, als notwendige Wohnungsreservemenge bei Umzug, Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen notwendig

ist. Wie groß diese allerdings sein muss, wird von zahlreichen Faktoren des Wohnungsmarktes beeinflusst. Wenn diese Reserve allerdings eine Grenze überschreitet, wie auch in einigen Städten bzw. Stadtteilen und Dörfern im Land zu beobachten, wird sie als Wohnungsleerstand mit negativen Auswirkungen registriert.

Einen hohen Versorgungsgrad der Haushalte weisen die kreisfreien Städte mit 1 136 Wohnungen je 1 000 Haushalte auf. Sie verzeichnen auch die größten Veränderungen im Beobachtungszeitraum, wobei diese durch die Bevölkerungsrückgänge und leicht rückläufigen Haushaltszahlen verursacht sind.

78 m² Wohnfläche stehen Anfang 2000 jedem Haushalt im Durchschnitt des Landes zur Verfügung. Dem Haushalt in den Landkreisen steht sogar mit 79 m² Wohnfläche, noch ein Quadratmeter mehr, zur Nutzung zur Verfügung. Dagegen kann der Durchschnittshaushalt in den kreisfreien Städten lediglich 73 m² Wohnfläche nutzen. Allerdings hat sich in diesen Städten die durchschnittlich genutzte Wohnfläche um über 8 m² bzw. 12,2 Prozent im Beobachtungszeitraum deutlich erhöht. Gleichzeitig stehen im Durchschnitt jedem Brandenburger Haushalt 4 Wohnräume einschließlich Küche zur Verfügung. Auch hier ist der stärkste Zuwachs mit rund 10 Prozent in den kreisfreien Städten festzustellen. Größere Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen bestehen bei dieser Kennziffer nicht.

Strukturdaten zur Wohnungsversorgung von Haushalten 1995 und 2000

Verwaltungseinheit	1995	2000	Veränderung 2000 zu 1995	
			absolut	um Prozent
	Wohnungen je 1000 Haushalte			
Land Brandenburg	1 010	1 048	+ 38	+ 3,8
Kreisfreie Städte	1 040	1 136	+ 96	+ 9,2
Landkreise	1 006	1 031	+ 25	+ 2,4
	Wohnfläche je Haushalt			
Land Brandenburg	73	78	+ 5	+ 7,1
Kreisfreie Städte	65	73	+ 8	+ 12,2
Landkreise	75	79	+ 4	+ 5,5
	Wohnräume je Haushalt			
Land Brandenburg	4,1	4,3	+ 0,2	+ 4,6
Kreisfreie Städte	3,9	4,2	+ 0,4	+ 9,9
Landkreise	4,2	4,3	+ 0,1	+ 3,1

Wohngeldempfängerhaushalte 1994 und 1999 sowie deren Veränderung

Wohngeldhaushalte	1994		1999		Veränderung 1999 zu 1994	
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent	Anzahl	um Prozent
Insgesamt	131 393	100	113 918	100	- 17 475	- 13,3
Einpersonenhaushalte	67 388	51,3	55 469	48,7	- 11 919	- 17,7
Haushalte mit 2 Personen	25 421	19,3	25 250	22,2	- 171	- 0,7
Haushalte mit 3 Personen	14 361	10,9	15 791	13,9	+ 1 430	+ 10,0
Haushalte mit 4 Personen	16 191	12,3	11 304	9,9	- 4 887	- 30,2
Haushalte mit 5 und mehr Personen	8 032	6,1	6 104	5,4	- 1 928	- 24,0

Können sich die Brandenburger Haushalte auch die bessere Wohnungsversorgung leisten?

Um diese Frage zu beantworten, sollen die Haushalte aus der Wohngeldstatistik, die Wohngeld erhalten, als Indikator herangezogen werden.

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten, wenn die Höhe der Miete oder Belastung die wirtschaftliche Leistung übersteigt. Es ermöglicht einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen. Bei der Wohngeldgewährung wird grundsätzlich zwischen dem spitz berechneten Tabellenwohngeld und dem pauschalierten Wohngeld unterschieden.

Die Tabelle zeigt, dass die Haushalte, die 1999 Wohngeld bezogen, gegenüber 1994 um fast 17 500 Haushalte (13,3 Prozent) zurückgegangen sind und dies bei deutlich gestiegenen Haushaltszahlen im Land, wie den **Daten des Mikrozensus** zu entnehmen ist. Auffällig sind die absolut höchsten Rückgänge von fast 12 000 Wohngeldhaushalten mit einer Person. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Einpersonenhaushalte um über 54 000 Haushalte. Das lässt den Schluss zu, dass es sich bei dem Zuwachs um Haushalte mit relativ guten Einkommen handelt und auch Einkommensentwicklungen, z. B. durch Rentenanpassungen, eingetreten sind.

Um etwa 4 900 Wohngeldhaushalte (30,2 Prozent) sind auch die Wohngeldhaushalte mit 4 Personen stark zurückgegangen. Dieser Rückgang ist anteilig höher ausgefallen als der Rückgang um 16,3 Prozent aller vorhandenen Haushalte mit 4 Personen. Die noch größeren Haushalte verhalten sich tendenziell ebenso rückläufig.

Betrachtet man nun die **Anteile der Wohngeldhaushalte** an den Haushalten insgesamt, dann werden die Entwicklungen ebenfalls deutlich:

- ❑ Während Ende 1994 jeder achte Haushalt des Landes Wohngeld bezog, ist es am Jahresende 1999 nur noch rund jeder zehnte Haushalt.
- ❑ Der Anteil der Einpersonenhaushalte, die Wohngeld bezogen, lag 1994 noch bei über 22 Prozent. 1999 beträgt dieser Anteil noch 15,7 Prozent.

Die Tabelle verdeutlicht auch, dass es die Einpersonenhaushalte und die Haushalte mit 5 und mehr Personen sind, die überproportional Wohngeld erhalten. In beiden Haushaltsgruppen müssen also die **Einkommensverhältnisse** ungünstiger sein, was durch anteilig höhere Wohngeldleistungen ausgeglichen werden muss.

Auf die eingangs gestellte Frage, ob sich die Brandenburger Haushalte auch die bessere Wohnungsversorgung leisten können, kann auf der Grundlage der betrachteten Indikatoren folgendes geantwortet werden:

- ❑ Die Anteile der Haushalte, die Wohngeld beziehen, sind in den Beobachtungsjahren rückläufig.
- ❑ 10 Prozent der Haushalte benötigt 1999 finanzielle Unterstützung in Form von Wohngeld.
- ❑ 16 Prozent der Einpersonenhaushalte und 17 Prozent der größeren Haushalte mit 5 und mehr Personen benötigen dabei anteilig mehr finanzielle Unterstützung in Form von Wohngeld als andere Haushaltsgruppen.
- ❑ Das Gros der Haushalte kann sich die bessere Wohnungsversorgung leisten.

Anteil der Wohngeldempfängerhaushalte an den Haushalten insgesamt 1994 und 1999 *)

Merkmal	Anteil der Wohngeldhaushalte an den Haushalten	
	1994	1999
	Prozent	
Haushalte		
Einpersonenhaushalte	22,5	15,7
Haushalte mit 2 Personen	7,3	6,3
Haushalte mit 3 Personen	7,0	7,2
Haushalte mit 4 Personen	9,0	7,5
Haushalte mit 5 und mehr Personen	19,9	16,9
Haushalte insgesamt	12,2	9,8

*) Es werden die Wohngeldempfängerhaushalte vom 31.12. des jeweiligen Jahres, mit den Haushalten aus dem Mikrozensus des näherliegenden Wertes des Folgejahres in Beziehung gesetzt.

Allerdings haben sich die Aufwendungen der privaten Haushalte für Wohnungsmieten u. ä. in den Jahren deutlich erhöht. Dies ist den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die alle 5 Jahre (1993 und 1998) durchgeführt wurde, zu entnehmen. Musste 1993 ein Haushalt 12,9 Prozent des Einkommens für Wohnungsmieten u.ä. aufwenden so ist dieser Anteil 1998 auf 21,3 Prozent angewachsen.

Brandenburg im Vergleich

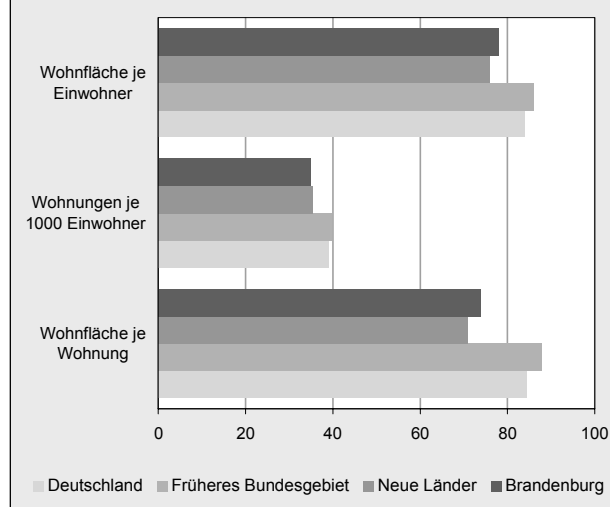
Die bisherige **Auswertung der Wohnbedingungen** im Land zeichnet ein positives Bild. Mit Vergleichsdaten zu Deutschland und zu den alten bzw. neuen Bundesländern soll ein weiteres Kriterium hinzukommen. Dem Vergleich werden die durch das Statistische Bundesamt aktuell veröffentlichten Daten für das Jahr 1999 sowie eigene Berechnungen zugrunde gelegt.

Ende 1999 beträgt die **durchschnittliche Wohnfläche** einer Wohnung in Deutschland rund 84 m². Im früheren Bundesgebiet liegt der Wert bei 88 m² und damit höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 71 m² je Wohnung. Die räumliche Wohnsituation stellt sich für die Menschen im früheren Bundesgebiet im Durchschnitt günstiger dar. Der Brandenburger Wert liegt bei 74 m². Er liegt mit rund 14 m² noch deutlich unter dem Wert des früheren Bundesgebietes, aber 3 m² über dem Wert der neuen Länder. An dieser Situation dürfte sich aufgrund der Wohnungsbautätigkeit, wie sie in der Bautätigkeitsstatistik zu beobachten ist, auch zukünftig nur sehr langsam etwas ändern.

Für **Deutschland** liegt die Zahl der Wohnungen je 1 000 Einwohner 1999 bei 462. Im früheren Bundesgebiet stehen 454 Wohnungen je 1 000 Einwohner zur Verfügung und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 498. Der Versorgungsgrad mit Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost ist deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Brandenburg liegt mit 468 Wohnungen je 1 000 Einwohner über dem Wert des früheren Bundesgebietes jedoch unter dem der neuen Länder und Berlin-Ost.

Betrachtet man die für die **Beurteilung der Wohnqualität** noch besser geeignete Kennziffer der Wohnfläche je Einwohner, zeigt sich, dass jedem Einwohner im früheren Bundesgebiet 40 m² und damit rund 5 m² Wohnfläche mehr zur Verfügung stehen, als einem Einwohner in den neuen Ländern. Diese Aussage trifft sinngemäß auch auf Brandenburg zu, da der Brandenburger Wert dem der neuen Länder entspricht.

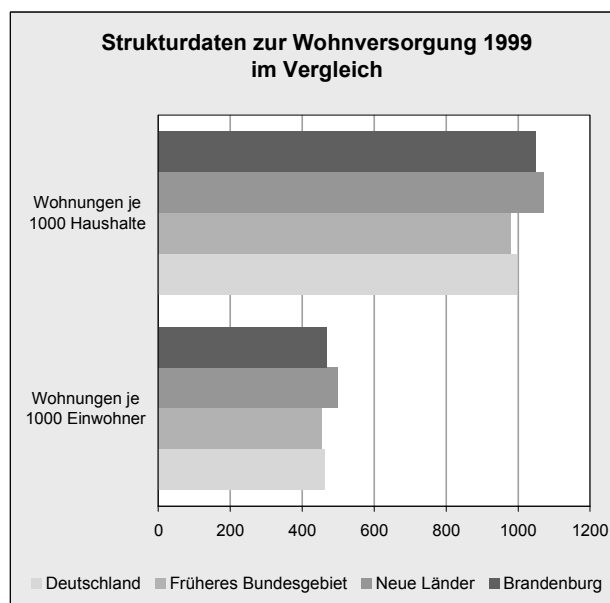
Die **Wohnfläche je Haushalt** verhält sich ähnlich. Im früheren Bundesgebiet stehen einem Haushalt 86 m² Wohnfläche zur Verfügung. Einem Haushalt in den neuen Ländern dagegen 76 m² Wohnfläche. Das sind 10 m² Wohnfläche weniger als in den westlichen Bundesländern. Für den Brandenburger Haushalt fällt dieser Vergleich günstiger aus. Diesem stehen durchschnittlich 78 m² Wohnfläche zur Verfügung. Das sind zwar immerhin noch 8 m² Wohnfläche weniger als im früheren Bundesgebiet, aber 2 m² Wohnfläche mehr als einem Haushalt im Durchschnitt der neuen Länder zur Verfügung steht.

Strukturdaten zur Wohnversorgung 1999 im Vergleich

Beim Versorgungsgrad mit Wohnungen je 1 000 Haushalte bestehen deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Während für das frühere Bundesgebiet 979 Wohnungen je 1 000 Haushalte ermittelt werden, sind es für die neuen Länder 1 070 Wohnungen. Rein rechnerisch besteht also eine Unterversorgung von 21 Wohnungen in den westlichen Landesteilen und eine Überversorgung von 70 Wohnungen je 1 000 Haushalte in den östlichen Teilen. Von einer mangelnden oder unzureichenden Versorgung der Haushalte oder gar Wohnungsnot der Haushalte in den westlichen Landesteilen zu sprechen erscheint nicht geboten.

Deutlich wird im Ergebnis des Vergleiches, dass demografische Veränderungen, Migration von Bevölkerung und Haushalten von Ost nach West, aber auch Einwanderung nach Deutschland sowie differenzierte Haushaltneubildung erkennbare Veränderungen des Wohnungsmarktes verursacht haben.

In den neuen Ländern wurde der Versorgungsgrad mit Wohnungen je 1 000 Haushalte durch intensive Bautätigkeit in den letzten Jahren deutlich erhöht und dies teilweise über den Bedarf hinaus. Mit 1 048 Wohnungen je 1 000 Haushalte liegt der Brandenburger Wert um 22 Wohnungen unter dem der neuen Länder.



Hier wirken sich die Wechselbeziehungen zwischen Berlin und Brandenburg aus, wie sie in den bisherigen Ausführungen mehrfach aufgezeigt wurden.

Strukturdaten des Wohnungsbestandes Brandenburgs 1999 im Vergleich zum früheren Bundesgebiet und den Neuen Ländern einschließlich Berlin- Ost

Kennziffer	Maßeinheit	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Brandenburg	Brandenburg im Vergleich zum/ zu			
						früheren Bundesgebiet		den neuen Ländern	
						absolut	Prozent	absolut	Prozent
Wohnfläche je Wohnung	m²	84	88	71	74	- 14	84	3	104
Wohnungen je 1000 Einwohner	Anzahl	462	454	498	468	14	103	- 30	94
Wohnfläche je Einwohner	m²	39	40	35	35	- 5	87	- 1	99
Wohnfläche je Haushalt	m²	84	86	76	78	- 8	91	2	103
Wohnungen je 1000 Haushalte	Anzahl	996	979	1 070	1 048	69	107	- 22	98

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie, 5, Reihe 3, 1999; Fachserie 1, Reihe 3, Vorbericht 2000 und eigene Berechnungen

Wie geht es weiter mit der Wohnungsverversorgung?

Diese Frage wird im Rahmen dieser Analyse durch die amtliche Statistik nicht abschließend beantwortet werden können. Die nachfolgenden Verweise auf interessante themenbezogene Fragestellungen sollen den gegenwärtigen Kenntnis- und Diskussionsstand verdeutlichen. Sie erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sind als Anregung und Unterstützung zur eigenständigen Auseinandersetzung des interessierten Lesers zur Thematik gedacht.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung hat eine **Wohnungsprognose 2015** erstellt (siehe auch Information direkt im Internet unter www.bbr.bund.de/). Als wichtigste Ergebnisse wird für Ostdeutschland in der Kurzdarstellung formuliert: Auch in Ostdeutschland wird die Nachfrage nach Wohneigentum auf einem stabilen Niveau liegen. Hier ist bis 2015 mit jährlichen Fertigstellungszahlen von ca. 42 000 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern zu rechnen. Demgegenüber bewegen sich die Neubauzahlen im Geschosswohnungsbau auf einem sehr niedrigen Niveau. Bis auf jährlich ca. 10 000 Wohnungen in Berlin

und seinem Umland ist in keiner Region der neuen Länder ein nennenswerter Neubaubedarf zu erkennen.

Wohnungsleerstand

Der Wohnungsleerstand in den neuen Ländern ist in letzter Zeit häufiger Gegenstand der Diskussion in der Politik und in den Medien. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema wird zukünftig an Bedeutung gewinnen. Dabei geht es zum einen um die Frage für die Gründe und um Lösungen zur Beeinflussung zukünftiger Entwicklungen. Zum anderen um die Frage, wie mit der über die sogenannte Fluktuationsreserve hinausgehenden, leerstehenden und am Wohnungsmarkt nicht mehr oder nur schwer zu vermietenden Wohnungsmenge umgegangen werden soll. Dazu sind aber Daten zum Wohnungsleerstand erforderlich, die bisher statistisch nicht regelmäßig erfasst werden.

Abschließende Bemerkungen zur Datenlage in der amtlichen Statistik:

- ❑ In der Gebäude- und Wohnungszählung 30.09.1995 werden detaillierte Aussagen zu leerstehenden Wohnungen nach Art, Größe, Fläche, Baujahr des Gebäudes einschließlich Grund und Dauer des Leerstandes ausgewiesen. Der Nachweis ist bis auf die Gemeindeebene möglich.
- ❑ Im Mikrozensus vom April 1998 werden auch Daten über die Wohnsituation der einbezogenen ca. 11 000 Haushalte (1 Prozent der Haushalte des Landes) mit dargestellt. Der Mikrozensus ist eine Repräsentativstichprobe, die Aussagen zur sozialen, wirtschaftlichen, und erwerbsmäßigen Entwicklung der Bevölkerung, Familien und Haushalte liefert. In mehrjährigen Abständen werden weitere Lebensbereiche erfasst, so auch 1998 die Wohnsituation mit einer Aussage zum **Leerstand der Wohnung**. Die Gründe für den Leerstand wurden nicht ermittelt. Sie können zum Beispiel von noch nicht bezogenem Neubau, leerstehend wegen Umzug, Modernisierung, Instandsetzung, Nutzungsänderung (vorher Wohnung jetzt Büro) bis zu leerstehend wegen baulichen Mängeln, Abrissobjekt variieren. Da die Stichprobe des Mikrozensus auf Repräsentativität des Landesergebnisses ausgerichtet ist, sind die publizierten Kreisergebnisse aufgrund zu geringer Stichprobenfälle bereits in der Aussagekraft eingeschränkt und für einige Kreise verbietet sich die Publikation der Daten.

Eine generelle Verbesserung der Datenlage dürfte nur durch eine neuere Zählung oder Erhebung zu erreichen sein. Dazu später noch einige Ausführungen.

Exkurs: Zur Datenlage außerhalb der amtlichen Statistik:

Der Verband Berlin- Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (www.bbu.de/) veröffentlicht Umfrageergebnisse der Mitgliedsunternehmen, die etwa 40 Prozent des Wohnungsbestandes im Land Brandenburg und knapp 43 Prozent des Wohnungsbestandes im Land Berlin betreuen. Die ausgewiesenen Leerstandswerte beziehen sich als Geschäftsstatistiken auf diese Teilmenge. Regionale Vergleiche sind daraufhin nur bedingt sinnvoll.

Der Stand der Diskussion zur Frage des Wohnungsleerstandes auf Bundesebene kann durch den interessierten Leser auf der Internetseite des **Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVB)** www.bmwbw.de/ nachgelesen werden. Aus Anlass der hohen Wohnungsleerstände in den neuen Ländern hat die Bundesregierung im Februar 2000 eine Expertenkommission mit nachfolgendem Ziel einberufen:

- ❑ Entwicklung tragfähiger Sanierungsstrategien für von hohem Leerstand betroffene Wohnungsunternehmen.
- ❑ Reform des Altschuldenhilfe-Gesetzes, mit der die notwendige Rechts- und Planungssicherheit für die ostdeutsche Wohnungswirtschaft geschaffen wird.

Die Arbeit der Expertenkommission wurde inhaltlich und redaktionell vom Forschungsinstitut Empirica vorbereitet und begleitet. Der Bericht der Kommission zum „Wohnungswirtschaftlichen Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ vom November 2000 liegt vor. Er steht unter der o. g. Internetadresse des BMVBW als PDF- Datei zur Verfügung.

Auf die inhaltlichen Folgerungen und Empfehlungen der Kommission soll als Statistikproduzent nicht eingegangen werden. Dies ist den Fachleuten aus Politik und Wohnungswirtschaft vorbehalten. Auf die im Punkt 5.3.3 formulierte **Notwendigkeit für das Management der Schrumpfung eine möglichst solide Informationsgrundlage und realistische Perspektive** zur Verfügung zu haben, ist aus statistischer Sicht hinzuweisen. Obwohl die amtliche Statistik nicht explizit genannt ist, eine Neujustierung des Mikrozensus und die dabei gewonnenen Aussagen zu den Haushalten und deren Entwicklung, sowie für 2003 eine weitere Gebäude- und Wohnungszählung gefordert.

Weitere Fragen zur Datenbasis für diesen speziellen Verwendungszweck sind aus statistischer Sicht ebenfalls zu klären.

So sind zum Beispiel die Voraussetzungen zur Bereitstellung, Pflege und Fortschreibung von sehr detaillierten und kleinräumig gegliederten Datenbeständen für die betroffenen Städte und Gemeinden zu prüfen bzw. zu schaffen. Das könnte Änderungen der gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene erforderlich machen bzw. es ist im Gesetzgebungsprozess zu berücksichtigen.

Des weiteren übt auch die Ausgestaltung der Landesbauordnung einen unmittelbaren Einfluss auf die Gewinnung der Basisdaten und damit der Wohnungs- und Wohngebäudebestandsfortschreibung aus. Gegenwärtig ist z. B. nach Abs. 14 des § 67 der Brandenburgischen Bauordnung der Abbruch oder die Beseitigung von Gebäuden mit nicht mehr als 500 m³ umbautem Raum und Wohngebäuden mit nicht mehr als 1 000 m³ umbautem Raum, ausgenommen Baudenkmäler, ein genehmigungsfreies Vorhaben. Damit können die Eigentümer fast jedes Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen abreißen, ohne dass dieser Bauabgang der Bauaufsicht bzw. einem kommunalen Bauamt und damit auch der amtlichen Statistik zur Kenntnis gelangt. Er ist in der Fortschreibung teilweise nicht berücksichtigt.

Auf Landesebene ist eine intensive Auseinandersetzung mit dem Wohnungsleerstand und den erforderlichen Stadtumbauprozessen angelaufen. Das kann z. B. den Internetseiten (www.brandenburg.de/land/msvv) des **Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg** entnommen werden.

An dieser Stelle nun noch der angekündigte kurze Exkurs zur **Erprobung einer neuen Methode der Volkszählung - dem registergestützten Zensus-Test**. Detaillierte Informationen zu diesem Thema können auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/zensus nachgelesen werden.

Der registergestützte Zensus, der sich auf vorhandene Daten aus Verwaltungsregistern und eine postalische Befragung der Gebäudeeigentümer stützt, soll künftig in Deutschland die herkömmliche Volkszählung ersetzen. Vor Einführung dieser neuen Methode sind zunächst Tests und Erhebungen durchzuführen. Die dafür erforderliche gesetzliche Grundlage liegt mit dem in Kraft getretenen **Gesetz zur Erprobung eines registergestützten Zensus** (27. Juli 2001) vor.

Im Einzelnen werden Testerhebungen zum Stichtag 05.12.2001 zur Prüfung der Qualität der Registerdaten vorgenommen, und zwar der Melderegister und der Dateien der Bundesanstalt für Arbeit, die als Datenquellen genutzt werden sollen, sowie der statistischen Verfahren und methodischen Untersuchungen.

Neben Testerhebungen auf Stichprobenbasis bei Meldebehörden und bei der Bundesanstalt für Arbeit finden in ausgewählten Gemeinden Gebäude- und Wohnungsstichproben statt. Für die Testuntersuchungen ist ferner eine Befragung von Personen erforderlich, die in den für die Stichprobenerhebungen ausgewählten Gebäuden wohnen, um die Qualität und Validität der aus den Registern gewonnenen Daten und der dabei angewandten statistischen Verfahren zu überprüfen.

Für **Gebäude- oder Wohnungen**, die bei früheren Volkszählungen meist miterhoben wurden, existieren keine bundesweiten Register. Sie müssen deshalb primärstatistisch (mit Fragebogen) erhoben werden. Wesentlicher Teil des Modells ist deshalb eine Gebäude- und Wohnungserhebung, die insbesondere aus Kostengründen postalisch bei den Gebäudeeigentümern vorgenommen wird.

Die Eigentümer oder Verwalter der Gebäude sollen zu Art und Größe der Gebäude und zur Ausstattung und zur Zahl der bewohnten und unbewohnten Wohnungen Auskunft geben. In dieser Form wurde schon 1995 in den neuen Ländern eine Gebäude- und Wohnungserhebung durchgeführt.

Neu ist, dass der Gebäudeeigentümer Angaben zu den Namen der Wohnungsinhaber - und soweit möglich - zur Zahl der Wohnungsnutzer - machen sollten. Mit Hilfe dieser Angaben sollen maschinell generierte Haushalte bewohnten Wohnungen zugeordnet werden.

Resümee

Sehr dynamische Prozesse sind im Wohngebäude- und Wohnungsbestand in Brandenburg in den zurückliegenden Zeiträumen abgelaufen und es ergeben sich auch sehr anspruchsvolle Aufgaben in der Zukunft. Für die Brandenburger Städte und Dörfer wird es nunmehr darauf ankommen, stabilisierend auf die Prozesse einzuwirken und sich mit den veränderten demografischen Verhältnissen auseinander zu setzen. Wohnungen sind ausreichend vorhanden, teilweise sogar mehr als benötigt. Den Wohnungsbestand diesen geänderten Bedingungen anzupassen, steht als Aufgabe der Zukunft. Der amtlichen Statistik wird dabei nicht der Hauptteil an Arbeit zufallen, aber ein wichtiger Beitrag zur Bereitstellung aktueller Kennziffern für fundierte Entscheidungen allemal.

Dietmar Quaiser

Dienstleistungsbereich: Eine Datenlücke wird geschlossen

Kein anderer Wirtschaftszweig ist in den letzten Jahren so gewachsen wie der Dienstleistungsbereich. Kein Wirtschaftszweig weist mehr Dynamik im Gründungsgeschehen auf. Weit über die Hälfte der Beschäftigten sind im tertiären Sektor tätig. Ausgerechnet für diesen bedeutenden Wirtschaftsbereich konnte die amtliche Statistik bisher jedoch keine aktuellen Informationen in hoher Gliederungstiefe bereitstellen. Vor allem für die rasch expandierenden unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche wie Rechts- und Wirtschaftsberatung, Datenverarbeitung, Werbung, Forschung und Entwicklung usw. fehlte ein umfassendes und konsistentes Berichtssystem völlig. Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Einführung einer Dienstleistungsstistik und zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften am 1. Januar 2001 verschwindet ein „weißer Fleck“ auf der statistischen Landkarte. Im Jahr 2001 wurden erstmals bundesweit unternehmensnahe Dienstleister zum Berichtsjahr 2000 befragt. Erste Ergebnisse dieser Befragungen sind im Frühjahr 2002 zu erwarten

In der wissenschaftlichen Literatur und in der tagespolitischen Diskussion werden die Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen und sozialen Aspekte in wachsendem Maße thematisiert. Ökonomen, Soziologen und Politologen setzen sich ebenso intensiv mit dem Thema „Dienstleistungen“ auseinander wie private Unternehmer. Dabei finden sich für den Begriff „Dienstleistungen“ unterschiedliche Definitionsansätze und Betrachtungsweisen.

Was sind Dienstleistungen?

Einmal werden Wirtschaftsgüter, die nicht lager- oder transportierbar sind, als „Dienstleistung“ bezeichnet. Dies war vor allem für die klassischen Dienstleistungen wie Handel, Transport, Verkehr, Banken und Versicherungen sowie Bildung und Kultur zutreffend. Der technische Fortschritt der letzten Jahre hat dazu geführt, dass diese Eigenschaften auf eine Vielzahl von Dienstleistungen nicht mehr zutrifft. Durch die neuen Möglichkeiten, die die Telekommunikation, die EDV oder der Multimedia-Bereich bieten, sind beispielsweise Beratertätigkeiten durchaus übertragbar oder lagerfähig geworden.

Ein anderer Ansatz beschreibt „Dienstleistungen“ als Zustandsveränderungen. Der Konsum einer Dienstleistung führt zu Veränderungen beim Konsumenten. Die Bereitstellung und die Inanspruchnahme der Dienstleistung fallen somit zeitlich zusammen. Dies setzt die räumliche Nähe zwischen dem Anbieter der Dienstleistung und dem Konsumenten voraus. Diese Definition trifft heute im Wesentlichen noch für personenbezogene Dienstleistungen zu, wie medizinische oder kosmetische Leistungen. Für viele unternehmensbezogene Dienstleistungen trifft diese Auslegung jedoch nicht mehr zu.

In der gebräuchlichsten Definition werden „Dienstleistungen“ als eine Restgröße beschrieben, als ein Konglomerat von Wirtschaftsgütern, die nicht in der Land- und Forstwirtschaft, nicht im Bergbau, nicht im Verarbeitenden Gewerbe und nicht im Baugewerbe erzeugt werden. Diese Abgrenzung des Dienstleistungsbereichs liegt auch dem vorliegenden Beitrag zugrunde.

„Dienstleistungen“ können, neben der Beschreibung als eine bestimmte Art von Produktionsergebnissen, auch unter anderen Blickwinkeln betrachtet werden. Zum einen kann die Tätigkeit einer Person im Mittelpunkt stehen, die überwiegend Dienstleistungen erzeugt.¹ Andererseits kommt auch eine institutionelle Perspektive in Betracht. Hier wird das jeweilige Unternehmen aufgrund seines wirtschaftlichen Schwerpunktes einem Wirtschaftszweig zugeordnet.² Sowohl die funktionale als auch die institutionelle Betrachtungsweise beinhalten Schwachstellen. Die funktionale Darstellung bereitet dort Probleme, wo Beschäftigte eine Doppelfunktion ausüben, beispielsweise in der Produktion tätig sind, aber auch Wartung/Reparaturen bei Kunden durchführen. Die institutionelle Betrachtung ist dann problematisch, wenn wertmäßig mehr externe Waren als externe Dienstleistungen erstellt werden, die Summe der Dienstleistungen für interne und externe Zwecke jedoch größer ist als die Summe der für interne und externe Zwecke produzierten Waren. Eine solche Einrichtung würde dem Produzierenden Gewerbe zugeordnet werden, obwohl der Output von Dienstleistungen größer war.

¹ Neue Informationen zur Art der Tätigkeit von Beschäftigten sowie Veränderungen im Zeitverlauf liefert der Mikrozensus.

² Dies ist die übliche Betrachtungsweise in den Wirtschaftsstatistiken und liegt auch dem neuen Dienstleistungssektor zugrunde.

Dienstleistungen: Der weiße Fleck in der amtlichen Statistik

So zahlreich die Definitionsansätze sind, so spärlich waren bisher konkrete empirische Informationen. Der rasante Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft war zwar überall spürbar, er wurde bisher jedoch nur unzureichend von der amtlichen Statistik abgebildet. Während über einzelne traditionelle Dienstleistungen, wie beispielsweise den Handel und das Gastgewerbe, in ausreichendem Maße Informationen zur Verfügung standen, erfasste die amtliche Statistik moderne Dienste kaum. Vor allem bei unternehmensorientierten Dienstleistungen mit ihren rasch expandierenden Branchen wie Wirtschafts- und Rechtsberatern, Speditions- und Logistikunternehmen, Werbeunternehmen und EDV-Dienstleistern usw. fehlte ein umfassendes und konsistentes Berichtssystem völlig. Zwar ließen sich mit den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählungen strukturelle Änderungen zwischen den Sektoren und innerhalb des tertiären Sektors nachweisen, aber die letzte Arbeitsstättenzählung wurde 1987 durchgeführt, und diese Daten sind mittlerweile völlig veraltet (Übersicht 1). Die Umsatzsteuerstatistik liefert Informationen zur Outputseite. Mithilfe der Statistik der sozialversi-

cherungspflichtig Beschäftigten oder dem Mikrozensus lassen sich Entwicklungen im Dienstleistungsbereich tendenziell aufzeigen. Die Gewerbeanzeigenstatistik erlaubt einen Einblick in die Unternehmensfluktuation einschließlich des Gründungsgeschehens. Da von den Fachstatistiken aber jeweils nur Teilaspekte beleuchtet werden, reichen sie nicht aus, um Struktur und Entwicklung moderner Dienstleistungen tief gehend zu analysieren - insbesondere auch, weil nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Verknüpfung von funktionalen und institutionellen Daten bestehen.

Auch Auswertungen aus dem Unternehmensregister, die voraussichtlich ab 2001 möglich werden, könnten nur sehr eingeschränkt Strukturdaten zum tertiären Sektor liefern. Die von der Finanz- bzw. Arbeitsverwaltung gelieferten Daten zur Rechtsform, zum Umsatz und zur Zahl der Beschäftigten sind zwischen ein und zwei Jahren alt. Zudem entspricht die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung von Unternehmen, welche diese Verwaltungen liefern, nicht immer dem Qualitätsanspruch der amtlichen Statistik, wie sich bereits bei Erhebungen in anderen Wirtschaftsbereichen zeigte.

Bemühungen, eine Datenlücke in der Bundesrepublik Deutschland zu schließen

Die Datenlücke im Dienstleistungsbereich ist seit Jahren hinlänglich bekannt und wurde immer wieder beklagt - nicht nur von den statistischen Ämtern.³ Bereits 1985 hat das Statistische Bundesamt im Rahmen einer Amtsleiterkonferenz auf die unzureichende Information im tertiären Sektor hingewiesen. Ein Jahr später forderte die Wirtschaftsministerkonferenz in einem Beschluss den Bundesminister für Wirtschaft dazu auf, Schritte einzuleiten, um die Datenbasis im Dienstleistungsbereich zu verbessern. Dazu mussten jedoch erst die gesetzlichen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Geplant wurde eine primärstatistische Erhebung bei höchstens 20 Prozent der Unternehmen, die ihren Schwerpunkt im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen hatten. Im Wesentlichen sollten die Erhebungsmerkmale mit den in anderen Wirtschaftsstatistiken abgefragten Merkmalen übereinstimmen, also Angaben zur Kennzeichnung des Unternehmens, Umsatz, tätige

Übersicht 1
Beispiele von Aussagemöglichkeiten einzelner Fachstatistiken bei der Analyse von Struktur und Entwicklung des Dienstleistungsbereichs

Name der Statistik	Informationsgehalt
Arbeitsstättenzählung 1987	Bietet Informationen zu Arbeitsstätten, Unternehmen und Beschäftigten in hoher Gliederungstiefe. Durch die dynamische Entwicklung im Dienstleistungsbereich und die Zeitpunktbezogenheit der Ergebnisse sind die Daten bereits veraltet.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	Eine detaillierte Untersuchung einzelner Dienstleistungsbereiche ist aufgrund einer fehlenden tiefen wirtschaftssystematischen Differenzierung nicht möglich. Beinhaltet einen hohen Anteil an Schätzungen.
Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer	Zwar wird die Erwerbstätigkeit differenziert und umfassend abgebildet, aber Selbstständige (wichtige Gruppen im Dienstleistungsbereich) und Beamte werden nicht erfasst.
Mikrozensus	Repräsentativumfrage bei 1 % der Bevölkerung. Eine tiefe regionale und fachliche Untergliederung ist aufgrund der geringen Stichprobenauswahl nicht möglich.
Umsatzsteuerstatistik	Kann zur Analyse der Outputseite herangezogen werden. Im Fall von Mehrbetriebsunternehmen ist keine gebietsscharfe Abgrenzung möglich.
Gewerbeanzeigenstatistik	Auswertung der Gewerbe-, -um-, und -abmeldungen liefert Informationen zu Unternehmensfluktuation auch für den Dienstleistungsbereich.
Unternehmensregister	Wird aus Primärerhebungen und Verwaltungsdateien gespeist. Die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung von Einheiten, die nicht zu laufenden Statistiken melden, erfüllt nicht immer den Qualitätsanspruch der amtlichen Statistik. Eingeschränkter Merkmalskatalog.

³ Vgl. Lützel, Heinrich: Statistische Erfassungen von Dienstleistungen, in: Allgemeines Statistisches Archiv 71/1987, S. 17-37. - Reim, Uwe: Zum Ausbau statistischer Informationen über Dienstleistungen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1988, S. 842 ff. - Loidl-Stuppi, Jutta: Von der Notwendigkeit einer Dienstleistungsstatistik, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1995, S. 53-56. - Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik. Bericht des Statistischen Beirats an die Bundesregierung, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1999, S. 683-687.

Personen, Löhne und Gehälter, Einsatz von Waren und Dienstleistungen, Eigenleistungen sowie Investitionen. Die Angaben sollten ohne großen zusätzlichen Aufwand aus den handels-, steuer- oder sozialversicherungsrechtlich vorgeschriebenen Geschäftsaufzeichnungen entnommen werden können.

Ein erster Entwurf des Dienstleistungstatistikgesetzes wurde 1992 zwischen den Bundesressorts abgestimmt. Auch die Wirtschaftsministerien der Länder haben dem Gesetzesentwurf zugestimmt. Die Einführung einer Dienstleistungstatistik in der Bundesrepublik Deutschland scheiterte jedoch an der Frage der Finanzierbarkeit. 1994 wurde der Entwurf zum Dienstleistungstatistikgesetz erneut überarbeitet. Bereits in einer ersten Abstimmungsrunde wurden Bedenken laut. Es wurde unter anderem auf bundesweite Einsparungsbemühungen im Bereich der amtlichen Statistik hingewiesen und Abstimmungswünsche mit den Anforderungen an eine europäische Dienstleistungstatistik geäußert. So mussten die Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland vorerst weiter auf eine objektive und verlässliche Informationsquelle verzichten.

Wer jedoch die Weichen für die Zukunft rechtzeitig und richtig stellen will und im immer härter werdenden internationalen Wettbewerb bestehen möchte, braucht aktuelle, neutrale Informationen. Im Zuge der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und durch die zunehmende Verlagerung politischer Entscheidungsbefugnisse von der nationalen auf die europäische Ebene ergab sich die Notwendigkeit der EU-weiten Harmonisierung der amtlichen Statistik. Die Dienstleistungstatistik in den EU-Staaten war je nach Land und Dienstleistungsbereich auf einem sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand. Die Daten basierten auf nationalen Ansätzen und waren EU-weit nicht vergleichbar oder fehlten teilweise, wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Entwicklung einer europäischen Dienstleistungstatistik

Angeichts dieser Ausgangslage wurde 1987 bei EUROSTAT ein „Koordinationsausschuss für die Dienstleistungstatistik“ eingerichtet, der methodische Vorarbeiten leistete. Mit der Entscheidung des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 18. Juni 1992 zur Einführung eines Zweijahresprogramms für die Entwicklung einer europäischen Dienstleistungstatistik wurde der erste Schritt unternommen, ein europäisches statistisches Informationssystem für den Dienstleistungsbereich zu installieren

Übersicht 2
Unternehmensmerkmale, die laut EU-Strukturverordnung von allen Mitgliedstaaten jährlich an EUROSTAT zu liefern sind

Code	Bezeichnung
12 11 0	Umsatz
12 12 0	Produktionswert
12 14 0	Bruttowertschöpfung zu Basispreisen
12 15 0	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
13 31 0	Personalaufwendungen
13 11 0	Waren- und Dienstleistungskäufe insgesamt (Übermittlung freigestellt)
13 12 0	Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand
13 32 0	Löhne und Gehälter
15 11 0	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
16 11 0	Zahl der Beschäftigten
16 13 0	Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger

und die Harmonisierung der Dienstleistungstatistik in den Mitgliedstaaten voranzubringen. Der Dienstleistungsbe-
reich im Sinne der Ratsentscheidung umfasste den Handel, das Gastgewerbe, den Verkehr, Finanzdienstleistungen einschließlich Versicherungen, Kommunikations- und Informationsdienstleistungen, audiovisuelle Dienstleistungen und Dienstleistungen für Unternehmen.

Ein wichtiger Bestandteil beim Aufbau eines EU-weiten Berichtssystems über Dienstleistungen war die Durchführung von Piloterhebungen. In der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht das Bundesstatistikgesetz (§ 7 Abs. 2 BStatG) die Durchführung von Erhebungen ohne Auskunftspflicht zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen. Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser auf freiwilliger Basis durchgeführten Piloterhebungen war die Tatsache, dass angesichts einer Rücklaufquote von unter 25 Prozent auf eine Auskunftspflicht bei der regulären Erhebung nicht verzichtet werden kann.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (im folgenden Text ESVG-Verordnung genannt) sowie mit der Verordnung (EG/Euratom) Nr. 58/97 vom 20. Dezember 1996 über strukturelle Unternehmensstatistik (im folgenden Text EU-Strukturverordnung genannt) sind von allen Mitgliedstaaten vergleichbare statistische Daten auf nationaler und regionaler Ebene zu liefern. Gemäß der EU-Strukturverordnung sind die verbindlichen Liefermerkmale (Übersicht 2) in vorgegebener Gliederungstiefe (Übersicht 3) ab dem Berichtsjahr 1999 innerhalb von 18 Monaten an EUROSTAT zu übersenden. Da der Termin, Mitte 2001, aus deutscher Sicht nicht eingehalten werden kann, wurde von Deutschland eine Frist-

Übersicht 3
**Von der EU-Strukturverordnung geforderte
 wirtschaftszweigsystematische Gliederung**

Abschnitt	Wirtschaftsmerkmale
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
D	Verarbeitendes Gewerbe
E	Energie und Wasserversorgung
F	Baugewerbe
G	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern
H	Gastgewerbe
55.1	Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis
55.2	Sonstiges Beherbergungsgewerbe
55.3	Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen
55.4	Sonstiges Gaststättengewerbe
55.5	Kantinen und Caterer
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
60.1	Eisenbahnen
60.21	Personenverkehr im Linienverkehr zu Land
60.22	Betrieb von Taxis und Mietwagen mit Fahrer
60.23	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr
60.24	Güterbeförderung im Straßenverkehr
60.3	Transport in Rohrfernleitungen
61.1	See- und Küstenschifffahrt
61.2	Binnenschifffahrt
62	Luftfahrt
63.1	Frachttumschlag und Lagererei
63.2	Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr
63.3	Reisebüros und Reiseveranstalter
63.4	Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung
64.11	Postdienste
64.12	Sonstige Kuriendienste
64.2	Fernmeldedienste
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe
65.11	Zentralbanken
65.12	Sonstige Kreditinstitute (ohne Spezialkreditinstitute)
66.01	Lebensversicherungen
66.03	Sonstiges Versicherungsgewerbe
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen
70	Grundstücks- und Wohnungswesen
71.1	Vermietung von Kraftwagen bis 3,5 t Gesamtgewicht
71.2	Vermietung von sonstigen Verkehrsmitteln
71.3	Vermietung von Maschinen und Geräten
71.4	Vermietung von Gebrauchsgütern a.n.g.
72	Datenverarbeitung von Datenbanken
73	Forschung und Entwicklung
74.11	Rechtsberatung
74.12	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung
74.14	Unternehmens- und Public-Relations-Beratung
74.15	Beteiligungsgesellschaften (o. Kapitalanlagegesellschaft)
74.13	Markt- und Meinungsforschung
74.2	Architektur- und Ingenieurbüros
74.3	Technische, physikalische und chemische Untersuchung
74.4	Werbung
74.5	Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
74.6	Detekten und Schutzdienste
74.7	Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln
74.8	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

verlängerung von einem Jahr beantragt.⁴ Die EU hat diesem Antrag stattgegeben. Damit war der Gesetzgeber in der Bundesrepublik Deutschland jetzt in der Pflicht, die wirtschaftsstatistischen Rechtsvorschriften zu modernisieren.

Es kamen zwei Vorgehensweisen in Betracht. Bei der ersten Variante wäre die Erhebung direkt auf der gesetzlichen Grundlage der EU-Strukturverordnung durchgeführt worden. Eine jährliche, zentrale, 5-prozentige Erhebung mit Auskunftspflicht, die keine regionalen Ergebnisse geliefert hätte, hätte den EU-Anforderungen genügt.

Da von allen Bundesländern jedoch aussagekräftige Ländereergebnisse gefordert wurden, kam nur die zweite Variante infrage: eine dezentrale Erhebung mit Auskunftspflicht und einem ausreichend großen Stichprobenumfang. Der notwendige Stichprobenumfang hängt prinzipiell von verschiedenen Faktoren ab, wie zum Beispiel von der Heterogenität der zu betrachtenden Grundgesamtheit, der fachlichen Gliederungstiefe auf regionaler Ebene, der Veröffentlichungstiefe der Ergebnisse und dem Qualitätsanspruch.⁵

Am 14. Juli 2000 scheiterte das Gesetz, das eine 20Prozent-Stichprobe vorsah, im Bundesrat aufgrund der Kosten, die von den Ländern zu tragen gewesen wären. Da eine Kostenneutralität bei der Einführung der von allen Seiten gewünschten Dienstleistungsstatistik nicht realisierbar war, schien eine vertretbare Reduzierung der Zahl der Auskunftspflichtigen ein tragfähiger Konsens zu sein. Im Vergleich zum ursprünglichen Gesetzentwurf wurde die Stichprobe auf 15 Prozent gekürzt, unter Inkaufnahme von Einschränkungen bei tief gegliederten Auswertungsmöglichkeiten.

Die Dienstleistungsstatistik

Am 1. Dezember 2000 stimmte der Bundesrat dem Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2000 zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik und zur Änderung statistischer Rechtsverordnungen zu. Das Gesetz trat am 1. Januar 2001 in Kraft.

Danach ist eine jährliche, dezentrale Erhebung mit Auskunftspflicht und einem Stichprobenumfang von höchstens 15 Prozent bei Unternehmen und Einrichtungen durchzuführen, die den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen

⁴ Eine allgemeine Ausnahme sieht vor, dass dieser Liefertermin sich verschieben kann, wenn das Unternehmensregister noch nicht voll funktionsfähig sein sollte.

⁵ Die Qualität der Ergebnisse wird dabei am auftretenden mittleren Fehler (Standardabweichung) gemessen.

Tätigkeit im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen haben. Im einzelnen gehören dazu

- Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung)
 - Abteilung 60 Landverkehr, Transport in Fernleitungen,
 - Abteilung 61 Schifffahrt,
 - Abteilung 62 Luftfahrt,
 - Abteilung 63 Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung,
 - Abteilung 64 Nachrichtenübermittlung,
- Abschnitt K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen)
 - Abteilung 70 Grundstücks- und Wohnungswesen,
 - Abteilung 71 Vermietung beweglicher Sachen,
 - Abteilung 72 Datenverarbeitung und Datenbanken,
 - Abteilung 73 Forschung und Entwicklung,
 - Abteilung 74 Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen.

Dabei ist die Stichprobengröße von 15 Prozent nicht als fester Prozentsatz für alle Bereiche und Bundesländer zu sehen. Vielmehr ist dies ein maximaler Durchschnittswert, das heißt, im Durchschnitt soll der Auswahlsatz nicht mehr als 15 Prozent betragen.

Auf Länderebene bezogen bedeutet dies, dass kleine Länder für statistisch abgesicherte Ergebnisse einen höheren Prozentsatz benötigen als größere Länder und dass bei schwach besetzten Wirtschaftszweigen bzw. Größenklassen ein höherer Auswahlsatz realisiert werden muss als bei stark besetzten.

Wie auch in allen anderen statistischen Erhebungen versteht es sich dabei von selbst, dass - im Sinne der möglichst geringen Belastung der Unternehmen und der optimalen Nutzung der knappen Ressourcen der statistischen Ämter - im Rahmen dieser Höchstvorgabe immer nur auf den unbedingt notwendigen Stichprobenumfang zurückgegriffen werden wird.

Die erste Stichprobe für die Bereiche I und K könnte im März 2001 für das Berichtsjahr 2000 gezogen werden. Voraussetzung hierfür ist das Vorhandensein eines vollständigen Unternehmensregisters für diese Bereiche. Es besteht ein enger zeitlicher Zusammenhang zwischen der Aktualisierung des Unternehmensregisters und der Stichprobenziehung für die Dienstleistungsstatistik, da das Unternehmensregister als Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehung dient, obwohl bei der wirtschaftszweigsystematischen Zuordnung Mängel erwartet werden. Da in der Bundesrepublik Deutschland bisher jedoch kein anderes aktuelles und vollständiges Anschriftenmaterial für die zu befragenden Bereiche vorliegt, wird erst die Erhebung Aufschluss darüber geben, ob die Zweifel hinsichtlich der wirtschaftlichen Zuordnung berechtigt waren.

Für die Stichprobentheoretiker bedeuten die Unsicherheiten bezüglich der Grundgesamtheit eine größere Herausforderung, sowohl bei der Erstellung der Stichprobenauswahlpläne als auch bei der Hochrechnung auf eine Grundgesamtheit, deren Struktur nach der Erhebung unter Umständen anders zusammengesetzt ist als zu Beginn der Zählung.

Die Auskunftspflichtigen sollen mittels eines mathematischen Zufallsverfahrens aus der Grundgesamtheit ermittelt werden. Danach kann mit der Versendung der Fragebogen an die ausgewählten Unternehmen und Einrichtungen begonnen werden.

Die Fragebogen

Um branchenspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen zu können, wurden drei Fragebogen kreiert. Der erste Fragebogen richtet sich an Unternehmen und Einrichtungen, die in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen tätig sind.

Der zweite Fragebogen wendet sich an Wirtschaftsprüfer, Rechts-, Steuer-, Unternehmens- und Public-Relations-Berater, Markt- und Meinungsforscher sowie beratende Ingenieure und Architekten. Der dritte Fragebogen wurde für Beteiligungsgesellschaften entworfen.

<h2 style="margin: 0;">Dienstleistungsstatistik 2000</h2> <p style="margin: 0;">Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen</p>		Identitäts-Nummer: Bei Rückfragen und im Schriftwechsel bitte stets angeben
Bitte senden Sie einen ausgefüllten Erhebungsvordruck innerhalb von sechs Wochen nach Erhalt an das Statistische Landesamt zurück. Der Erhebungsvordruck ist für die Benutzung von Fensterbriefumschlägen bereits voradressiert. Das zweite Exemplar ist für Ihre Akten bestimmt.		
Rücksendung an: <div style="border: 1px solid black; height: 100px; margin: 10px 0;"></div> <p style="text-align: center;">Statistisches Landesamt Musterland Musterreferat</p> <p style="text-align: center;">Musterpostfach 007 00000 Musterstadt</p>	Name und Anschrift des Unternehmens oder der Einrichtung: <p style="text-align: center;">Musterunternehmen</p> <p style="text-align: center;">Musterstraße 00000 Musterstadt</p> <p>Falls Name oder Anschrift des Unternehmens oder der Einrichtung nicht mehr zutrifft, bitte berichtigen:</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-top: 5px;"> Name des Unternehmens/Einrichtung Straße / Postfach Postleitzahl / Ort </div>	
Für Rückfragen erreichen Sie uns telefonisch am besten in der Zeit von: 0.0 – 00.00 Uhr (Mo. – Do.) 0.0 – 00.00 Uhr (Fr.) unter der Durchwahl: (0000) 00 00 00 00 Telefax Durchwahl: (0000) 00 00 00 00 E-Mail:		

Identitäts-Nummer: Bei Rückfragen und im Schriftwechsel bitte stets angeben	Strich-Code
--	-------------

Zweck, Art und Umfang der Erhebung, Rechtsgrundlagen, Geheimhaltung, Hilfsmerkmale, Identitäts-Nummer, Trennen und Löschen sowie Statistikregister siehe Unterrichtung, die Bestandteil des Erhebungsvordrucks ist.	
Hinweise zum Ausfüllen: Bitte tragen Sie alle Angaben für das Gesamtunternehmen oder die Einrichtung zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit (kleinste rechtlich selbständige Einheit) einschließlich aller Niederlassungen in Deutschland unabhängig von einer eventuellen Zugehörigkeit zu Konzernen oder Organismen ein. Nicht einzubeziehen sind rechtlich selbständige Tochtergesellschaften. Berichtsjahr ist das Kalenderjahr 2000. Deckt sich das Geschäftsjahr nicht mit dem Kalenderjahr, dann legen Sie bitte das Geschäftsjahr zugrunde, das im Laufe des Kalenderjahres 2000 endete. In das Geschäftsjahr sind höchstens 12 Monate einzubeziehen. Sollten Ihre Geschäftsunterlagen im Einzelfall für die Beantwortung einzelner Fragen nicht ausreichen, bitten wir umsorgfältige Schätzung. Wenn keine Angabe in Betracht kommt, bitten wir, bei der entsprechenden Position einen Strich () einzusetzen. Bitte beachten Sie bei den mit einer Fußnote versehenen Positionen die beigefügten Erläuterungen zum Erhebungsvordruck.	
Frage	<div style="text-align: right;">(Bitte nicht ausfüllen)</div> <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 20px; margin: 5px 0;"></div> <div style="text-align: right;">11</div> <p>1 Allgemeine Angaben</p> <p>Welche wirtschaftliche Tätigkeit führt das Unternehmen oder die Einrichtung hauptsächlich aus? (Anzugeben ist die Tätigkeit, die den größten Beitrag zum Umsatz oder den Einnahmen leistet. Als Grundlage der Zuordnung verwenden Sie bitte das beiliegende Verzeichnis „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 1993“)</p> <div style="border: 1px solid black; height: 40px; margin: 10px 0;"></div> <p>Welche Rechtsform hat das Unternehmen oder die Einrichtung? Zutreffendes bitte ankreuzen 12</p> <p>Einzelunternehmen/Einzelpraxis/Atelier/Agentur/Einzelbüro/Bürogemeinschaft <input type="checkbox"/> 1</p> <p>Personengesellschaft (Partnerschaftsgesellschaft, OHG, GmbH & Co. OHG, AG & Co. OHG, KG, GmbH & Co. KG, AG & Co. KG, GbR, EWIV) <input type="checkbox"/> 2</p> <p>Kapitalgesellschaft (AG, GmbH, KGaA) <input type="checkbox"/> 3</p> <p>Sonstige Rechtsform (z.B. eingetragene Genossenschaft usw.) <input type="checkbox"/> 4</p> <p>Wie viele Niederlassungen¹ – einschließlich Hauptniederlassung – hat das Unternehmen oder die Einrichtung in Deutschland? <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 20px; display: inline-block;"></div> 13</p> <div style="text-align: right;">Anzahl</div>

Übersicht 4

Merkmalskatalog der Dienstleistungsstatistik

Erhebungs- merkmal	Angaben zur Kennzeichnung des Unternehmens oder der Einrichtung zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit: Rechtsform Hauptsächlich ausgeübte wirtschaftliche Tätigkeit Zahl der Niederlassungen
	Tätige Personen sowie Löhne und Gehälter: Zahl der tätigen Personen nach Geschlecht und Stellung im Beruf sowie Voll- und Teilzeittätigkeit Summe der Bruttolöhne und -gehälter Gesetzliche und übrige Sozialaufwendungen der Arbeitgeber
	Umsätze, Vorleistungen sowie Steuern und Subventionen: Umsätze oder Einnahmen nach In- und Ausland und sonstige Erträge Aufwendungen für Waren, Material und Dienstleistungen nach Arten Wert der Bestände an Waren und Material nach Arten Aufwendungen für Mieten, Pachten und Leasing Steuern, Abgaben sowie Subventionen
	Investitionen: Wert der erworbenen Sachanlagen und Wert der immateriellen Vermögensgegenstände nach Arten Wert der selbst erstellten Sachanlagen
Hilfs- merkmale	Name und Anschrift des Unternehmens oder der Einrichtung zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit (Auskunftspflichtigen) Name und Telekommunikationsanschlussnummern der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person (freiwillig)

Inhaltlich und vom Aufbau unterscheiden sich die Fragebogen nicht, lediglich bei der Terminologie kommt es zu Abweichungen.⁶ Die zu erfragenden Merkmale (Übersicht 4) sind im Gesetz festgeschrieben. Bei Auskunftspflichtigen, deren Umsätze oder Einnahmen im Berichtsjahr weniger als 250 000 Euro betrugen, wird nur eine reduzierte Anzahl von Erhebungsmerkmalen erfragt. Dahinter steht die Idee, insbesondere kleinere Unternehmen von statistischer Berichtspflicht zu entlasten. Der Fragenkatalog orientiert sich an den für kleine Dienstleistungsunternehmen relevanten Daten aus dem Modul der EU-Strukturverordnung. Da in diesen Wirtschaftszweigen - wie bekannt - keine anderen Erhebungen stattfinden, sind die künftig zur Verfügung stehenden Daten für die kleineren Einheiten auf das vereinfachte Programm begrenzt.

Um die ausgewählten Auskunftspflichtigen nicht über Gebühr zu belasten, besteht die Möglichkeit, die Unternehmen, die sich über einen gewissen Zeitraum in der Stichprobe befanden, anschließend für eine Reihe von weiteren

Zeiträumen für die Befragung zu sperren und durch vergleichbare Unternehmen zu ersetzen.⁷

Start-up-Unternehmen werden in der Aufbauphase durch statistische Befragungen nicht belastet, da sie frühestens zwei Jahre nach Geschäftsbeginn eine Auswahlchance bekommen. Erst zu diesem Zeitpunkt werden sie im Unternehmensregister geführt.

Erhebungseinheiten, die in mehreren Bundesländern Niederlassungen haben (Mehrländerunternehmen) und deren Umsätze oder Einnahmen 250 000 Euro übersteigen, haben in einem beigelegten Zusatzbogen Angaben zum Umsatz, zur Zahl der Beschäftigten, zu Löhnen und Gehältern sowie zu Investitionen in der Unterteilung nach Ländern zu machen. Dies wurde von den Bundesländern gefordert, um bereinigte Länderergebnisse zu erhalten.

Schlussbemerkung

Erste Ergebnisse zur Struktur der unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen für das Berichtsjahr 2000 werden in der ersten Hälfte 2002 erwartet. Damit ist der erste Schritt getan auf dem Weg, den Stand und die Entwicklung im Dienstleistungsbereich transparenter zu machen. Doch bleiben auch nach der Einführung der neuen Dienstleistungsstatistik „weiße Flecken“ im tertiären Sektor bestehen. Unternehmen und Einrichtungen, die ihre Dienstleistungen überwiegend für den persönlichen Konsum anbieten, werden auch in naher Zukunft nicht befragt. So lassen sich auch künftig beispielsweise weder der Gesundheitsbereich noch die Medienlandschaft von der amtlichen Statistik abbilden. Darüber hinaus lassen sich neu entstandene Dienstleistungsbranchen (zum Beispiel Call-Center), die häufig unter den Begriffen „New Economy“ und „New Media“ zusammengefasst werden, in der bestehenden „Klassifikation der Wirtschaftszweige“ nicht problemlos zuordnen. Eine Aktualisierung der Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Union (NACE) ist in Vorbereitung.

Die EU-Strukturverordnung sieht in den Wirtschaftsbereichen M (Erziehung und Unterricht), N (Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen) sowie O (Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen) Piloterhebungen für das Berichtsjahr 1998 vor. Beim Erlass des Programmes für die Pilotuntersuchungen ist die EU-Kommission jedoch in Verzug geraten, sodass erst in den nächsten Jahren Piloterhebungen in diesen Wirtschaftsbe-

⁶ Beispielsweise wird bei den beratenden Berufen nicht nach Erträgen aus Beteiligungen gefragt, sondern nach Umsatz und sonstigen betrieblichen Erträgen.

⁷ Mit Ausnahme solcher, die aufgrund ihrer Größe immer befragt werden müssen.

reichen zu erwarten sind. Mittelfristig ist damit zu rechnen, dass EUROSTAT anstrebt, diese Bereiche ebenfalls in die EU-Strukturverordnung einzugliedern. Auch hat die Europäische Union bereits durch die Ratsverordnung (EG) Nr. 1165/98 über Konjunkturstatistiken (EU-Konjunkturverordnung) ihren weiteren Informationsbedarf be-

kundet. Danach müssen ab 2003 auch vierteljährlich Daten zu Umsatz und Beschäftigten an EUROSTAT geliefert werden. Ob diese Informationen bei den Unternehmen direkt erhoben oder aus Verwaltungsdateien zeitnah ermittelt werden, darüber wird derzeit noch beraten.⁸

Jutta Loidl-Stuppi
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Broschüre „Kreiszahlen - ausgewählte Regionaldaten für Deutschland“



Die gemeinsame Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „**Kreiszahlen - Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland, Ausgabe 2001**“ ist ab sofort erhältlich. Für alle kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands wurden zum sechsten Mal die wichtigsten Daten

zusammengetragen. Sie erhalten für Ihre überregionalen Vergleiche Informationen über: Fläche und Bevölkerung Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit Landwirtschaft und Produzierendes Gewerbe Baufertigstellungen, Wohngebäude- und Wohnungsbestand Gastgewerbe, Kfz-Bestand, Verkehrsunfälle Bruttowertschöpfung Bundestagswahl 1998 Beispielsweise erfahren Sie, dass...

- ❑ ... Brandenburg ist mit einer **Fläche** von knapp 30 000 km² das fünftgrößte Bundesland der Bundesrepublik Deutschland ist. In Bezug auf Wald- und Wasserreichtum nimmt es sogar den dritten bzw. den vierten Platz ein.
- ❑ Am 31.12.1999 betrug Brandenburgs Anteil an der Gesamtbevölkerung Deutschlands 3,2 Prozent. Nach Mecklenburg-Vorpommern mit 77 ist Brandenburg mit einer **Bevölkerungsdichte** von 88 Einwohnern je km² das am dünnsten besiedelte Bundesland. In Berlin lebten mit 3 799 Einwohnern die meisten Menschen je km². In Deutschland insgesamt waren es 230.

- ❑ **Wanderungsverluste** hatten 1999 alle kreisfreien Städte Brandenburgs hinzunehmen. Die Zahl der Zuzüge in die Landkreise fiel jedoch erheblich höher aus, so dass das Land Brandenburg insgesamt **Wanderungsgewinne** (18 920) verbuchen konnte.
- ❑ Die **Verweildauer der Touristen** lag im Bundesdurchschnitt bei 3,0 Tagen, im Land Brandenburg waren es 2,8 Tage, in Berlin 2,3 Tage. Spitzenreiter war hier Schleswig-Holstein mit 4,9 Tagen. Bei den Kreisen lag der Landkreis Unterallgäu (im Land Bayern) mit 8,3 Tagen ganz vorn, gefolgt vom Kreis Nordfriesland mit 7,7 Tagen.
- ❑ Auf je 1 000 Einwohner waren im Juli 2000 im Land Brandenburg 515 **PKW** zugelassen. In Berlin (drittkleinste Fläche, höchste Bevölkerungsdichte im Bundesmaßstab) sind es dagegen 355. Im Vergleich der Kreise verzeichnete Schaumburg (im Land Niedersachsen) mit 850 die höchste PKW-Dichte (PKW je 1 000 Einwohner).

Für solche vergleichenden Betrachtungen ist diese jährlich erscheinende Publikation ein umfangreicher Fundus statistischer Daten.

Das Heft kostet 13 EUR und ist bei allen Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder erhältlich, z. B.:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Öffentlichkeitsarbeit
Postfach 60 10 52

14410 Potsdam

Fax: 0331 39-418

E-Mail: info@lds.brandenburg.de



⁸ Vgl. Lorenz, Robin/Schmidt, Bernd: Registergestützte Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/2000, S. 315-319.

Transformationsprozess und Strukturwandel in der Brandenburger Industrie

– Eine einzelbetriebliche Analyse unter Berücksichtigung der Beschäftigungsdynamik –

Seit 1989 haben die Brandenburger Industriebetriebe erhebliche Umstrukturierungen im Zuge des Transformationsprozesses von der Plan- zur Marktwirtschaft und dem Aufbau wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze und neuer Wirtschaftsstrukturen vollzogen. Vor diesem Hintergrund war in den frühen Nachwendejahren die Zahl der Industriebeschäftigten bis zum Jahr 1995 durch einen starken (Netto-)Rückgang geprägt. Beschäftigten die Brandenburger Industriebetriebe im Ausgangsjahr 1991 noch rund 263 Tausend Personen, so waren es im Jahre 1994 noch etwa 108 Tausend Personen (-59 Prozent). Auch für die Periode von 1995 bis 2000 ist der sich ergebende Saldo der Beschäftigungsveränderungen in der Brandenburger Industrie insgesamt negativ. Die Gesamtzahl der Industriebeschäftigten sank demnach um nochmals 8 488 Personen oder 7,8 Prozent ab. Nach einer vergleichsweise starken Anpassung im Jahr 1996 ist der jahredurchschnittliche Rückgang der Beschäftigung jedoch rückläufig; im Jahr 2000 wurde erstmals ein leichter Beschäftigungszuwachs (+ 0,3 Prozent) verzeichnet. Gleichzeitig lässt für den genannten Zeitraum 1995 bis 2000 ein erheblicher Anstieg der Zahl industrieller Betriebe in Brandenburg um rund 41 Prozent beobachten. Die Netto-Beschäftigungsveränderungen fallen bei einer Betrachtung nach Betriebstypen recht unterschiedlich aus. So ist der negative Beschäftigungssaldo 1995-2000 im Wesentlichen auf Verluste in bestehenden Betrieben zurückzuführen, welche nicht durch entsprechende Arbeitsplatzgewinne in wachsenden oder neu gegründeten Betrieben kompensiert werden konnte. Der folgende Beitrag stellt erste ausgewählte Ergebnisse eines Kooperationsprojektes zwischen dem LDS Brandenburg und dem Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie der Universität Potsdam mit amtlichen Mikrodaten der Industrierichterstattung dar. Vergleichbare Projekte mit betrieblichen Einzeldaten finden sich auch in weiteren Bundesländern. Eine Koordinierung erfolgt über das bestehende Forschungsnetzwerk FiDAst (Firmendaten aus der amtlichen Statistik). Ziel des Beitrags ist es, die sich auf einzelbetrieblicher Ebene der Brandenburger Industriebetriebe vollziehenden Beschäftigungsströme zu analysieren und die hieraus resultierende „Dynamik“ von Beschäftigungsveränderungen im Betrachtungszeitraum 1995 bis 2000 aufzuzeigen. Nach einem Ansatz der OECD (1987) wird dabei eine Unterscheidung nach Betriebstypen in neugegründete, wachsende, schrumpfende und geschlossene Betriebe vorgenommen. Weitere Ergebnisse der einzelbetrieblichen Analysen u.a. in der Unterscheidung etwa nach betrieblichen Gesichtspunkten (Beschäftigten- und Umsatzgrößenklassen), nach branchenspezifischen Unterschieden (Wirtschaftszweige) sowie nach regionalen Gesichtspunkten werden in Kürze in dieser Schriftenreihe veröffentlicht.

Vorbemerkungen

Ziel dieses Beitrags ist es, die aus einzelnen Beschäftigungsströmen resultierende Dynamik zu verstehen, die sich hinter aggregierten Salden (sog. Nettoströme) verbirgt. Angaben für den Zeitraum vor dem Jahr 1995 sind das Ergebnis der allgemeinen Veröffentlichungen des LDS Brandenburg und weiterer Statistiken, wie sie für den Bereich der amtlichen Statistiken der Industrierichterstattung vorlagen.

Aus methodischen Gründen wurde für die erste Phase der Untersuchungen eine einzelbetriebliche Datenbank mit Firmendaten seit dem Jahr 1995 aufgebaut, die für Analysezwecke zur Verfügung stand. Diese Datenbasis ermög-

licht daher keine Auswertungen der Strukturveränderungen und der Beschäftigungsdynamik in den frühen Nachwendejahren zwischen 1991 und 1995.

Gegenstand der **Analyse der Beschäftigungsdynamik**¹ ist es, die Beschäftigungsveränderungen nicht nur in ihren abgeschlossenen Zuständen zu verschiedenen Zeitpunkten (Salden) zu analysieren, sondern vielmehr die zugrundeliegenden, teils gegenläufigen Beschäftigungsströme (-be-

¹ Im Rahmen dieser Analyse wird dabei jedoch nicht zwischen Arbeitsplätzen und dem tatsächlich geleisteten Arbeitsvolumen unterschieden. Informationen zur Verteilung der Arbeitszeit auf die Zahl der tätigen Personen waren nicht verfügbar. Eine Umrechnung auf Arbeitszeitäquivalente wurde daher nicht vorgenommen.

wegungen), die diese **Nettoveränderung der Beschäftigung** erklären.² Möchte man Einzelheiten zu den Ergebnissen solcher Nettoveränderungen erhalten, so muss geklärt werden, ob etwa der festzustellende Nettorückgang der Industriebeschäftigung im Land Brandenburg im Jahr 1996 auf ebensolche (Brutto)-rückgänge der Beschäftigung in den Brandenburger Betrieben zurückzuführen ist und jene Betriebe, die zum Beschäftigungszuwachs beigetragen haben, diesen massiven Abbau nicht ausgleichen konnten?

Ziel der folgenden Analyse ist es daher, zum einen mittels geeigneter Verfahren zur **Untersuchung der Beschäftigungsdynamik** - d. h. der Richtung und der Stärke der einzelnen Bruttoveränderungen und -ströme, die zu einem aggregierten Ergebnis geführt haben- einen detaillierten Einblick in die Entwicklungstrends im Verarbeitenden Gewerbe auf einzelbetrieblicher Ebene zu gewinnen.

Im Vordergrund der Untersuchungen steht daher die Frage, wie hoch das Ausmaß der Beschäftigungszuwächse sowie der Beschäftigungsrückgänge auf einzelbetrieblicher Ebene im Betrachtungszeitraum war, und welche Faktoren den Auf- bzw. Abbau von Beschäftigung in der Brandenburger Industrie determiniert haben. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie sich der Beitrag von schon bestehenden Betrieben gegenüber dem von **Betriebsgründungen bzw. -schließungen** entwickelt hat.

Ein weiterer Schwerpunkt wird auf die Analyse der Entwicklung der **Konzentration** des Beschäftigungszuwachses bzw. -verlustes gelegt.

Zum anderen ist es auch wichtig, einige **allgemeine Tendenzen beim Transformationsprozess** bzw. bei den Stufen der wirtschaftlichen Umstrukturierung zu erkennen. So lässt sich eine erste Stufe des Transformationsprozesses insbesondere dadurch kennzeichnen, dass starke Rückgänge der Beschäftigung in den bestehenden Betrieben stattfanden, die mit dem langsam wachsenden Beschäftigungsbeitrag von anderen Betrieben nicht kompensiert werden konnten.³ In dieser Periode findet eine ausgeprägte **Rationalisierung der Produktion** statt. Eine zweite Stufe besteht in einer Stabilisierung der bestehenden Betriebe.

Eine solche Analyse erfordert einen **Zugang zu den einzelnen Betriebsdaten** über die Zeit. Im Rahmen einer engen

Kooperation des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS) mit dem Lehrstuhl Statistik und Ökonometrie der Universität Potsdam wurden unter strenger Wahrung des Datenschutzes solche Voraussetzungen zur Untersuchung des „**Panels**“ von Brandenburger Industriebetrieben geschaffen.⁴

In dem vorliegenden Beitrag werden folgend einige grundlegende Ausführungen zur Datenbasis gemacht. Anschließend werden die grundlegenden Tendenzen der Beschäftigungsentwicklung in Brandenburg auf aggregierter Ebene dargestellt, wie sie sich anhand der einschlägigen Veröffentlichungen des LDS Brandenburg ergeben. Nach einem kurzen Überblick der **Job-Turnover-Analyse** wird die Dynamik der Beschäftigungsströme gründlich untersucht. Dabei wird im Anhang die Methodik der Job-Turnover-Analyse ausführlich erläutert, die bei der Zerlegung der Ströme herangezogen wurde. Abschließend werden die Ergebnisse der Job-Turnover-Analyse interpretiert sowie **empirische Schlussfolgerungen** mit Blick auf die obigen Fragestellungen gezogen.

Datenbasis

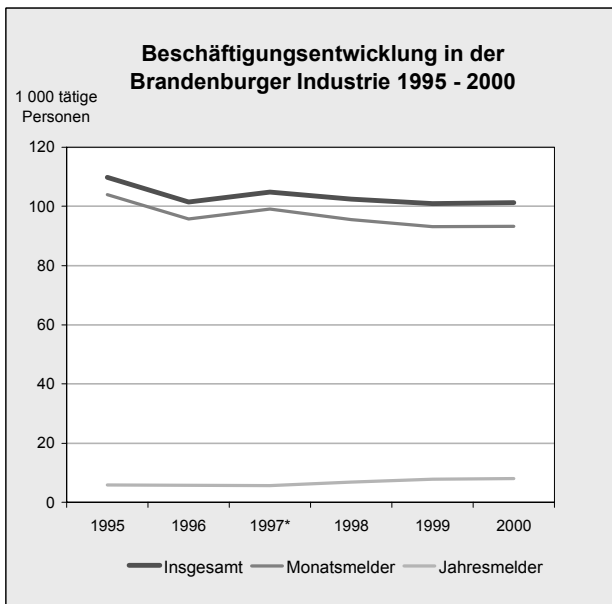
Bei den vorhandenen Daten der amtlichen Statistik handelt es sich um Betriebsdaten der Industriebetriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Brandenburg im Zeitraum von 1995 bis 2000. Im Rahmen des Berichtskreises werden dabei Unternehmen und die dazugehörigen Betriebe erfasst, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden liegt. Im Rahmen der Berichtspflichten liegen sowohl Informationen über die monatlich meldenden Betriebe (sog. Monatsmelder) als auch über die jährlich meldenden Kleinbetriebe (sog. Jahresmelder) vor.

Unternehmen ab 20 Beschäftigten (**Unternehmenskonzept**) sind monatlich über die Zahl der tätigen Personen in ihren Betrieben sowie zu einigen anderen Merkmalen auskunftspflichtig. Hingegen sind die nur einmal im September meldenden Jahresmelder Unternehmen (und die dazugehörigen Betriebe) mit weniger als 20 Beschäftigten. Dabei ist auf den besonderen Fall des **Handwerks** zu achten. Produzierende Handwerksbetriebe sind bei den Monatsmeldern erfasst, aber nicht bei den Jahresmeldern.

² Ähnlich wie in der Physik wird bei der Analyse der Dynamik, die Bewegung eines Objektes als Ergebnis verschiedener zugrundeliegender kausaler Kräfte untersucht. In der ökonomischen Theorie unterscheidet man nach statischen und dynamischen Theorien. Die dynamische Theorie hebt die Chronologie der ökonomischen Fakten hervor, um sie in ihrem kausalen Zusammenhang zu analysieren.

³ Vgl. Konings/ Walsh (1999), S. 30.

⁴ Zur Darstellung des Projekts: vgl. Rambert/ Hoffmann (2001). Für ihre Unterstützung möchte ich an dieser Stelle insbesondere Herrn Hoffmann, Sachgebietsleiter „Analyse“, sowie Frau Kathke, Dezernatsleiterin „Unternehmensregister, Industriestatistik“, Frau Cichos und Frau Rösler, Verantwortliche für die Industriestatistik, Herrn Röhrig, Dezernatsleiter „Statistische Datenbanken und Informationssysteme“ und Herrn Siebe, Verantwortlicher für die statistische Datenbanken danken.



Für die Zwecke der folgenden Analyse wurde gemeinhin der **Jahresdurchschnitt der Zahl der tätigen Personen** für die Monatsmelder berechnet. Über methodisch-konzeptionelle Einzelheiten der einzelbetrieblichen Datenbank wurde bereits in früheren Veröffentlichungen zum Projekt informiert.⁵

Beschäftigungstrends in den Brandenburger Industriebetrieben

Nach dem Rückgang der Beschäftigten im ersten Betrachtungsjahr 1996 (-7,6 Prozent) weist das Verarbeitende Gewerbe auch für die Folgejahre grundlegend einen jahresdurchschnittlichen **Beschäftigungsrückgang** auf. Der jährliche Beschäftigungsverlust ging allerdings seitdem zurück und im Jahr 2000 wurde für das erste Mal kein Beschäftigungsrückgang verzeichnet.⁶

Das Verarbeitende Gewerbe in der **Periode von 1995 bis 2000** weist einen Rückgang um 7,7 Prozent der Beschäftigung auf.

- Die **Monatsmelder** mit ihrem überwiegenden Anteil an der gesamten Beschäftigung (2000: 92 Prozent) weisen auf ähnliche Tendenzen hin.
- Bei den **Jahresmeldern** zeichnen sich hingegen ganz andere Beschäftigungsentwicklungen ab. Die Rückgänge im Jahr 1996 und 1997 sind begrenzt (1 bis 1,5 Prozent); anschließend stellt man ein kräftiges Beschäftigungswachstum fest: Im Jahr 2000 beschäftigen kleine Betriebe etwa 38 Prozent mehr tätige Personen als im Jahr 1995. (Vgl. Abbildung 1)⁷

Demgegenüber ist die Zahl der Betriebe von 1995 bis 2000 erheblich (etwa um 45 Prozent) gestiegen. Die starke Erhöhung der Zahl der Betriebe ist allerdings hauptsächlich auf den Anstieg der Zahl von kleinen Betrieben bzw. auf den **Verzerrungseffekt** der im Jahr 1995 in ganz Deutschland durchgeführten **Handwerkszählung** zurückzuführen. Somit ist die Zahl der kleinen Betriebe über die gesamte Periode um 84 Prozent gestiegen. Die Zahl der Monatsmelder weist zwar einen Anstieg von fast 20 Prozent auf, aber die jährlichen Zuwächse betrugen seit 1998 höchstens etwa 3 Prozent

⁵ Zur genaueren Beschreibung der Datenbasis, vgl. Bartels/ Geppert/ Rambert (2000).

⁶ Das Jahr 1997 kennzeichnet sich – nach Korrekturen – durch eine beträchtliche Verlangsamung des Beschäftigungsrückgangs (-0,9 Prozent). Die Nettobeschäftigungsveränderung (3 321) muss nach unten korrigiert werden. Diese Korrektur ist erforderlich, denn aufgrund der 1995 in ganz Deutschland durchgeführten Handwerkszählung steigt 1997 mit der Erfassung zahlreicher Handwerksbetriebe die Zahl der Betriebe. Betrachten wir 1997 und 1996 ohne die im Rahmen der Handwerkszählung neu erfassten Handwerksbetriebe, schrumpft der korrigierte Beschäftigungszuwachs durch neuauftretende Betriebe um 4 227 auf 7 506. Dieser Beschäftigungszuwachs durch die bei der Handwerkszählung neu erfassten Betriebe entsteht eigentlich durch weitermeldende Betriebe. Da keine Zusatzinformation für das Jahr 1996 vorhanden ist, wurde keine Klassifizierung dieser Betriebe nach den Betriebstypen ermöglicht und dadurch keine weitere Korrektur für weitermeldende Betriebe vorgenommen. Korrigierte Angaben werden in Klammern vermerkt.

⁷ Dieser starke Beschäftigungszuwachs lässt sich auf einen starken Anstieg der Zahl der Jahresmelder zurückführen, wie es aus der Abbildung 2 zu erkennen ist. Die meisten Wirtschaftszweige weisen auf ähnliche Entwicklungen hin, so dass ein statistischer Erfassungseffekt erst einmal nicht zu erkennen ist. Allerdings muss auf die immer ausführlichere Erfassung der Jahresmelder über die Jahre hingewiesen werden.

höchstens etwa 3 Prozent (im Jahr 2000), und der größte Anstieg 1997 (14 Prozent) ist hauptsächlich auf die Handwerkszählung zurückzuführen.⁸ Machten die Jahresmelder im Jahr 1995 nur knapp 40 Prozent (665) der Betriebe aus, so erreicht ihr Anteil im Jahr 2000 etwa 50 Prozent (1 223).

Aus den gegenläufigen Entwicklungen der Zahl der Betriebe und der Beschäftigung resultiert, dass im Jahr 2000 im Durchschnitt weniger Personen in den Betrieben arbeiteten als 1995. Dabei werden im Durchschnitt knapp 75 Personen im Jahr 2000 im Vergleich zu fast 100 Personen im Jahr 1995 in einem Betrieb des Monatsberichtsgebietes beschäftigt. Die **durchschnittliche Zahl der tätigen Personen** in jährlich meldenden Kleinbetrieben schrumpft von knapp 9 Personen (1995) auf 6,6 Personen (2000).

Eine hohe Konzentration liegt in den untersuchten Jahren vor: Auf einen kleinen Anteil der Betriebe entfällt ein großer Anteil der gesamten Beschäftigung. Das Ausmaß der Konzentration - das **Ausmaß der Ungleichverteilung der Beschäftigung** auf die Betriebe - kann mit dem Gini-Koeffizient⁹ gemessen werden. Betrachtet man die dynamische Konzentration - den Konzentrationsprozess über die Jahre - findet allerdings eine schwache Abnahme der Ungleichverteilung der Beschäftigung auf die Betriebe statt.¹⁰ So beschäftigte 1 Prozent der Betriebe 1995 mehr als ein Drittel der Personen (33,9 Prozent) und im Jahr 2000 27,5 Prozent der Personen. Betrachtet man lediglich die Monatsmelder, lässt sich allerdings eine eindeutige Senkung der Konzentration der Beschäftigung feststellen.¹¹ Diese Tendenzen bei der dynamischen Konzentration sowie bei den Monatsmeldern sind, wie bereits gezeigt, zum Teil auf die erwähnten gegenläufigen Entwicklungen der Zahl der Betriebe und der Beschäftigung zurückzuführen.

Im Folgenden wird nach einem kurzen Überblick über die **Job-Turnover-Analyse** untersucht, welche Bruttoströme der Beschäftigung (bzw. der Zahl der Betriebe) zu den aggregierten Nettoveränderungen der Beschäftigung (bzw.

der Zahl der Betriebe) geführt haben. Details zur Methodik der Job-Turnover-Analyse können dem methodischen Anhang („Exkurs“) entnommen werden.

Job-Turnover-Analyse

Die Anwendung der Job-Turnover-Analyse versteht sich als Ergänzung der schon vorhandenen **Auswertungen** und Analysen des LDS Brandenburg **auf aggregierter Ebene** zur Beschäftigungsentwicklung in der Brandenburger Industrie. Die weit verbreitete und seit langem angewandte Job-Turnover-Analyse bietet eine Methodik zur Untersuchung der Beschäftigungsveränderungen nach unterschiedlichen Merkmalen. Sie zielt üblicherweise darauf, die **Beschäftigungsdynamik** nach der Betriebsgröße sowie nach branchenspezifischen und regionalen Merkmalen zu ergründen (Vgl. OECD, 1987). Weitere Details zur Methodik des Analyseverfahrens sind dem **Exkurs** am Ende dieses Beitrags zu entnehmen.

Bislang wurden im Rahmen der amtlichen Veröffentlichungstiefe jedoch nur der Beschäftigungssaldo aus den Daten der Industriestatistik untersucht werden. Ziel des im Folgenden beschriebenen Verfahrens mit amtlichen Einzeldaten ist es daher, die verschiedenen teils gegenläufigen Beschäftigungsströme zu beleuchten. Dies ist nur durch die **Panelstruktur** der Daten möglich. Eine Panelstruktur kennzeichnet sich gemeinhin dadurch, dass die vorhandenen Informationen zu den einzelnen Merkmalsträgern (die Betriebe) über die Jahre verfolgt werden können. Diese einzelnen Betriebe, die über die Jahre nach verschiedenen Merkmalen analysiert werden, bilden den sog. „Panel“.

Bei der **Beurteilung der Arbeitsmarktlage** ist dieses Vorgehen wichtig, um Hinweise auf die Beschäftigungsdynamik zu gewinnen, die sich hinter einer Arbeitsmarktsituation verbirgt. Beispielhaft wird hier der starke Rückgang der Zahl der tätigen Personen 1996 im Vergleich zu 1995 in Brandenburger Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes analysiert und nach den zugrundeliegenden Beschäftigungsströmen interpretiert.

- Ist dieser Beschäftigungsrückgang hauptsächlich auf massive Schließungen bzw. Schrumpfungen (und ceteris paribus) zurückzuführen oder ist er durch einen überproportionalen Abbau von Arbeitsplätzen begründet, wobei insgesamt eine hohe Fluktuation stattgefunden hat?

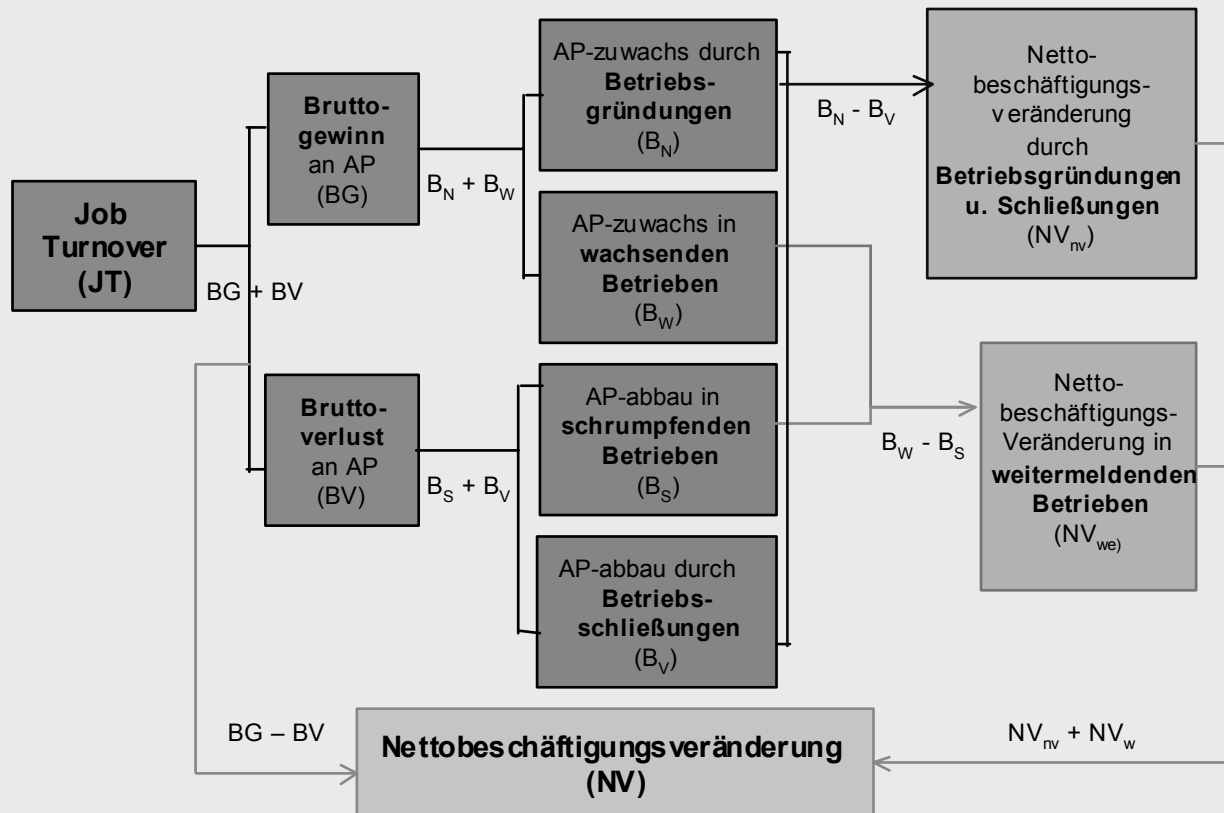
⁸ Die Erhöhung um 145 Betriebe verringert sich auf 30 Betriebe (+2,9 Prozent), da 115 Monatsmelder im Rahmen der Handwerkszählung neu erfasst wurden. Zu weiteren Verzerrungseffekten: Vgl. Rambert/Strohe (2001).

⁹ Zur Messung der relativen Konzentration eignet sich der Gini-Koeffizient. Liegt eine hohe Konzentration vor, hat der Gini-Koeffizient bei einer großen Anzahl von Betrieben den Wert 1; liegt keine Konzentration vor, hat er den Wert 0. Zur Erläuterung der verschiedenen Maße der Konzentration und deren Eigenschaften: Vgl. Rönz/Strohe (1994): S. 137-138; S. 197-199, S. 156-157.

¹⁰ Der Gini-Koeffizient ist von 0,75 (1995) auf 0,73 (2000) gesunken.

¹¹ So sinkt der Gini-Koeffizient von etwa 0,70 auf 0,63. Beschäftigen ein Prozent der Monatsmelder knapp 30 Prozent der tätigen Personen im Jahr 1995, sinkt dieser Beschäftigungsanteil auf 22 Prozent im Jahr 2000.

Job-Turnover-Analyse



Quelle: OECD (1987)

Um den Beschäftigungsverlust genauer zu erklären, muss ein Blick auf die **Kombination von sechs Beschäftigungsströmen** geworfen werden.

So kann ein Nettorückgang der Arbeitsplatzanzahl im Land auf verschiedene **Gründe** zurückzuführen sein:

- ❑ Innerhalb der bestehenden Brandenburger Betriebe wurden mehr Arbeitsplätze abgebaut als geschaffen („**wachsende**“ und „**schrumpfende**“ Betriebe).
- ❑ Die Zahl der entstandenen Arbeitsplätze durch Zuzüge ins Land konnte die Zahl der verschwindenden Arbeitsplätze durch Wegzüge nicht kompensieren („**zu-gezogene**“ und „**weggezogene**“ Betriebe).
- ❑ Der Arbeitsplatzabbau durch Betriebsschließungen überwog die Arbeitsplatzschaffung durch Neugründungen („**Gründungen**“ und „**Schließungen**“, von Betrieben).

In der Realität resultiert der Rückgang der Arbeitsplatzanzahl aus der **Kombination** dieser sechs Bruttoströme: Be-

schäftigungsbewegungen durch wachsende und schrumpfende Betriebe, durch Betriebszuzüge und -wegzüge sowie durch Neugründungen und Schließungen von Betrieben. Allerdings werden unter dem **Begriff „Betriebsgründungen“** (bzw. „Betriebsschließungen“) die Fälle der Neugründungen und Betriebszuzüge (bzw. Betriebswegzüge und Schließungen) zusammengefasst.¹²

Die Konstellation der verschiedenen Beschäftigungsströme und ihr Zusammenhang ist in obenstehender Abbildung präsentiert und wird im Rahmen der Job-Turnover-Analyse detailliert untersucht.

¹² Diese Begriffe fassen allerdings auch andere Betriebsfälle zusammen, die im folgenden bei den Interpretationsschwierigkeiten erwähnt werden.

Beschäftigungsdynamik in der Brandenburger Industrie

Die Ergebnisse der Job-Turnover-Analyse weisen auf eine unterschiedliche Beschäftigungsdynamik vor 2000 und im Jahr 2000 hin.

In der **Periode von 1995 bis 1999** resultiert der jährliche Netto-Beschäftigungsrückgang in der Brandenburger Industrie insbesondere aus einem massiven Arbeitsplatzverlust in bestehenden Betrieben. Gleichzeitig ist eine hohe Zahl an Arbeitsplatzschaffungen in schon bestehenden Betrieben und durch Betriebsgründungen festzustellen, die jedoch den starken Abbau nicht kompensieren konnte:

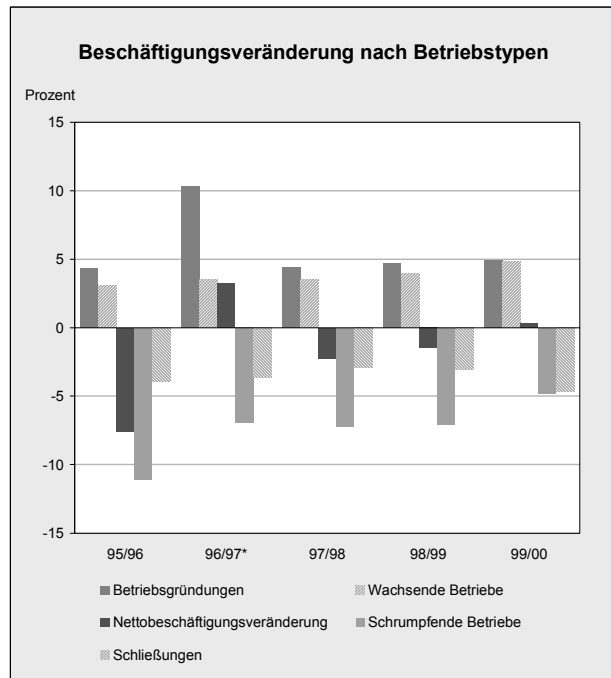
- ❑ Zum einen überwiegen nämlich die jährlichen Beschäftigungszuwächse nie die starken Beschäftigungsrückgänge in schrumpfenden Betrieben.
- ❑ Zum anderen werden die jährlichen Beschäftigungsrückgänge durch Betriebsschließungen über die gesamte Periode von 1995 bis 2000 stets mit Arbeitsplatzschaffungen durch Betriebsgründungen kompensiert.

Trotz des hohen Beitrags zum Beschäftigungszuwachs durch Betriebsgründungen erreicht der Nettobeschäftigungszuwachs durch Betriebsgründungen und Betriebsschließungen 1997 nur knapp drei Viertel der **Nettobeschäftigungsrückgänge** in bestehenden Betrieben.

Charakteristisch für diese Periode ist ebenfalls ein starker **Job-Turnover**, der auf hohe Beschäftigungsfluktuationen verweist: Mehr als jeder fünfte Arbeitsplatz (22,4 Prozent) ist im Jahr 1996 geschaffen oder gestrichen worden. Dieser hohe Job-Turnover ist kennzeichnend für die Wirtschaft eines Landes im Transformationsprozess. So weist Mecklenburg-Vorpommern 1996 eine ebenso hohe Job-Turnover-Rate von etwa 23 Prozent auf (vgl. Wagner 2000). Im Vergleich dazu lag sie in der Baden-württembergischen Industrie 1996 bei etwa 9 Prozent (vgl. Strotmann 1999). Allerdings sank die Job-Turnover-Rate in der Brandenburger Industrie ab 1998 unter 20 Prozent.

Bezieht man die Anzahl der Job-Turnover auf die Nettobeschäftigungsveränderung, so erhält man den sog. „**Turbulenzindikator**“, ein Maß zur Messung der Intensität der Beschäftigungsdynamik (vgl. auch Ausführungen im Methodikanhang).

Für den **Jahresvergleich 1995/96** weist demnach der Turbulenzindikator für die Brandenburger Industrie ähnlich wie dies auch für die Industriebetriebe Baden-Württembergs gilt, einen Wert von 3 auf.



* Verzerrungseffekt: Aufgrund der im Jahr 1995 durchgeführten Handwerkszählung wurden im Jahr 1997 neue Betriebe erfasst.

Somit übersteigt die Zahl der geschaffenen oder weggefallenen Beschäftigungsverhältnisse die Nettobeschäftigungsveränderung um das Zweifache. Im **Jahr 2000** zeichnet sich eine neue Dynamik ab, die aus zwei positiven Entwicklungen der Beschäftigungsströme entsteht. Einerseits wird eine Verlangsamung des starken Beschäftigungsrückgangs - die erste seit 1997 - in schrumpfenden Betrieben festgestellt. Andererseits verbuchen die **wachsenden Betriebe** den höchsten Beschäftigungszuwachs über die gesamte Periode. Dabei wird der Beschäftigungsrückgang in **schrumpfenden Betrieben** kompensiert. Zum ersten Mal seit 1995 verzeichnen die bestehenden Industriebetriebe in Brandenburg eine zwar geringe, aber **positive Nettobeschäftigungsveränderung** (18 Arbeitsplätze). Allerdings wird ein starker Anstieg des Beschäftigungsverlustes durch **Betriebsschließungen** verzeichnet, der fast den (obwohl sprunghaft angestiegenen) Beschäftigungszuwachs durch Betriebsgründungen zunichte macht.

Somit findet bis 1999 und ab 2000 fast eine spiegelverkehrte Beschäftigungsdynamik statt. Bis 1999 befinden sich die bestehenden Betriebe mit einem Beschäftigungszuwachs, aber gleichzeitigem Beschäftigungsverlusten in einer schwierigen Lage. Betriebsgründungen und Betriebsschließungen führen tendenziell zu einem Nettozuwachs an Beschäftigung. Der **Job-Turnover** bleibt jedoch hoch. Nach dem Rückgang der Fluktuation 1996/97 schwankt die Job-Turnover-Rate in den Brandenburger Industriebetrieben etwa zwischen 18 Prozent und 19 Prozent.

Der **Turbulenzindikator** nimmt über den gesamten Betrachtungszeitraum von 1995/96 bis 1999/00 kontinuierlich zu und weist somit auf eine erhöhte Intensität der Beschäftigungsdynamik hin. Im Jahr 2000 erreicht der Turbulenzindikator einen Wert von 56. Die Bruttoströme der Beschäftigungsveränderung übersteigen somit die Nettobeschäftigungsveränderung um das 55-fache.

Auf jeden de-facto entstandenen Arbeitsplatz kamen demnach 55 Arbeitsplatzbewegungen, die sowohl die neugeschaffenen, wie auch die weggefallenen Arbeitsplätze betrafen.

Für das **Jahr 2000** kehrt sich die festgestellte Dynamik um. Die vergleichsweise stärksten Beschäftigungsrückgänge werden im Bereich der Betriebsschließungen verzeichnet. Der Beschäftigungsrückgang in schrumpfenden Betrieben verlangsamt sich erheblich.

Allerdings überwiegt der sprunghafte Beschäftigungszuwachs durch Betriebsgründungen immer noch den hohen Beschäftigungsrückgang durch Betriebsschließungen.

Komponenten der Beschäftigungsdynamik der Brandenburger Industriebetriebe nach Betriebstypen										
Merkmal	Beschäftigungsentwicklung (Zuwachs bzw. Verringerung)									
	Tätige Personen					Beitrag zur Gesamtbeschäftigung im Basisjahr (t-1)				
	95/96	96/97 ¹⁾	97/98	98/99	99/00	95/96	96/97 ¹⁾	97/98	98/99	99/00
	Anzahl					Prozent				
Entwicklung nach Betriebstypen										
(1) Wachsende Betriebe	3 402	3 583	3 690	4 101	4 893	3,1	3,5	3,5	4,0	4,8
(2) Schrumpfende Betriebe	- 12 147	- 7 053	- 7 583	- 7 241	- 4 875	-11,1	-7,0	-7,2	-7,1	-4,8
(3) Betriebsgründungen	4 740	10 477	4 629	4 770	4 993	4,3	10,3	4,4	4,7	4,9
		(6 250)					(6,2)			
(4) Betriebsschließungen	- 4 310	- 3 686	- 3 062	- 3 144	- 4 665	-3,9	-3,6	-2,9	-3,1	-4,6
Beschäftigungsveränderungen										
(5) Bruttogewinn an Arbeitsplätzen (1) + (3)	8 142	14 060	8 319	8 871	9 886	7,4	13,9	7,9	8,7	9,8
		(9 833)					(9,7)			
(6) Bruttoverlust an Arbeitsplätzen (2) + (4)	- 1 6457	- 10 739	- 10 645	- 10 385	- 9 540	-15,0	-10,6	-10,2	-10,1	-9,5
(7) Nettobeschäftigungsveränderung in weitermeld. Betr. (1) - 2]	- 8 745	- 3 470	- 3 893	- 3 140	18	-8,0	-3,4	-3,7	-3,1	0,0
(8) Nettobeschäftigungsveränderung durch Betriebsgründungen und -schließungen (3) - 4	430	6 791	1 567	1 626	328	0,4	6,7	1,5	1,6	0,3
		(2 564)					(2,5)			
(9) Nettobeschäftigungsveränderung 7 + 8	- 8 315	3 321	- 2 326	- 1 514	346	-7,6	3,3	-2,2	-1,5	0,3
		(- 906)					(-0,9)			
(10) Job Turnover (5) + 6	24 599	24 799	18 964	19 256	19 426	22,4	24,4	18,1	18,8	19,2
		(20 572)					(20,3)			
(11) Turbulenzindikator (10) / 9						3,0	7,5	8,2	12,7	56,1
	X	X	X	X	X		(22,5)			
Beschäftigung insgesamt										
Basisjahr (t-1)	109 778	101463	104 784	102 458	100 944	100	100	100	100	100
Berichtsjahr (t)	101 463	104784	102 458	100 944	101 290	92	103	98	99	100
Veränderung zum Vorjahr	- 8 315	3 321	- 2 326	- 1 514	346	- 7,6	3,3	- 2,2	- 1,5	0,3
		(100 557)					(-0,9)			

1) Die Angaben in Klammern entsprechen den bereinigten Werten der tätigen Personen in den Industriebetrieben ohne Einschluss der durch die Handwerkszählung neuerfassten Betriebe.

Für das Jahr 2000 lässt sich somit gesamtgenommen eine Stabilisierung der Beschäftigungssituation der Industriebetriebe erkennen. Die bestehenden Betriebe scheinen eine entscheidende Stufe im **Konsolidierungsprozess** abgeschlossen zu haben. Einige Ergebnisse bei der folgenden Analyse der Konzentration des Beschäftigungsverlustes bzw. -zuwachses werden ebenfalls darauf hinweisen, dass 2000 eine wichtige Etappe im **Transformationsprozess** darstellt.

Es stellt sich die Frage, ob diese **Beschäftigungsdynamik** nur durch die Ergebnisse von einzelnen großen Betrieben

gesteuert wird, oder ob diese Dynamik eine allgemeine Tendenz widerspiegelt, die viele Betriebe verzeichnen. Daher ist eine Analyse der Struktur des Beschäftigungsbeitrags erforderlich.

Betrachtet man die Entwicklung der Zahl der Betriebe nach den Betriebstypen, deuten die aggregierten Zahlen auf einen steten jährlichen Zuwachs der Zahl der Betriebe über die gesamte Periode, aber auch auf eine unterschiedliche Verteilung der Betriebe nach Betriebstypen hin (vgl. nachfolgende Tabelle).

Entwicklung der Brandenburger Industriebetriebe nach Betriebstypen										
Merkmal	Betriebe					Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe (6)				
	95/96	96/97 ¹⁾	97/98	98/99	99/00	95/96	96/97 ¹⁾	97/98	98/99	99/00
	Anzahl					Prozent				
Betriebstypen										
(1) Konstante Betriebe	360	375	473	601	632	18	18 (19)	20	24	23
(2) Wachsende Betriebe	500	571	639	649	754	25	27 (29)	28	26	28
(3) Schrumpfende Betriebe	627	611	650	703	702	32	29 (31)	28	28	26
(4) Betriebsgründungen	270	356 (241)	396	366	380	14	17 (12)	17	15	14
(5) Betriebsschließungen	218	200	151	205	231	11	9 (10)	7	8	9
(6) Anzahl der im Berichtsjahr meldenden oder geschlossenen Betriebe	1 975	2 113	23 09	25 24	26 99	100	100	100	100	100
	(1998)									
Gesamtzahl der Betriebe										
im Basisjahr (t-1)	17 05	17 57	19 13	21 58	23 19	86	83	83	85	86
im Berichtsjahr (t)	17 57	19 13	21 58	23 19	24 68	89	91	93	92	91
Veränderung zum Vorjahr	+ 52	+ 156	+ 245	+ 161	+ 149	3,0	8,9	12,8	7,5	6,4
	(+ 41)									

1) Die Angaben in Klammern entsprechen den bereinigten Werten der Industriebetriebe ohne Einschluss der durch die Handwerkszählung neuerfassten Betriebe.

Seit 1998 erhöht sich somit die Zahl der Betriebe um wenigstens etwa 150 jährlich. Lediglich in den Jahren 1995 und 1996 sind Zuwächse von 52 bzw. 41 Betrieben festzustellen. Für die Monatsmelder ist sogar im Jahr 1996 ein Rückgang um 7 Betriebe festzustellen.

Betrachtet man den Anteil der jeweiligen Betriebstypen an der gesamten Zahl der Betriebe, die in den jeweiligen Jah-

ren melden bzw. schließen, zeigen die schrumpfenden Betriebe im Jahr 1996 den höchsten Anteil (32 Prozent). Der Anteil der wachsenden Betriebe liegt 1996 mit 25 Prozent deutlich darunter. Die Anteile der konstanten bzw. der neugegründeten Betriebe erreichen etwa 14 bzw. 18 Prozent, wobei 11 Prozent der im Jahr 1995 meldenden Betriebe 1996 schließt.

Bei den **Monatsmeldern** sind diese Tendenzen sogar deutlicher. Im Jahr 1996 übersteigt der Anteil der schrumpfenden Betriebe mit 43 Prozent bei weitem den Anteil der wachsenden Betriebe (knapp 30 Prozent), wobei die Anteile der konstanten Betriebe, der Betriebsgründungen bzw. der Betriebsschließungen zwischen etwa 7 und 12 Prozent liegen. Im Jahr 2000 übersteigt der Anteil der wachsenden Betriebe (knapp 37 Prozent) den Anteil der schrumpfenden Betriebe (ca. 34 Prozent). Der Anteil der konstanten Betriebe ist allmählich auf 17 Prozent gestiegen. Der Anteil der Betriebsschließungen sowie der von Neugründungen schwankte zwischen 1996 und 2000 zwischen etwa 6 Prozent und 8 Prozent und liegt im Jahr 2000 bei 6 Prozent.

Diese **Struktur des Beschäftigungsbeitrags** weicht von der Struktur im Jahr 2000 stark ab. Im Vergleich zu 1995 ist der Anteil der schrumpfenden Betriebe (26 Prozent) im Jahr 2000 stark gesunken. Der im Jahr 1996 schon niedrige Anteil der Betriebsschließungen (11 Prozent) ist auch im Jahr 2000 (9 Prozent) leicht gesunken. Dem entgegen sind die Anteile der wachsenden und konstanten Betriebe stark gestiegen. Der höchste Anteil besteht im Jahr 2000 aus wachsenden Betrieben (28 Prozent). Diese Strukturveränderung bestätigt die These einer Umkehrung der Beschäftigungsdynamik hin zu einer Konsolidierung der bestehenden Betriebe. Die Beschäftigungsdynamik wird nicht nur durch die Ergebnisse von einzelnen großen Betrieben gesteuert, sondern diese Dynamik spiegelt eine allgemeine Tendenz wider, die viele Betriebe verzeichnen. 51 Prozent der Betriebe im Jahr 2000 sind wachsende bzw. konstante Betriebe gegenüber 43 Prozent im Jahr 1996.

Konzentrationstendenzen der Beschäftigungsentwicklung in der Brandenburger Industrie

Die Analyse der Konzentration wird das Jahr 2000 als Wendepunkt im Transformationsprozess bestätigen.

Über die gesamte Periode wird eine **hohe Konzentration des Beschäftigungszuwachses und des Beschäftigungsverlustes** festgestellt.¹³

Bei den Betrieben mit den vergleichsweise höchsten Beschäftigungszuwächsen bzw. -verlusten kann man insgesamt keine eindeutige rücklaufende Tendenz der Konzentration des Beschäftigungszuwachses bzw. -verlustes erkennen (vgl. Tabelle S. 67).

Weiterhin lässt es sich bei den Brandenburger Betrieben mit den höchsten Beschäftigungszuwächsen bzw. -verlusten feststellen, dass sich der Beschäftigungszuwachs auf deutlich weniger Betriebe konzentriert, als dies für den Beschäftigungsverlust zutrifft.¹⁴

- 58 Prozent des Beschäftigungsverlustes fanden 1995/96 in einem Prozent der Betriebe statt; 81 Prozent in fünf Prozent der Betriebe. 1996 fanden 42 Prozent des Beschäftigungszuwachses in einem Prozent der Betriebe statt; 76 Prozent in fünf Prozent der Betriebe.
- Im Jahr 2000 verringert sich der Anteil des Beschäftigungsabbaus in einem Prozent der Betriebe auf 47 Prozent. Im Jahr 2000 waren es bei einem Prozent der Betriebe lediglich 32 Prozent des Beschäftigungszuwachses; bei fünf Prozent der Betriebe 66 Prozent des Beschäftigungszuwachses.
- In der baden-württembergischen Industrie wurde vergleichsweise auch 1995/1996 und 1996/1997 eine viel niedrigere Konzentration festgestellt: etwa 25 Prozent bis 29 Prozent des Beschäftigungsverlustes findet in einem Prozent der Betriebe statt; etwa 51 Prozent bis 54 Prozent in fünf Prozent der Betriebe. Etwa 25 Prozent des Beschäftigungszuwachses findet in einem Prozent der Betriebe statt; etwa 50 Prozent in fünf Prozent der Betriebe (vgl. Strotmann, H., 1999).

Unterscheidet man nach **weitermeldenden Betrieben** und **Betriebsgründungen bzw. -schließungen**, ergibt sich allerdings ein differenziertes Bild. So sind die Entwicklungen der Konzentration des Beschäftigungsverlustes durch Betriebsschließungen und der Konzentration in schrumpfenden Betrieben gegenläufig.

¹³ Der Gini-Koeffizient liegt jährlich um 90 Prozent über die ganze Periode.

¹⁴ Der Gini-Koeffizient ist im Jahr 2000 etwa gleich hoch wie im Jahr 1995, er erreicht für die Konzentration des Beschäftigungsverlustes knapp 0,93 (1995: 0,95) und für die Konzentration des Beschäftigungszuwachses 0,93 (1995: 0,89).

Entwicklung der relativen Konzentration des Beschäftigungsverlustes der Industriebetriebe

In ... Prozent aller Betriebe mit größtem Beschäftigungsverlust	Anteil an Beschäftigungsverlust insgesamt				
	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/2000
	Prozent				
1 Prozent	58	49	53	51	47
5 Prozent	81	79	81	78	77
Gini-Koeffizient	0,95	0,94	0,94	0,93	0,93
In ... Prozent der schrumpfenden Betriebe mit größtem Beschäftigungsverlust	Anteil an Beschäftigungsverlust in schrumpfenden Betrieben				
	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/2000
	Prozent				
1 Prozent	52	39	36	38	21
5 Prozent	68	60	61	59	48
Gini-Koeffizient	0,83	0,76	0,77	0,75	0,69
In ... Prozent der Betriebsschließungen mit größtem Beschäftigungsverlust	Anteil an Beschäftigungsverlust durch Betriebsschließungen				
	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/2000
	Prozent				
1 Prozent	23	10	26	19	36
5 Prozent	37	31	42	41	54
Gini-Koeffizient	0,63	0,62	0,65	0,70	0,75

- ❑ Die Konzentration des Beschäftigungsverlustes in den schrumpfenden Betrieben ist 2000 im Vergleich zu 1996 stark gesunken (Gini-Koeffizient: 0,83; 0,69).
- ❑ Dem entgegen ist die Konzentration des Beschäftigungsverlustes durch Betriebsschließungen leicht gestiegen (Gini-Koeffizient: 0,63; 0,75).¹⁵
- ❑ Die Erhöhung der Konzentration beim Beschäftigungsverlust durch Betriebsschließungen lässt sich aber nur schwer interpretieren. Die Ursachen dieser

Erhöhung der Konzentration müssen in späteren Analysen gesondert ergründet werden.

Bei den schrumpfenden Betrieben lässt sich aber feststellen, dass 52 Prozent der entlassenen tätigen Personen im Jahr 1996 ihre Arbeit in einem Prozent der schrumpfenden Betriebe verloren; knapp 68 Prozent in fünf Prozent der Betriebe. Im Jahr 2000 hingegen wurden nur 21 Prozent der tätigen Personen in einem Prozent der Betriebe und 48 Prozent in fünf Prozent der Betriebe entlassen.

Die starke Abnahme der Konzentration beim Beschäftigungsverlust in schrumpfenden Betrieben weist somit auf die bereits erwähnte **Änderung der Beschäftigungsdynamik** und die Konsolidierung der schon bestehenden Betriebe hin. Die Phase des massiven Abbaus ist allmählich vorüber.

¹⁵ Bei den Betriebsschließungen sind im Jahr 2000 36 Prozent der abgebauten Arbeitsplätze in einem Prozent der Betriebe (statt 1995 23 Prozent) und fast 54 Prozent in fünf Prozent der Betriebe (statt 1995 etwa 37 Prozent) verlorengegangen. Allerdings sind diese starken Anstiege für das Jahr 2000 auf das Verschwinden eines großen Betriebs zurückzuführen. Von 1997 bis 1999 variiert der Anteil der abgebauten Arbeitsplätze in einem Prozent der Betriebe sehr stark (zwischen 10 und 23 Prozent).

Die genauere Betrachtung dieser Betriebe, in denen der größte Beschäftigungsabbau stattgefunden hat, liefert darüber zusätzliche Hinweise.

Betrachtet man den **einprozentigen Anteil der schrumpfenden Betriebe**, die den Beschäftigungsverlust (1996: 52 Prozent) verursacht haben, stellt man fest, dass es sich im Jahr 1996 fast ausschließlich um 7 sehr große Betriebe (über 1000 Arbeitsplätze) handelt. Nur ein Betrieb beschäftigt im Jahr 1995 800 Personen. Betrachtet man den einprozentigen Anteil der schrumpfenden Betriebe über die Jahre, findet man diese Betriebe sehr oft wieder. Die **Rationalisierung und Umstrukturierung** dehnt sich über mehrere Jahre aus: So weisen sechs von diesen Betrieben auf den höchsten Beschäftigungsabbau über mehrere Jahre hin.

Erstmals lässt sich im Jahr 2000 allerdings gleichzeitig bei dem einprozentigen Anteil der Betriebe mit dem höchsten Beschäftigungsabbau an der gesamten Zahl der schrumpfenden Betriebe feststellen, dass die Anzahl an sehr großen Betrieben auf den bisher niedrigsten Stand (nur 2 von 8) gesunken ist und dass die Zahlen der abgebauten Arbeitsplätze in den jeweiligen Betrieben unter 200 Arbeitsplätzen liegen.

Betrachtet man die **Konzentration des Beschäftigungszuwachses**, so lässt sich kein einheitliches Bild erkennen. Über die Periode 1996 bis 2000 finden 14 bis 17 Prozent des jährlichen Beschäftigungszuwachses in einem Prozent der wachsenden Betriebe bzw. 8 bis 10 Prozent (außer im Jahr 1996: 25 Prozent) in einem Prozent der Betriebsgründungen statt.

Entwicklung der relativen Konzentration des Beschäftigungszuwachses					
In ... Prozent aller Betriebe mit größtem Beschäftigungszuwachs	Anteil an Beschäftigungszuwachs insgesamt				
	Prozent				
	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/2000
1 Prozent	42	32	30	29	32
5 Prozent	76	70	65	66	66
Gini-Koeffizient	0,93	0,93	0,91	0,91	0,89
In ... Prozent der wachsenden Betriebe mit größtem Beschäftigungszuwachs	Anteil an Beschäftigungszuwachs in wachsenden Betrieben				
	Prozent				
	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/2000
1 Prozent	15	16	14	14	17
5 Prozent	40	37	34	35	40
Gini-Koeffizient	0,63	0,62	0,60	0,61	0,64
In ... Prozent der Betriebsgründungen mit größtem Beschäftigungszuwachs	Anteil an Beschäftigungszuwachs durch Betriebsgründungen				
	Prozent				
	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/2000
1 Prozent	25	10	8	11	10
5 Prozent	44	28	35	33	37
Gini-Koeffizient	0,70	0,58	0,68	0,64	0,68

Betrachtet man den **einprozentigen Anteil der wachsenden Betriebe**, die den höchsten absoluten Beschäftigungsbeitrag leisten, wird deutlich, dass die sehr großen Betriebe (über 1 000 tätige Personen) einen wesentlich bescheideneren Beitrag zum Beschäftigungszuwachs

denen Beitrag zum Beschäftigungszuwachs leisten. So ist dies in den jeweiligen Jahren zwischen 1996 und 2000 (außer 1999) nur 1 Betrieb von etwa 5 bis 8 Betrieben. Im Jahr 1999 beschäftigen zwei von sieben Betrieben mehr

als 1000 Personen. Etwa die Hälfte der Betriebe sind in den jeweiligen Jahren Betriebe mit höchstens 250 tätigen Personen. Der höchste absolute Beschäftigungszuwachs in den jeweiligen Jahren wird zweimal (1999 und 2000) von einem Betrieb aus dem Mittelstand (bis zu 250 tätigen Personen) oder von einem Betrieb mit höchstens 400 tätigen Personen erzielt.

Betrachtet man nicht mehr die absoluten Beschäftigungszuwächse in den Betrieben mit den höchsten Beschäftigungsbeiträgen, sondern die relativen Beschäftigungszuwächse, stellt man somit für die Betriebe mit mehr als 1 000 tätigen Personen eine Zuwachsrate von etwa 3 bis 6 Prozent, für Betriebe mit 500 bis 999 tätigen Personen eine Zuwachsrate von 10 bis 20 Prozent, für Betriebe mit 250 bis 499 Personen eine Zuwachsrate von 15-50 Prozent, für Betriebe mit 100 bis 249 Personen eine Wachstumsrate von 20 bis 90 Prozent sowie für Betriebe mit bis zu 99 tätigen Personen eine Wachstumsrate von etwa 70 bis 550 Prozent fest.

Diese Ergebnisse geben nur erste Hinweise auf die Betriebe mit den größten Beschäftigungszuwächsen. Zukünftig soll der Beschäftigungsbeitrag von Betrieben nach der Betriebsgröße, nach dem Wirtschaftszweig und den regionalen Merkmalen gründlich untersucht werden.

6 Schlussfolgerung

Der jährliche Beschäftigungsrückgang in der Periode 1995 bis 1999 und insbesondere der starke Beschäftigungsrückgang 1996 sind aus einem großen Nettoarbeitsplatzverlust in den bestehenden Industriebetrieben zu erklären.

In der Tat steigen zum einen die Beschäftigungszuwächse in den schon bestehenden Betrieben zwar jährlich, aber reichen bei weitem nicht aus, um diese starken Verluste zu kompensieren. Die jährlichen Beschäftigungsverluste durch Betriebsschließungen werden zum anderen stets von den jährlichen Beschäftigungszuwächsen durch Betriebsgründungen überwogen.

Im Jahr 2000 wird aber scheinbar eine Etappe im Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft sowie im fortschreitenden Strukturwandel in der Brandenburger Industrie beendet. Bei den schon bestehenden Industriebetrieben findet eine Konsolidierung statt: Der Beschäftigungsverlust in den schon existierenden Betrieben geht 2000 rasch zurück, wobei die wachsenden Betriebe ihren höchsten Beitrag zum Beschäftigungszuwachs über die gesamte Periode 1995 bis 2000 leisten.

Angesichts der hohen Arbeitsplatzverluste durch Betriebs-schließungen findet im Jahr 2000 dennoch kein eindeutiges, aber immerhin das erste positive Nettobeschäftigungswachstum (+0,3 Prozent) in der Brandenburger Industrie statt. Weiterhin liefert die Analyse der Konzentration des Beschäftigungsverlusts auf einzelne Betriebe weitere Hinweise zum Konsolidierungsprozess der Brandenburger Industriebetriebe im Jahr 2000.

Perspektivisch wäre es interessant, spezifische Muster der Beschäftigungsdynamik nach Betriebsgröße sowie nach Wirtschaftszweigen und nach regionalen Merkmalen zu untersuchen.

*Laurence Rambert
Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie
der Universität Potsdam*

Literaturhinweise:

Bartels, K./ Geppert, F./ Rambert, L. (2000): Projektskizze einer Zusammenarbeit von Universität und amtlicher Statistik, Arbeitspapier, Potsdam

Katke, C. (2000): Ist das Unternehmensregister wirklich die Wunderwaffe der Statistik? In: Daten und Analysen Nr. 1/2000, Schriftenreihe des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Potsdam, S. 27-36.

Konings, J. / Walsh, P.P. (1999): Disorganization in the Process of Transition, Firm-level Evidence from Ukraine. In European Bank for Reconstruction and Development (Hrsg.): Economics of Transition, Volume 7 (1), Oxford, S. 29-46.

OECD (1987): The Process of Job Creation and Job Destruction. In: The OECD Employment Outlook, Paris, S. 98-124.

Rambert, L./ H.J. Hoffmann (2001): Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft. In: Daten und Fakten Nr. 1, Magazin des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg, Potsdam, S. 23-25.

Rambert, L./ Strohe, H.G. (2001): Analyse der Beschäftigungsentwicklung in Brandenburger Betrieben anhand Paneldaten der amtlichen Statistik – Erste Ergebnisse. In Schasse/Wagner (Hrsg.): Regionale Wirtschaftsanalysen mit Betriebspaneldaten, Ansätze und Ergebnisse, NIW Vortragsreihe, Bd. 14, Hannover, S. 23-46.

Rönz, B. / Strohe, H.G. [Hrsg.] (1994): Lexikon Statistik (Autoren: P. Eckstein, W. Götze, F. Hartl, B. Rönz, H.G. Strohe), Wiesbaden.

Strotmann, H. (1999): Zur Schaffung und zum Abbau von Arbeitsplätzen in der baden-württembergischen Industrie in den Jahren 1995 bis 1997. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 2/99, S. 63-69.

Volkman, S. (2001): Unternehmensregister in Niedersachsen: Aufbau Stand Perspektive. In Schasse/Wagner (Hrsg.): Regionale Wirtschaftsanalysen mit Betriebspaneldaten, Ansätze und Ergebnisse, NIW Vortragsreihe, Bd. 14, Hannover, S. 183-197.

Wagner, J. (2000): Arbeitsplatzdynamik in den Industriebetrieben in Mecklenburg-Vorpommern 1995-1998, Arbeitsberichte des Fachbereiches Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg.

Exkurs: Methodik der Job-Turnover-Analyse

Bei der Job-Turnover-Analyse (OECD, 1997) handelt es sich hauptsächlich darum, die Nettobeschäftigungsveränderung in die nach verschiedenen betrieblichen Merkmalen definierten Beschäftigungsströme zu zerlegen. Im Rahmen dieser Veröffentlichung wird den Betrieben jedes Jahr erneut ein Betriebstyp zugeordnet, je nachdem wie sich ihre Beschäftigung im Jahr t (Berichtsjahr) im Vergleich zum Jahr $t-1$ (Basisjahr) entwickelt hat. Dabei werden **fünf Betriebstypen** definiert:

- ❑ (Beschäftigungs-)wachsende Betriebe: Betriebe, die wenigstens je einmal in den Jahren $t-1$ und t meldeten und dabei eine Erhöhung der Zahl der tätigen Personen verzeichneten.
- ❑ Schrumpfende Betriebe: Betriebe, die wenigstens je einmal meldeten und dabei eine Verringerung der Zahl der tätigen Personen verzeichneten.
- ❑ Konstante Betriebe: Betriebe, die wenigstens je einmal meldeten und zwar jeweils dieselbe Zahl der tätigen Personen meldeten.
- ❑ Betriebsgründungen: Betriebe, die kein einziges Mal im Jahr $t-1$ und wenigstens einmal im Jahr t gemeldet haben. (etwa die Neugründungen und zugezogenen Betriebe)
- ❑ Betriebsschließungen: Betriebe, die wenigstens einmal im Jahr $t-1$ und kein einziges Mal im Jahr t gemeldet haben. (etwa die „echten“ Schließungen und die fortgezogenen Betriebe)

Nach dieser Einstufung wird die **Zahl der konstanten Betriebe** tendenziell unterschätzt, da lediglich Betriebe, die exakt die gleiche Zahl der tätigen Personen aufweisen, als konstante Betriebe eingestuft werden. Es wurde eine Analyse mit einer anderen Klassifizierung vorgenommen, wobei Betriebe bei einer Schwankung um ± 1 Prozent der Zahl der tätigen Personen als konstante Betriebe erfasst wurden. Die Ergebnisse weisen allerdings auf keine eindeutigen Unterschiede hin und führen zu einer ähnlichen wirtschaftlichen Interpretation.

Kennt man die Nettobeschäftigungsveränderung ΔB in Brandenburg in einem Jahr, wird es interessant, zu untersuchen, wie diese Beschäftigungsveränderung entstanden ist. Im weiteren Verlauf dieses Abschnitts werden zur Verdeutlichung alle Beschäftigungsströme in absoluten Beträgen behandelt.

Zum einen wird die Nettoveränderung der Beschäftigung in Brandenburger Betrieben in den Beitrag NV_w zur Beschäftigungsveränderung der schon existierenden Industriebetriebe sowie in den Beitrag NV_{nv} der Betriebsgrün-

dungen und Betriebsschließungen zerlegt. Dabei stehen zwei wirtschaftliche Grundfragen im Vordergrund:

- ❑ die Frage nach dem **Standort** Brandenburg und
- ❑ die Beurteilung des **Konsolidierungsprozesses** der Brandenburger Betriebe.

Bei der Frage des Standorts wird natürlich der Saldo von Neugründungen und Zuzügen (etwa die Zahl der tätigen Personen durch „Betriebsgründungen“) und von Schließungen und Wegzügen (etwa die Zahl der tätigen Personen durch „Betriebsschließungen“) genauer beobachtet, um eine Beurteilung der Attraktivität Brandenburgs als Standort zu ermitteln. Die Differenzierung nach zugezogenen Betrieben und Neugründungen (bzw. fortgezogenen Betrieben und Betriebsschließungen) ist zur Zeit nicht möglich.

Das **Unternehmensregister** ermöglicht zur Zeit lediglich die Identifizierung der gemeldeten Betriebswegzüge: Diese Zahl schwankt zwischen 1 bis 7 Betriebe in der Periode 1996 bis 1999. Ergänzend stellt sich im Transformationsprozess die Frage nach dem schwierigen Überleben schon vorhandener Industriebetriebe:

$$\Delta B = NV_{nv} + NV_w$$

Zum anderen kann man die **Nettoveränderung der Beschäftigung** in Brandenburg aus der Zusammenstellung zweier Ströme präsentieren: einerseits der Bruttogewinn der Arbeitsplätze (BG) in wachsenden Betrieben oder durch Betriebsgründungen, andererseits der Bruttoverlust (BV) von Arbeitsplätzen in schrumpfenden Betrieben und durch Betriebsschließungen.

$$\Delta B = BG - BV$$

Dabei geht es hauptsächlich darum, einen Eindruck über das Ausmaß der Beschäftigungsströme zu gewinnen. Weiterhin kann man die verschiedenen Ströme in ihre einzelnen **Bestandteile** disaggregieren. Bei der Betrachtung arbeitsplatzschaffender Betriebe (Bruttogewinn BG) kann man z. B. untersuchen, in welchem Ausmaß sich der Beschäftigungsaufbau auf den Beschäftigungszuwachs der in der Vorjahresperiode schon existierenden beschäftigungswachsenden Betriebe ΔB_w oder auf den Arbeitsplatzgewinn durch Betriebsgründungen ΔB_n zurückführen lässt. Die **Nettobeschäftigungsveränderung** ergibt sich somit aus den nach Betriebstypen aufgeteilten Beschäftigungsströmen: durch wachsende Betriebe ΔB_w , durch Betriebsgründungen ΔB_n , durch schrumpfende Betriebe ΔB_s und durch Betriebsschließungen ΔB_v .

$$\Delta B = \Delta B_w + \Delta B_n - \Delta B_s - \Delta B_v \quad (\text{mit } \Delta B_n = B_n \text{ und } \Delta B_v = B_v)$$

Diese verschiedenen Veränderungen, indiziert mit dem Berichtszeitraum t , kann man jeweils auch im Verhältnis zur gesamten Beschäftigung im Basiszeitraum t ausdrücken.

$$db_t = \frac{\Delta B_t}{B_{t-1}} = \frac{\Delta B_{w,t}}{B_{t-1}} + \frac{\Delta B_{N,t}}{B_{t-1}} - \frac{\Delta B_{S,t}}{B_{t-1}} - \frac{\Delta B_{V,t}}{B_{t-1}}$$

Dabei ist db_t die Wachstumsrate der Beschäftigung. Die relativen Beschäftigungsbeiträge durch die jeweiligen wachsenden ($\Delta B_{w,t} / B_{t-1}$), schrumpfenden ($\Delta B_{S,t} / B_{t-1}$) bzw. Betriebsgründungen ($\Delta B_{N,t} / B_{t-1}$) und Betriebsschließungen ($\Delta B_{V,t} / B_{t-1}$) werden in Anlehnung an den **Begriff der Job-Turnover-Rate** im folgenden als Rate des Beschäftigungszuwachses bzw. -rückgangs bezeichnet. Damit verschafft man sich einen Blick auf die Ströme, die sich hinter der daraus resultierenden Nettobeschäftigungsveränderung verbergen.

Zur **Einschätzung der Beschäftigungsfuktuation** wird üblicherweise der Job-Turnover aus der Summe der Bruttobeschäftigungszuwächse (wachsende Betriebe oder Betriebsgründungen) und der Bruttobeschäftigungsrückgänge (schrumpfende Betriebe bzw. Betriebsschließungen) berechnet.

$$JT = BG + BV$$

Zur Ermittlung des Fluktuationsgrades eignet sich die **Job-Turnover-Rate (jt)**, die als Quotient des Job-Turnover durch das Beschäftigungsniveau des Basisjahres $t-1$ definiert ist. Somit hat man den Anteil der im Jahr neuentstandenen oder verschwundenen Arbeitsplätze an dem Beschäftigungsniveau des Vorjahres gemessen. Normiert man den Job-Turnover an der Nettobeschäftigungsveränderung durch Division, erhält man den sogenannten Turbulenzindikator, eine Art Variationskoeffizient, der eine Aussage unter Berücksichtigung der Größenordnung der Nettoveränderung ermöglicht:

$$TI = \frac{JT}{|\Delta B|} = \frac{jt}{|dbl|}$$

Hierdurch ist auch ein aussagekräftiger Vergleich über die Jahre hinweg möglich. Erhält man einen **Turbulenzindikator** mit dem Wert 1, so heißt dies, dass es keine einander kompensierenden Bewegungen gab: Es gab ausschließlich entweder Beschäftigungszuwächse oder Beschäftigungsrückgänge. Ein Wert von 3 weist z. B. darauf hin, dass die Bruttoströme (Job-Turnover) die Nettobeschäftigungsveränderung um das Zweifache übersteigen. Man hätte auch die gleiche Veränderung der Zahl der tätigen Personen mit nur halb so starken Beschäftigungsströmen beobachten können.

Allerdings muss auf **Interpretationsschwierigkeiten** hingewiesen werden, die hauptsächlich in den vorhandenen Daten begründet sind. Bei der Interpretation sollte insbesondere auf folgende Aspekte Rücksicht genommen werden:

- Bei den Jahresmeldern handelt es sich - wie schon erwähnt - nur um Betriebe der Industrie ohne Handwerk, wohingegen unter den Monatsmeldern alle Betriebe einschließlich Handwerk erfasst sind.
- Bei einer Schwerpunktverlagerung der betrieblichen Tätigkeit in einen Wirtschaftszweig außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes wird ein Betrieb als Betriebsschließung erfasst. Verlegt ein Betrieb den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit in das Verarbeitende Gewerbe, wird dieser Betrieb analog als Betriebsgründung eingestuft. Diese Verzerrung ist allerdings minimal. Es handelt sich zwischen 1996 und 1999 um höchstens fünf Betriebe im Jahr. (Vgl. Rambert/ Strohe (2001), S. 39-44)
- Aufgrund der 1995 in ganz Deutschland durchgeführten Handwerkszählung tritt 1997 mit der Erfassung zahlreicher Handwerksbetriebe ein Sprung in der Zahl der Betriebsgründungen auf.
- Betriebsschließungen (bzw. Betriebsgründungen) umfassen die Zahl der „echten“ Betriebsschließungen (bzw. „echten“ Betriebsgründungen), die Zahl der weggezogenen Betriebe (bzw. zugezogenen Betriebe) und die Zahl der Ausgründungen.

Soweit Zusatzinformationen zu den hier erwähnten Verzerrungen vorliegen, wird bei der Interpretation darauf hingewiesen.¹⁶ Die statistischen Landesämter in Europa und in Deutschland bemühen sich, beim Aufbau eines Unternehmensregisters vorhandene Informationen zu verknüpfen, die die Schwierigkeiten bei der Nachvollziehbarkeit von Betriebsdaten zukünftig vermeiden könnten.¹⁷

¹⁶ Dabei danken wir besonders der Dezernatsleiterin „Unternehmensregister, Industriestatistik“ Frau Katke für die ausführlichen Hinweise auf diese Interpretationsschwierigkeiten und der Verantwortlichen für Industriestatistik Frau Cichos, die äußerst nützliche Unterlagen mit Zusatzinformationen bereitgestellt hat. Allerdings wird im Rahmen dieser Veröffentlichung keine ausführliche Erläuterung der Verzerrungen vorgenommen. Die Veröffentlichung Rambert/ Strohe (2001) bietet eine ausführliche Präsentation der Verzerrungen. Es handelte sich dabei allerdings um eine Analyse mit den Betriebsfächteilen: Beim Wechsel der Schwerpunktverlagerung der wirtschaftlichen Tätigkeit innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes wurde ein Betrieb auch als „neuauftretender“ Betrieb (bzw. in dieser Veröffentlichung Betriebsgründung) eingestuft.

¹⁷ Vgl. Katke (2000) und Volkmann (2001).

Vom Bruttoinlandsprodukt zum verfügbaren Haushaltseinkommen

Eine kurze Analyse zum Zusammenhang von gesamtwirtschaftlicher Leistung und Einkommen aus Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Mehrfach wurde bereits im vergangenen Jahr in den einschlägigen Veröffentlichungen der amtlichen Statistik wie auch im Rahmen der Schriftenreihe Daten + Analysen des LDS Brandenburg über neue Begriffe und Zusammenhänge im komplexen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, über die neue Wirtschaftssystematik bzw. neue strukturelle Perspektiven zur Gesamtwirtschaft oder etwa über die Ergebnisse nach neuer Systematik berichtet (vgl. auch Daten + Analysen: Hefte 4/1999, 2/2000, 4/2000, 1/2001). In Ergänzung der bisherigen Informationen soll der folgende Beitrag den Zusammenhang der wichtigsten Komponenten bzw. Aggregate des neuen „Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG '95)“ etwas näher beleuchten. In diesem Zusammenhang liegt es insbesondere nahe, den Weg zwischen der Entstehung der gesamtwirtschaftlichen Leistung, dargestellt am Bruttoinlandsprodukt, bis zur Verteilung der erwirtschafteten Einkommen, d. h. speziell bis an die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, anhand der zum Teil geänderten Terminologie zu verfolgen. Sämtliche im folgenden Beitrag verwendeten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1999 und den entsprechen dem Berechnungsstand Oktober 2000. Sie sind der Fachserie 18, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1999 des Statistischen Bundesamtes entnommen.

Neue Terminologie löst viele gewohnte Bezeichnungen ab

Mit der sukzessiven **Harmonisierung** teilweise divergierender einzelstaatlicher Regelungen und der fortschreitenden Anpassung dieser „nationalen Besonderheiten“ an europaweit gültige Normen ist - wie erste Erfahrungen belegen - auch mancherlei Gewöhnungsbedarf verbunden. So müssen mitunter auch im breiten Raum der amtlichen Statistik altgewohnte Begriffe und Definitionen „über Bord geworfen“ werden, während an ihrer Stelle bislang fremde Bezeichnungen und Nomenklaturen Einzug in die Publikationen und den „allgemeinen Sprachgebrauch“ der Statistischen Ämter halten.

Nicht nur der „Bürger auf der Straße“ hat als interessierter Beobachter der statistischen Datenlandschaft unter derartigen Imponderabilien zu leiden. Auch die im Umgang mit dem „**volkswirtschaftlichen Rechnungswesen**“ erfahrenen und in Bezug auf diese (oft etwas exotisch anmutende) statistiknahe Materie „eingefleischten“ Spezialisten selbst, darunter auch die Datenproduzenten, tun sich oft nicht gerade leicht angesichts der Vielschichtigkeit und der Vermengung konzeptioneller, begrifflicher, definitorischer und substanzieller Umstellungen.

Die an komplexen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen orientierte empirische Wirtschaftsforschung kennt eine ganz spezielle statistische Zunft: die **Volkswirtschaftlichen Gesamtrechner**. Sie haben die Aufgabe, übergreifende ökonomische Zusammenhänge, Sachverhalte, Geschehnisse und Entwicklungen in Zahlen zu fassen, sie als monetäre Stromgrößen zu quantifizieren. Als Resultat ergaben sich bislang beispielsweise auch die Daten zum Bruttosozialprodukt oder zum Volkseinkommen - zwei Begriffe, die nunmehr „zum Aussterben verurteilt“ sind. Das Bruttosozialprodukt existiert zwar weiter, allerdings unter der bislang in den deutschen Sozialproduktsberechnungen (!) unbekannten Bezeichnung „**Bruttonationaleinkommen**“.

Natürlich bleiben viele, um nicht zu sagen die meisten, Kenngrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in ihrer Bezeichnung auch weiterhin erhalten, wie etwa das **Bruttoinlandsprodukt**, die **Bruttowertschöpfung** oder das **verfügbare Einkommen**. Das garantiert jedoch keineswegs, dass ihr Begriffsinhalt und ihr Aussagegehalt völlig unverändert geblieben sind und exakt mit dem früher darunter Verstandenen übereinstimmen.

Vorsicht aufgrund geänderter Definitionen und Begriffsinhalte

Wären nicht auch die „alten“ und die „neuen“ Zahlen dem Niveau nach sehr unterschiedlich, so bliebe es wohl nur dem sehr gut informierten Betrachter vorbehalten zu erkennen, dass sich die prioritär gebrauchten **Bruttowertschöpfungs-Definitionen** recht deutlich unterscheiden:

- Nunmehr wird die **Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen** dargestellt, während früher ihre Bewertung zu Marktpreisen im Vordergrund stand - zumindest wenn es darum ging, die Wirtschaftsleistung sektoral zu differenzieren.

Dem zahlenmäßigen Niveau nach unterscheidet beide **Preiskonzepte** hier ein DM-Betrag in zweistelliger Milliardenhöhe. Anders als nach Marktpreiskonzept sind in den Herstellungspreisen nämlich keinerlei Gütersteuern berücksichtigt, d. h. neben den Importabgaben und der nichtabziehbaren Umsatzsteuer bleiben auch die sog. sonstigen Gütersteuern (speziell die Verbrauchsteuern),

welche pro Einheit einer bestimmten Ware zu entrichten sind, außen vor. Sie haben mit dem Preis der Herstellung eines Wirtschaftsguts nichts zu tun.

Demgegenüber finden **Gütersubventionen** (gezahlt ebenfalls je Einheit einer bestimmten Ware oder Dienstleistung) - anders als bisher - Berücksichtigung in den Herstellungspreisen. Gütersubventionen sind also herstellungspreisrelevant; ihre „(markt)preismindernde Wirkung“ ist durch das Herstellungspreiskonzept aufgehoben. Man könnte auch sagen: eine staatliche Subvention „verfälscht“ nicht die Herstellungspreise, sondern reduziert „nur“ deren Markt- oder Verkaufspreis.

Entsprechend umgekehrt verhält es sich bei den **Verbrauchssteuern**: sie erhöhen den Verkaufs- oder Marktpreis, nicht jedoch den Herstellungspreis einer Ware oder Dienstleistung.

Dieser Betrachtungsweise wird durch das neue Bewertungskonzept also besser Rechnung getragen als früher.

Zusammenhang zwischen Faktorkosten-, Herstellungspreis- und Marktpreiskonzept					
Produktions- und Importabgaben				Subventionen	
Gütersteuern			sonstige Produktions- abgaben	Güter-subventionen	sonstige Subventionen
Mehrwert-steuer	Import-abgaben	sonstige Gütersteuern			
				Faktorkosten	
			Herstellungspreise		-
		Marktpreise (Bruttowertschöpfung / BWS)		-	
Marktpreise (Bruttoinlandsprodukt / BIP)				-	-
Erläuterung: Die dunkel hinterlegten Flächen kennzeichnen die im jeweiligen Preiskonzept berücksichtigten Komponenten (Abgabe- / Subventionsarten)					

Vom Bruttoinlandsprodukt über die Brutto- zur Nettowertschöpfung

Da die **sonstigen Gütersteuern** - anders als bisher - nicht mehr in der Bruttowertschöpfung enthalten sind, nach wie vor jedoch einen Bestandteil des Bruttoinlandsprodukts darstellen, ergibt sich nach neuer Definition eine sehr viel höhere Differenz zwischen Inlandsprodukt und Wertschöpfung. Saldiert mit den Gütersubventionen erreichen die Gütersteuern nunmehr (netto) einen Betrag von 395,68 Milliarden DM; dies entspricht einem Anteil von über 10 Prozent am Bruttoinlandsprodukt bzw. einem 11,4 prozentigen Aufschlag auf die Bruttowertschöpfung zu Herstellungskosten. Früher war die Differenz zwischen den beiden dominanten Bruttoleistungsgrößen aufgrund der korrespondierenden, jeweils am Marktpreiskonzept orientierten Bewertungskonzepte noch deutlich geringer.

Nach Abzug der für den produktionsbedingten Werteverzehr angesetzten **Abschreibungen** (570,19 Milliarden DM) von der Bruttowertschöpfung resultiert - wie schon nach bisherigem Konzept - die **Nettowertschöpfung**, welche gemäß den Vorschriften des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG '95) ebenfalls zu Herstellungskosten auszuweisen ist. Sie bewegt sich auf dem Niveau der bisherigen Nettowertschöpfung zu Faktorkosten, da diese beiden Preiskonzepte sich nur durch den relativ geringen Saldo aus „sonstigen Produktionsabgaben“ und „sonstigen Subventionen“ (20,05 Milliarden DM) unterscheiden. Die Bruttowertschöpfung zu Herstellungskosten erreichte einen Betrag von 3 481,52 Milliarden DM, zu Faktorkosten wären es 3 461,47 Milliarden DM.

Warum nun die neuartige **Differenzierung zwischen den einzelnen Produktionsabgaben und Subventionen**? Im Unterschied zu den Gütersteuern bzw. -subventionen bleiben die sogenannten „sonstigen Produktionsabgaben“ bzw. Subventionen“ unabhängig von der mengenmäßigen Produktion; sie beziehen sich vielmehr auf jeweils „übergeordnete“ Aspekte, z. B. die Produktionstätigkeit eines Unternehmens an sich oder bestimmte (als förderungswürdig erachtete) Umstände dieser Tätigkeit, etwa Maßnahmen zur Verringerung der Umweltbelastung oder zur Beschäftigungsförderung bestimmter (z. B. auf dem Arbeitsmarkt benachteiligter) Personengruppen.

Einen **quantitativen Gesamtüberblick** und eine kurzgefasste tabellarische Veranschaulichung der Zusammenhänge der einzelnen Aggregate gibt die folgende Aufstellung. Zugrunde gelegt ist dabei wiederum das Zahlenmaterial der nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wie es vom Statistischen Bundesamt zum Berechnungsstand Oktober 2000 veröffentlicht wurde (Fachserie 18, Reihe 1.3, 1999):

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	3 877,20 Milliarden DM
- Gütersteuern	415,83 Milliarden DM
+ Gütersubventionen	20,15 Milliarden DM
= Bruttowertschöpfung zu Herstellungskosten	3 481,52 Milliarden DM
- Abschreibungen	570,19 Milliarden DM
= Nettowertschöpfung zu Herstellungskosten	2 911,33 Milliarden DM
- Sonstige Produktionsabgaben	79,24 Milliarden DM
+ Sonstige Subventionen	59,19 Milliarden DM
= Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2 891,28 Milliarden DM

Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten als Verteilungsspielraum einer Volkswirtschaft

Die **Nettowertschöpfung zu Faktorkosten** findet im ESVG '95 keine ausdrückliche Erwähnung. Nichtsdestoweniger stellt sie ein wesentliches Bindeglied zwischen der **Entstehungsrechnung** und der **Verteilungsrechnung** dar, da sie weder basispreiserhöhende Elemente, wie sie Produktions- und Importabgaben darstellen, beinhaltet, noch marktpreisvermindernde Eingriffe des Staates berücksichtigt. Vielmehr wird „so getan“, als würde keinerlei Besteuerung bzw. Subventionierung von Produkten und Produktionsaktivitäten erfolgen. Gemäß Faktorkostenkonzept fällt die Bewertung der gesamten Wertschöpfung also entsprechend dem Umfang sämtlicher

Subventionen höher, entsprechend dem Umfang aller Produktions- und Importabgaben niedriger aus als nach Marktpreiskonzept. Die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Preiskonzepten und ihre charakteristischen Steuer- bzw. Subventionsbestandteile wurden bereits im vorangegangenen Schaubild dargestellt.

Die **monetären Effekte** der staatlichen Eingriffe in die (Markt)preisgestaltung über Produktions- und Importabgaben einerseits und Subventionen andererseits gehen im volkswirtschaftlichen Kreislaufsystem nicht verloren, sondern saldieren sich zu einer **„Einkommens“-Komponente** des Staatssektors und versetzen diesen mitunter in die Lage, die Bereitstellung seines Dienstleistungsangebots zu finanzieren.

Die Spielräume einer Volkswirtschaft, das insgesamt im Produktionsprozess erwirtschaftete Einkommen zu verteilen, sind jedoch grundsätzlich durch die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten abgesteckt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den **Entgelten der Arbeitnehmer** (Bruttolöhne und -gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) einerseits und den Einkommen der Selbständigen (freie Berufe, Einzelfirmen, OHG's usw.) und dem Betriebsüberschuss der Kapitalgesellschaften (einschl. sog. „Quasikapitalgesellschaften“) andererseits.

Dazu korrespondierend lauteten die früheren Bezeichnungen zum einen **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** und zum anderen **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen**. Beide Teilkomponenten der Nettowertschöpfung beziehen sich nach wie vor auf den Ort ihrer Entstehung, also das Inland bzw. die im Inland befindlichen „Produktionsstätten“.

Die **quantitative Bedeutung** gibt folgender Vergleich wieder.

Arbeitnehmerentgelt	2 062,25 Milliarden DM, (71,3 Prozent)
+ Betriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen	829,03 Milliarden DM, (28,7 Prozent)
= Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2 891,28 Milliarden DM, (100,0 Prozent)

Zielt man auf eine inländische Betrachtungsweise ab und stellt dabei die Frage der Empfänger dieser Einkommensgrößen in den Vordergrund, so müssen die in die „übrige Welt“ abfließenden Gelder (z.B. aus selbständiger oder unselbständiger Berufstätigkeit oder Aktienbesitz von Ausländern im Inland) abgezogen werden und die von außen an inländische Privatpersonen oder Institutionen fließenden Arbeitnehmer-, Selbständigen- und Vermögenseinkommen hinzugerechnet werden.

Die Berücksichtigung der Erwerbseinkommen ein- bzw. auspendelnder Arbeitnehmer modifiziert das im Inland erzielte zum im Inland verteilten **Arbeitnehmerentgelt**. Auf nationaler Ebene bleibt der Unterschied marginal:

- ❑ im **Inland erzieltes** Arbeitnehmerentgelt:
2 062,25 Milliarden DM,
- ❑ im **Inland verteiltes** Arbeitnehmerentgelt:
2 060,29 Milliarden DM

Auf Ebene von Bundesländern, vor allem im Fall von Stadtstaaten, kann die Differenz aufgrund der ausgeprägten **Pendlerverflechtung über die Ländergrenzen hinweg** - anders als auf Bundesebene - eine sehr beachtliche Größenordnung annehmen. Zu beachten ist, dass das Arbeitnehmerentgelt in vollem Umfang der Verteilung an private Haushalte zugeführt wird. Anders ist dies beim Betriebsüberschuss, der zum Teil auch in den Unternehmen verbleibt. Ein Teil davon fließt allerdings auch hier als Vermögenseinkommen ins Ausland (172,51 Milliarden DM), wobei ein ähnlich hoher Betrag an Vermögenseinkommen (154,41 Milliarden DM) aus dem Ausland an inländische Empfänger zurückfließt. Dadurch vermindert sich der zur Verteilung an inländische Sektoren zur Verfügung stehende Gesamtbetrag an Betriebsüberschuss, Vermögenseinkommen und Selbständigeneinkommen gegenüber dem im Inland erwirtschafteten Volumen um 18,10 auf 810,93 Milliarden DM.

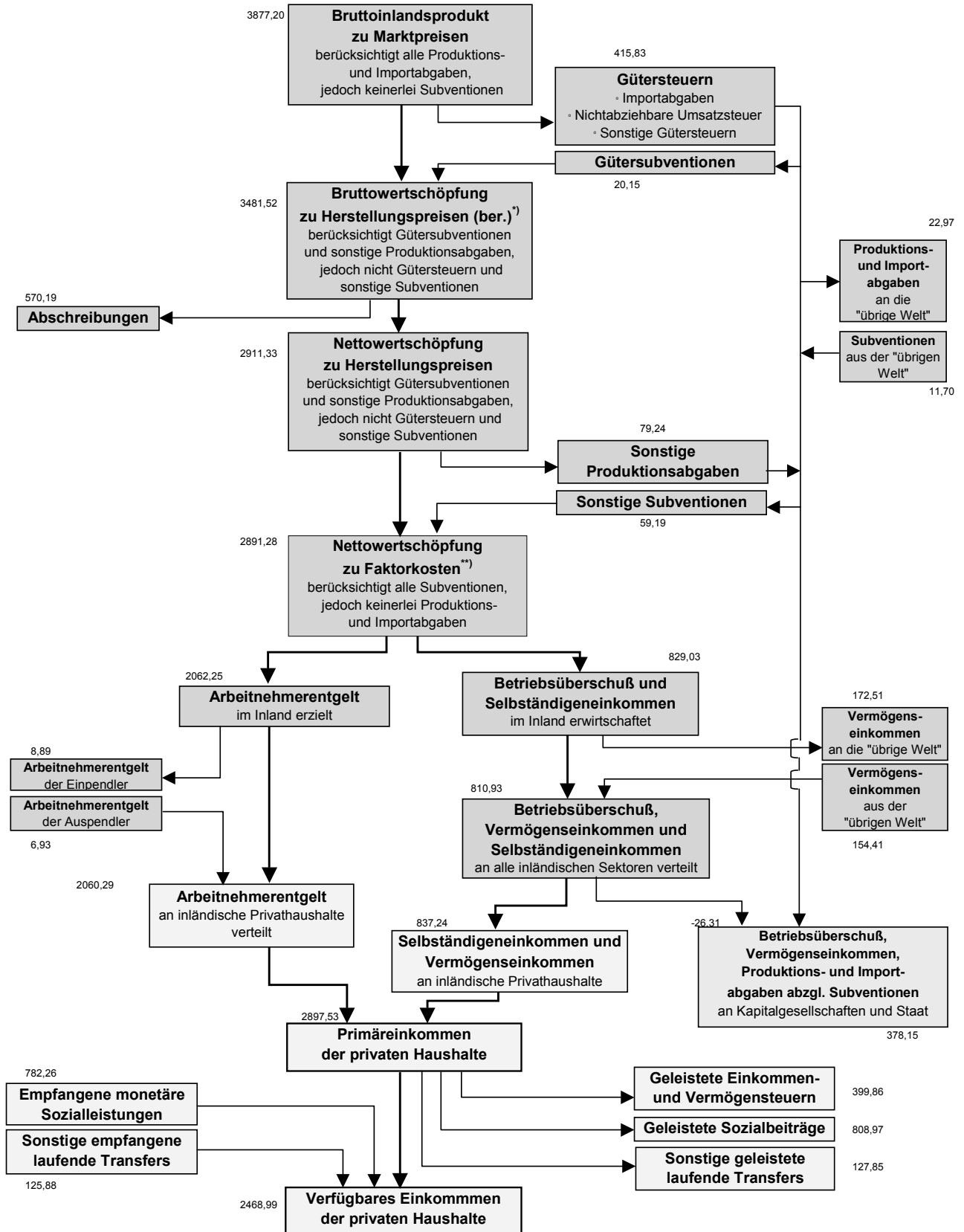
Die **Verteilung** auf die verschiedenen volkswirtschaftlichen Sektoren stellt sich hierbei sehr ungleichmäßig dar. Insbesondere der Staatssektor weist aufgrund der verschulungsbedingt hohen Zinslast einen stark negativen Saldo an empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen auf. Dadurch kommen dem Sektor „Private Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck)“ allein „über 100 Prozent“ der oben genannten 810,93 Milliarden DM, nämlich 837,24 Milliarden DM zugeute. Der negative Saldo von 26,31 Milliarden DM für alle übrigen Sektoren zusammen (Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften sowie Staat) vermengt sich rechnerisch mit den Produktions- und Importabgaben, die dem Staatssektor zufließen (472,10 Milliarden DM) und den Subventionen, welche der Staatssektor insgesamt leistet (67,64 Milliarden DM), zu deren Primäreinkommen von insgesamt 378,15 Milliarden DM.

Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte

Die an die inländischen Privathaushalte verteilten Selbständigen- und Vermögenseinkommen (837,24 Milliarden DM) addieren sich mit den empfangenen Arbeitnehmerentgelten (2 060,29 Milliarden DM) zu den Primäreinkommen der privaten Haushalte, welches damit eine Höhe von 2 897,53 Milliarden DM erreicht. Zusammen mit dem im Unternehmenssektor verbliebenen Betriebsüberschuss, dem Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen von Staat und Kapitalgesellschaften sowie den (vom Staat) empfangenen Produktions- und Importabgaben (abzüglich geleistete Subventionen) verbinden sich die Primäreinkommen der privaten Haushalte zum sog. **Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten der Volkswirtschaft** (3 275,68 Milliarden DM).

Zusammenhang der wichtigsten VGR-Aggregate in der Entstehungs- und Verteilungsrechnung

- dargestellt anhand der Zahlen für Deutschland im Jahr 1999 (Quelle: Statistisches Bundesamt) -



Der frühere Begriff „**Volkseinkommen**“, der inzwischen auch in Deutschland nur noch selten Gebrauch findet, ist deckungsgleich mit dieser neuen Bezeichnung. Ebenso - und damit zugleich in Übereinstimmung mit der sich am Inlandskonzept orientierenden Nettowertschöpfung zu Faktorkosten - korrespondieren auch die „neuen“ Teilkomponenten des Nettonationaleinkommens bzw. des früheren Volkseinkommens inhaltlich mit den beiden früheren, **funktional abgegrenzten Einkommensarten**:

- ❑ den **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** (nunmehr: Arbeitnehmerentgelt) einerseits und
- ❑ den **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** (nunmehr weiter untergliedert in: Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen).

Aus den Primäreinkommen leiten sich im Zuge eines sehr differenzierten Umverteilungsprozesses schließlich sukzessive die **verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte** ab. Auf der einen Seite werden dabei von den soeben genannten Bruttoeinkommensgrößen die darauf entfallenden Einkommen- und Vermögenssteuern sowie weiterhin die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geleisteten Sozialbeiträge abgezogen. Als Zwischensaldo resultieren daraus die entsprechenden **Nettoeinkommen**.

Auf der anderen Seite werden jedoch die von privaten Haushalten **empfangenen monetären Sozialleistungen** hinzugefügt. Darüber hinaus werden auch weitere empfangene oder geleistete laufende Transfers additiv oder subtraktiv in die Umverteilungsrechnung einbezogen, wie z. B. an private Haushalte ausbezahlte Schadenversicherungsleistungen (+) oder hierfür entrichtete Nettoprämien (-).

Einen gestrafften Überblick gibt folgende Aufstellung:

Primäreinkommen der privaten	
Haushalte	2 897,53 Milliarden DM
- Geleistete Einkommen- und	
Vermögenssteuern	399,86 Milliarden DM
- Geleistete Sozialbeiträge	808,97 Milliarden DM
- Sonstige geleistete Transfers	127,85 Milliarden DM
+ Empfangene monetäre	
Sozialleistungen	782,26 Milliarden DM
+ Sonstige empfangene Transfers	125,88 Milliarden DM
= Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2 468,99 Milliarden DM

Am Ende dieser vorwiegend über Staat und Sozialversicherung laufenden Einkommensumverteilung resultiert dann also das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte - genau betrachtet eigentlich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Einkommensgrößen der „non-profit-Organisationen“ lassen sich allerdings statistisch nur unzureichend von denen der privaten Haushalte trennen, so dass die quantitativ relativ unbedeutenden Transaktionen dieser Organisationen in einer Summe mit den Privathaushalten ausgewiesen werden.

Der gesamte Zusammenhang, der soeben verbal zu beschreiben versucht wurde, kann anhand von vorangestellten Schaubildes in schematischer Form nachvollzogen werden.

Dipl.-Kfm. Dr. Franz Kohlhuber
Bayerisches Landesamt für Statistik
und Datenverarbeitung

Johann Peter Süßmilch

Pfarrer, Universalwissenschaftler und „Vater der deutschen Statistik“

Dieser Beitrag widmet sich dem „Vater und Wegbereiter“ der deutschen Statistik, Johann Peter Süßmilch. Alles in allem zeigt sich in seiner Persönlichkeit ein wirklicher Universalgelehrter, dessen Verdienste im diametralen Verhältnis zu seiner Bekanntheit stehen. Ein erstaunlicher, durch humanistische Werte geprägter Mensch, mit einem noch heute tief beeindruckenden Lebenswerk, der es verdient, nicht nur bei Wissenschaftlern in Erinnerung zu bleiben. Er ist in der Tat mehr als der „Vater der deutschen Statistik“. Ein so vielseitiger und in den mannigfaltigsten Lebenstätigkeiten beheimateter Mensch zeigt uns auch, wie erfüllt ein Leben - ohne Fernseher und Computer - sein kann!

Der evangelische Theologe Johann Peter Süßmilch veröffentlichte im Jahr 1741 sein wohl bedeutendstes Werk **„Die Göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung“**¹. - Es wird als das erste deutsche Statistikbuch angesehen und machte den Autor damit zum Wegbereiter und Begründer der deutschen Statistik. Dieses Buch besteht aus drei Teilen und erschien bis heute in zwölf Auflagen in allen wichtigen Sprachen der Welt, auch in Japanisch.

Süßmilch wurde als erstes Kind von sieben Geschwistern am 3. September 1707 in Zehlendorf geboren und starb am 22. März 1767 in Berlin.

In Berlin erinnern an ihn zwei Gedenktafeln: in der Brüderstraße 10 (Mitte) und in der Berliner Straße 2 in Zehlendorf. Auch in der Kirche von Etzin im Havelland, einem frühen Wirkungsort als Gemeindepfarrer, findet man eine Erinnerungstafel.



IOHANN. PETER. SÜSSMILCH.

*Ober-Confessorial-Rath, Probst und Pastor primarius zu St. Petri in Cölln an der Spree, etc. etc.
Mitglied der Königl. Academie der Wissenschaften zu Berlin.*

geboren den 3ten September 1707, gestorben den 22ten März 1767.

Quelle: Kupferstich-Kabinett

Der „Propst-Süßmilch-Weg“ in Zehlendorf ehrt diesen Universalgelehrten preußisch-deutscher Wissenschaftsgeschichte.

Die Johann-Peter-Süßmilch-Medaille ist höchste wissenschaftliche Auszeichnung der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie in Heidelberg. Die „Johann Peter Süßmilch-Gesellschaft für Demographie“, gegründet 1989 in Berlin, ist wichtige Instanz deutscher Bevölkerungswissenschaft.

¹ Titel des Originals: Süßmilch, Johann Peter „Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen.“

Erster Teil, worin die Regeln der Ordnung bewiesen werden, welche Gottes Weisheit und Güte in dem Lauf der Natur zur Erhaltung, Vermehrung und Verdoppelung des menschlichen Geschlechts, vestgesetzt hat, woraus denn die wahren Grundsätze einer vernünftigen Bevölkerung hergeleitet werden.

Zweite und ganz umgearbeitete Ausgabe. Berlin, 1761

Zweiter Theil, worin die beförderungs- und Hinderungsmittel der Bevölkerung betrachtet, die Christliche Religion wider Montesquieu gerettet, die Zahl der Menschen auf der Welt und in einigen alten und neuen großen Städten bestimmt, und die übrigen Ordnungen in der Fortpflanzung und im Sterben der Menschen nach den Jahren und Krankheiten erwiesen werden. Nebst dreyfachem Anhang und Register über beyde Theile.

Zweite und ganz umgearbeitete Ausgabe. Berlin, 1762 (Berlin 1761, 1762)



Quelle: Titelseite der ersten Ausgabe des Werkes „Die göttliche Ordnung“, wie sie Süßmilch 1741 an Friedrich II schickte.

Ausgerechnet ein Pfarrer war Begründer der Statistik? Eigentlich gar nicht so ungewöhnlich wenn man bedenkt, wie sich die Geistlichen um die ihnen anvertrauten „Schäflein“ kümmerten, von der Wiege bis zur Bahre sich um ihr Wohlergehen und Gesundheit sorgten. Aber Süßmilch war eben nicht nur Theologe, sondern ein Mensch mit universeller Bildung und einem ausgeprägten wissenschaftlichen Forschergeist. Damit waren die besten Voraussetzungen für einen ungewöhnlichen Lebensweg und einer leider heute zu wenig bekannten Lebensleistung gegeben. Schon der Titel seines Standardwerkes „*Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung*“ deutet auf eine universale Herangehensweise und Betrachtung hin und klingt - wie man heute sagen würde - im wissenschaftlichen Sinn „interdisziplinär“.

Das Dörflein Etzin im Havelland (unweit des eher bekannteren Ketzin) vor den Toren Berlins bzw. Spandaus, war ab 1741 für den Gemeindepfarrer Süßmilch nach Studium, Promotion und den Diensten als Hofmeister und Feldprediger, die erste wichtige Wirkungsstätte. Die von ihm betreute Kirchgemeinde Etzin/Knoblach zählte zur Mitte 18. Jahrhunderts etwa 300 „Seelen“.

Die Anstellung hatte der 33jährige Süßmilch der persönlichen Fürsprache der Königin (Elisabeth Christine von Braunschweig-Wolfenbüttel) zu verdanken und es deutet darauf hin, dass sie bereits früh die außergewöhnliche Persönlichkeit Süßmilchs erkannte. Mit der Position eines **Gemeindepfarrers** war für ihn auch eine Aufwertung seiner beruflichen Lebenssituation verbunden, die sich später in der evangelischen Kirchenhierarchie noch weiter vom

Propst zum Konsistorialrat und schließlich zum **Oberkonsistorialrat** (1750) fortsetzen sollte.

Aber Süßmilch war nicht nur der außergewöhnliche **Geistliche**, der **Kirchenjurist**, sondern eben auch ein engagierter **Wissenschaftler** (1745 wurde er Mitglied der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften).

Sein ausgeprägtes, auf tiefer religiöser Ethik beruhendes karikatives Wesen begründete sein Engagement, sich bewusst um die Belange der Armen zu kümmern (er war Mitglied in der preussischen **Armenkommission**). Armut und Elend der Landbevölkerung ließen ihn nicht gleichgültig. Um der hohen Kindersterblichkeit entgegenzuwirken, schlug er die Gründung einer **Hebammenschule** vor, wie sie dann auch im Jahr 1751 eröffnet wurde. Sein soziales Engagement ließ ihn bereits damals über eine gerechte **Altersversorgung** und eine **Rentenversicherung** nachdenken.

Süßmilch interessierte sich auch für **Theateraufführungen** und **Literatur** (er erkannte früh die literarische Bedeutung Lessings), gab Lehrstunden in **Mathematik** (mit dem gleichaltrigen, schweizerischen Mathematiker Leonhard Euler verband ihn eine Freundschaft) und engagierte sich für die Ausbildung junger Theologen. Auch bei der Verbesserung des bestehenden Schulsystems erwarb er sich Verdienste.

Süßmilch befasste sich mit **Geschichtsforschung** und zu seinen Erkenntnissen zählt, dass er der Erste war, der das Alter Berlins richtig einzuschätzen wusste. Vielleicht half ihm dabei auch seine Bibliothek und Sammelleidenschaft von wertvollen Urkunden, Büchern und Dokumenten.

Das Verhältnis zu seinem König Friedrich II. war, obwohl es auch kleine Spannungen gab, durch Bewunderung geprägt. Ihm verehrte er eine erste Prachtausgabe seines Standardwerkes „*Die göttliche Ordnung*“ („*Meinem allernächtigsten König und Herrn.*“). Dem Vaterland fühlte er sich - das zeigen Leben und Ansichten Süßmilchs - patriotisch verbunden.

Welch universeller Geist Süßmilch war unterstreicht auch die Tatsache, dass er sich durch frühe Studien und die alltäglichen Herausforderungen - auch als Teilnehmer des Ersten Schlesischen Krieges - in der **ärztlichen Kunst** auskannte. Oft ersetzte er dem „gemeinen Landmann“ den Arzt, der für die einfache Landbevölkerung - sehr weit entfernt in Berlin - kaum erreichbar war. Ein Arztbesuch war für die Landbevölkerung eine beschwerliche und auch sehr kostspielige Angelegenheit, und der Erfolg war auch nicht immer gegeben.



Quelle: Widmung für Friedrich II. im Originalwerk

Mit seinen medizinischen Forschungen legte Süßmilch den Grundstein für die moderne **Epidemiologie**. Als Schutzimpfungen noch so gut wie unbekannt waren, erkannte er schon damals deren Bedeutung. Trotz des enormen Risikos ließ er seine Kinder mit Erfolg gegen Pocken impfen.

Im Jahr 1757 übernimmt Süßmilch eine Ansiedlung von Glaubensflüchtlingen, die „Spinnerkolonie bei Köpenick“ (damit ist natürlich das Gewerbe gemeint und nicht die schräg denkenden Zeitgenossen). Er pflanzt, unterstützt vom König, im Dorf Friedrichshagen 676 Maulbeerbäume um den **Seideanbau** in Preußen zu fördern. Heute, nach 260 Jahren, stehen davon noch 15 geschützte Exemplare in Berlin-Friedrichshagen.

Ein Buch über die Entstehung der Sprache (1766) weist ihn auch als profunden **Sprachwissenschaftler** aus. Natürlich war dem Gelehrten auch die „Königin der Wissenschaften“², die **Philosophie** wichtig. Das belegen sowohl seine Schriften als auch die Kontakte u. a. zum Begründer der deutschen Aufklärungsphilosophie Christian Wolff und zu Emanuel Kant. Abhandlungen über den **Außenhandel**, über den **Seidenanbau** und über das Postwesen zeigen weitere Facetten des **Nationalökonomens** Süßmilch.

² „Philosophie gilt als die Königin der Wissenschaften, da sie auf die Voraussetzungen alles lebensweltlichen und wissenschaftlichen Wissens reflektiert“ - so nachzulesen in der offiziellen Informationsbroschüre der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Auch einen **Unternehmer** Süßmilch gab es. So verwaltete er viele Jahre sein 1748 ererbtes Geburtshaus in der Zehlendorfer Berliner Straße 2 als **Brau- und Gasthof** (das Gasthaus existierte noch bis zum Jahre 1929). Als **Posthalter** leitete er sechs Jahre lang den Fuhrbetrieb und später, als Dorfschulze von Friedrichshagen, den ebenfalls zum Schulzengut gehörenden Braukrug, aus dem sich bis heute die bekannte „Berliner Bürgerbräu“-Brauerei entwickelte (heute von einer bayerischen Brauerfamilie geführt).

In seiner „Göttlichen Ordnung ...“ befasste sich Süßmilch gemeinsam mit dem Freund und Mathematiker Euler mit Fragen der **Bevölkerungsentwicklung**.

Grundsatz für Süßmilch ist, dass *„die Weisheit des Schöpfers wollte, dass die Erde überall mit Menschen sollte erfüllt und mit Einwohnern besetzt werden“*. Der Theologe Süßmilch bezieht sich dabei natürlich auf die Bibel, auf die Genesis, worin steht: *„Gott segnete sie (Adam und Eva) und sprach zu ihnen: Pflanzet euch fort und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan und herrschet über des Meeres Fische, die Vögel der Luft und über alles Getier, das sich am Boden regt.“*

Nach „göttlichem Plan“, so Süßmilchs Ansicht, kann die Erde 13 Milliarden Menschen ernähren. Die Pflicht des Staates ist es, die Zahl der Bewohner zu vergrößern. Er sieht dafür folgende staatliche Aufgaben (man beachte den aktuellen Bezug!):

1. Beseitigung all dessen, was die Eheschließung verhindern oder verzögern könnte.
2. Beseitigung aller Hindernisse der ehelichen Fruchtbarkeit.
3. Vorsorge für die Erhaltung des Lebens der Untertanen.
4. Verhinderung der Auswanderung und Förderung der Einwanderung.

Diese „Süßmilchschen Grundsätze“ zeigen frappierende Parallelen zu den Ansichten Friedrichs des Großen (... *erster Diener des Staates, Pflichten des Monarchen ...*, *Förderung der Einwanderung u. a.*). Das ist nicht verwunderlich, da - neben dem religiösen Bezug - das Land nach dem 30jährigen und dem ersten Schlesischen Krieg entvölkert war und nach Menschen verlangte!

Süßmilch gehört zu den Pionieren der **Demographie**. Als kirchlicher „Verwaltungschef“ saß er quasi an den Quellen, verfügte er doch über Kirchenbücher und andere wichtige Register und Dokumente. Die systematische Analyse von Geburten-, Heirats- und Sterbezahlen war wichtige Voraussetzung für sein wissenschaftliches Werk und dem mehrfach aufgelegten Buch über die „Göttliche Ordnung ...“.

The image shows two pages from the original 1741 edition of 'Die göttliche Ordnung'. The left page is titled 'Besondres Verzeichniß' and the right page is titled 'LISTE'. Both pages contain tables of mortality data for various years, with columns for age groups and death counts.

Quelle: Sterbetafeln der Originalausgabe „Die göttliche Ordnung“ (1741)

Als Sohn seiner Zeit und engagierter Theologe, weist er die Entstehung der Sprache und den Bevölkerungsprozess als eine „göttliche Ordnung“ nach. Gleichsam betrachtet er die „gleichgewichtige Entwicklung, die in wundersamer Weise an den Bedingungen orientiert ist, welche zur Sicherung der Lebensgrundlagen notwendig sind“.

Süßmilch erkennt: Die Bevölkerungsregulierung bedarf keiner Katastrophen, Seuchen und Kriege, sie ist das Ergebnis freien menschlichen Handelns, das gleichwohl der Aufsicht Gottes unterliegt. Die nichtbeabsichtigten Folgen menschlichen Handelns werden hier noch als Ausweis eines Planes Gottes begriffen, der garantiert, dass Bevölkerung und Lebensbedingungen im Einklang miteinander stehen.³

Die Vielseitigkeit seines enormen Wissens, seiner Interessen und die Kenntnisse der Methodik versetzten ihn in die Lage, wissenschaftliche Forschungsgegenstände einer umfassenden Betrachtung zu unterziehen, Zusammenhänge besser als andere zu erkennen und zu Schlussfolgerungen für seine weitere Arbeit zu gelangen.

Süßmilch schafft im gewissen Sinne auch die bis heute nachwirkenden Grundlagen der Bevölkerungssoziologie. Wir erkennen Berührungspunkte bis hin zu aktuellen globalen Fragen, zur Ernährung, Überbevölkerung und zur Zukunft der Menschheit.

Die eigentlich statistische Arbeit, das Recherchieren, Erfassen und Aufbereiten von Zahlen- und Datenmaterial, ist

für Süßmilch - wie heute auch - die Voraussetzung für alle Erkenntnisse, Schlussfolgerungen und neuen Denkmodelle. Sie bilden die Grundlage zur Erarbeitung staatswissenschaftlicher, sozialökonomischer wie auch ethischer Entwürfe.

Mit seinem Buch liegt uns die erste Sterblichkeitsstatistik der Neuzeit vor, die uns vor allem über die vergleichsweise gleichartige Absterbeordnung im damaligen Zentral-Europa unterrichtet. Die Zahlen sind im Vergleich mit älteren und neuzeitlichen Angaben beeindruckend, weil bei Süßmilch als höchstes erreichbares Alter des Menschen 100 Jahre vorgegeben wird. Die Bibelfesten werden wissen, dass es im Alten Testament heißt: „Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre“ (Ps. 90,10).

Süßmilch ist jedoch auch deshalb interessant, weil er in den Darstellungen der zweiten Ausgabe seines Hauptwerkes (1761-62) die Auswirkungen gesellschaftlicher, insbesondere institutioneller und ökonomischer Bedingungen des Heirats- und Fortpflanzungsverhaltens auf die Bevölkerungsprozesse hervorhob. Er sah die Möglichkeit bewusster, vernunftgeleiteter Nachwuchsbeschränkung, sei es aus Gründen der Mittellosigkeit der Menschen, sei es aus Gründen ihres sozialen Vorwärtstrebens. Daher konnte er naturalistischen Thesen eines nur durch Katastrophen verschiedener Art zu regulierenden Bevölkerungswachstums entgegentreten. Noch heute gibt es ja Menschen, die die Meinung vertreten, Kriege gab es immer und es wird sie auch immer geben. Als Begründung dafür wird gern angeführt, dass Kriege ein „Regulativ“ für eine drohende Überbevölkerung sind. Weitere Literaturempfehlungen und Quellen:

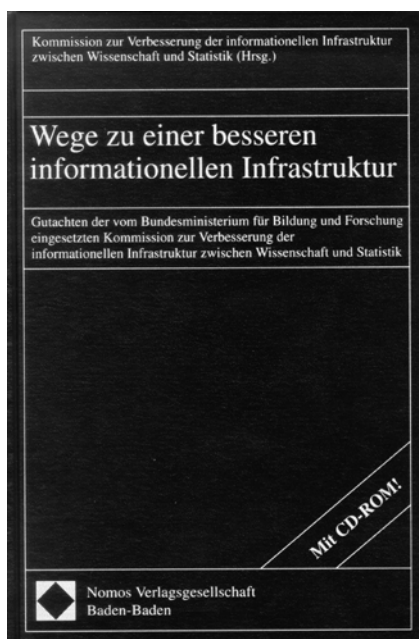
1. Eine sehr ausführliche Dokumentation des Lebens und der Lebensleistung Süßmilchs enthält ein Artikel der Reihe „Berliner Statistische Monatsschrift“ von Prof. Dr. Eckart Elsner, Fakten zu Leben und Werk des Vaters der deutschen Statistik Johann Peter Süßmilch (1707-1767).

In: „Statistische Monatsschrift“ Nr. 7-12, 2000 vom Statistischen Landesamt Berlin, S.270 bis 284

2. Süßmilchs Hauptwerk „Die Göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung“ als Faksimile-Nachdruck in der Schriftenreihe „Klassiker der Nationalökonomie“ der Handelsblatt-Bibliothek
3. Entwicklungsländerstudien/hrsg. von Margarete Payer. Teil II: Kernprobleme. Kapitel 23: Bevölkerung/ verfasst von Evi Hartmann.
1. Teil I. Fassung vom 22.02.2001
(www.payer.de/entwicklung/entw231.htm)

F. W. Ebert

³ Entwicklungsländerstudien / hrsg. von Margarete Payer. - Teil II: Kernprobleme. - Kapitel 23: Bevölkerung / verfasst von Evi Hartmann. - 1. Teil I. - Fassung vom 2001-02-22.



Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur

Gutachten der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eingesetzten Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik

Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.)
Nomos Verlag Baden-Baden, 2001;
ISBN 3-7890-7388-1
297 Seiten; gebunden mit CD-ROM;
Preis: 50 EUR

Nur auf der Basis qualitativ **hochwertiger sowie verlässlicher statistischer Informationen** zur Struktur und Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft können die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften realitätsnahe und den empirischen Anforderungen genügende Analysen durchführen und gleichsam praxisbezogene Handlungsempfehlungen für die politischen Entscheidungsträger entwerfen. Die Verfügbarkeit und Qualität von Daten und somit die Leistungsfähigkeit der Dateninfrastruktur insgesamt sind dafür eine zentrale Voraussetzung.

Die **Art der Nutzung statistischer Daten** hat sich in der Informationsgesellschaft verändert. Wirtschaftlicher und sozialer Wandel kann jedoch nur untersucht werden, wenn Informationen auf der Mikroebene von Beobachtungseinheiten (Personen, Haushalte, Unternehmen) zu verschiedenen Zeitpunkten für statistische Zwecke verfügbar und zugänglich sind. Moderne statistische Methoden erfordern

daher den Zugang zu Mikrodaten, um Verhaltensregelmäßigkeiten und –zusammenhänge aufzuzeigen.

Da dieser Zugang der Wissenschaft zu amtlichen Mikrodaten bisher nur sehr eingeschränkt und nur in Ausnahmefällen und unter hohen Datenschutzauflagen für die Wissenschaft möglich war, ist eine diesbezügliche **Weiterentwicklung der Dateninfrastruktur** notwendig geworden.

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung hat daher eine Kommission beauftragt, Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik aufzuzeigen. Der **Auftrag der Kommission** zielte dabei auf die generelle Verbesserung der Kooperation zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft. Er schließt alle Datenquellen ein und sollte vor allem internationale Erfahrungen nutzen und entsprechende Beispiele guter Praxis auf ihre Übertragbarkeit überprüfen. Die mit führenden Experten aus Wissenschaft und Praxis besetzte Kommission wurde von Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp in Kooperation mit dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes Johann Hahlen geleitet.

Themenschwerpunkte des Gutachtens der Kommission sind der Bedarf an statistischen Daten in den verschiedenen Informationsfeldern, eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen informationellen Infrastruktur in Deutschland, der Zugang der Wissenschaft zu Mikrodaten, beispielhafte Lösungen in anderen Ländern sowie Empfehlungen für eine bessere informationelle Infrastruktur in Deutschland. Das Gutachten ist ein lange ersehntes und nützliches **Kompodium** des manchmal selbst für Fachleute unübersichtlichen Datenfundus der amtlichen wie der nicht-amtlichen Statistiken in Deutschland. Es ist in fünf Kapitel gegliedert:

1. Kurzfassung;
2. Einleitung (Aufgabe der Kommission und Aufbau des Gutachtens);
3. Probleme der gegenwärtigen Situation (Überblick über den gegenwärtigen Bedarf und die Verfügbarkeit statistischer Informationen, Kooperationsformen und Mikrodaten);
4. Lösungsmöglichkeiten für eine besseren informationelle Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Best Practises im internationalen Vergleich, Einbindung der Lehre und Forschung);
5. Empfehlungen der Kommission (dezidierte Empfehlungen für die Bereiche der Datenbasis, des Datenzugangs und der Datenanalyse sowie gesetzlicher Voraussetzungen hierfür).

Unser Fazit: Die Veröffentlichung des Kommissionsgutachtens ist eine in ihrer Art bisher lange ersehnte Informationsquelle über den status-quo bereits bestehender Kooperationsformen zwischen der amtlichen Statistik mit der Wissenschaft und zeigt darüber hinaus eindrucksvoll Wege einer wünschenswerten Intensivierung dieser Zusammenarbeit auf. Die Komplexität der Materie bietet gleichsam einen aktuellen Überblick über den reichhaltigen Fundus amtlicher wie auch nicht-amtlicher Informationen zu Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes, welche aufgrund ihres hohen Charakters von öffentlichen Gütern einen verstärkten Eingang auch als Datenbasis für die empirische Wirtschafts- und Sozialforschung erhalten sollten.

Neben der Buchausgabe enthält die Veröffentlichung eine CD-ROM mit mehr als 40 Expertisen namhafter Wissenschaftler und Datenanbieter. Die Veröffentlichung richtet sich an Wissenschaftler und Praktiker sowie an Datenschützer und Politiker.

H. J. Hoffmann

Für Stetigkeit - Gegen Aktionismus

Jahresgutachten 2001/2002

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.)
Metzler-Poeschel Verlag, Stuttgart, 2001
ISBN 3-8246-0654-2
ca. 460 Seiten, 23 EUR

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veröffentlichte im November 2001 sein Jahresgutachten 2001/02.

Mit dem Titel

„Für Stetigkeit – gegen Aktionismus“

soll die Bedeutung einer **konsistenten und langfristigen wirtschaftspolitischen Konzeption** auch in der derzeitigen Phase konjunktureller Schwäche unterstrichen werden. Eine auf den kurzfristigen Erfolg ausgerichtete aktivistische Konjunkturpolitik, wie sie beispielsweise zusätzliche staatliche Ausgabenprogramme, jedoch auch das Vorziehen der nächsten Stufe der Steuerreform darstellen, birgt Gefahren in der Zukunft, die die unmittelbar positiven, aber unsicheren Wirkungen überkompensieren können.

Bei dadurch **wieder anschwellenden Haushaltsdefiziten** würde die mühsam gewonnene Glaubwürdigkeit der Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik beschädigt.

Die **konjunkturelle Lage** hat sich im Jahr 2001 weltweit verschlechtert: Gleich alle drei großen Wirtschaftsräume – Vereinigte Staaten, Europäische Union und Japan – befinden sich nach Ansicht des Sachverständigenrats in einer kritischen Lage. Vor dem Hintergrund dieses weltwirtschaftlichen Umfelds und eines kräftigen Kaufkraftentzugs durch den Anstieg der Energie- und Nahrungsmittelpreise **nimmt das reale deutsche Bruttoinlandsprodukt** im Jahr **2001** um lediglich **0,6 vH** zu. Nach Einschätzung des Sachverständigenrates ist die wahrscheinlichste Entwicklung im Jahr **2002**, dass sich die außenwirtschaftliche Lage aufhellt und vorhandene positive binnenwirtschaftliche Rahmenbedingungen wieder Wirkung entfalten. Die Produktion wird im Jahresverlauf an Fahrt gewinnen, allerdings insgesamt nur verhalten **um 0,7 vH zunehmen**. Die Konjunkturschwäche führt zu einer weiteren **Verschärfung der prekären Lage auf dem Arbeitsmarkt**; im Jahresdurchschnitt 2002 werden knapp 4 Millionen Personen arbeitslos sein.

Die **Prognoserisiken** in diesem Jahr sind angesichts der Unwägbarkeiten bezüglich der Wirtschaftsaussichten in den Vereinigten Staaten nach den Terroranschlägen und des militärischen Konflikts in Afghanistan besonders ausgeprägt. Der Sachverständigenrat hat deshalb ergänzend zu seiner Basisprognose die Auswirkungen eines möglichen, aber unwahrscheinlichen leichten Rückgangs der Wirtschaftsentwicklung in den Vereinigten Staaten auf die deutsche Konjunktur abgeschätzt. Unter dieser Annahme schrumpft die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland zwar leicht, dennoch kommt es zu keinem dramatischen Einbruch, der den im Konjunkturverlauf üblichen Umfang überschreitet und aktive konjunkturstützende Maßnahmen erfordern würde. Gerade in dem derzeitigen Umfeld erhöhten Risikos und vermehrten Strukturanpassungsbedarfs können sich die verpassten Reformchancen rächen, wenn die deutsche Volkswirtschaft nicht die nötige Flexibilität aufweist, um rasch und reibungslos exogene Störungen zu verarbeiten. Und gerade in der derzeitigen labilen wirtschaftlichen Lage **stellt das** Angehen von notwendigen Strukturreformen eine Chance dar, die wirtschaftlichen Perspektiven zu stabilisieren. Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Anreize für Wagnisbereitschaft, Leistung und Lernen gesetzt werden.

Der Sachverständigenrat diskutiert in seinem Jahresgutachten für die einzelnen Politikbereiche Elemente einer **solchen marktwirtschaftlich ausgerichteten, wachstumspolitischen Konzeption**. Die hohe und steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland ist weiterhin die gravierendste Zielverfehlung der Wirtschaftspolitik.

Ohne weitergehende Reformen der Arbeitsmarktordnung wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht nachhaltig bessern, gemessen am **Flexibilisierungsbedarf des Arbeitsmarkts** ist von Seiten der Politik auch in diesem Jahr zu wenig geschehen. Der Sachverständigenrat setzt sich mit Ansatzpunkten für eine beschäftigungsfördernde Ausrichtung der Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt auseinander.

Hierzu gehören eine **flexiblere Ausgestaltung der Tarifverträge und des Arbeitsrechts**. Ein Schritt in diese Richtung wäre beispielsweise, abweichende Betriebsvereinbarungen von üblicherweise im Tarifvertrag geregelten Arbeitsbedingungen in nicht tarifgebundenen Unternehmen zuzulassen; die diesbezügliche Sperrwirkung des §77 Absatz 3 Betriebsverfassungsgesetz sollte zur Disposition gestellt werden.

Die **Geldpolitik** war auch in diesem Jahr ein wichtiger Aktivposten der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Gleichwohl steht die Europäische Zentralbank weiterhin wegen ihrer Kommunikationspolitik in der Kritik; der Sachverständigenrat diskutiert daher Ansätze, die Zwei-Säulen-Strategie konsistent zu vermitteln.

In der **Finanzpolitik** wurde mit der Steuerreform und einer glaubhaften Haushaltskonsolidierung der richtige Weg eingeschlagen. Der Konsolidierungskurs muss fortgesetzt werden, um eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand zu gewährleisten. In der derzeitigen konjunkturellen Lage tut die Finanzpolitik gut daran, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Auf keinen Fall darf am Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt gerüttelt werden, die Defizitgrenze von 3 vH in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt sollte eingehalten werden.

Der Sachverständigenrat hält die Reform der **Gewerbesteuer** für die dringlichste steuerpolitische Aufgabe der nächsten Legislaturperiode und legt Reformvorschläge dar.

In der **Agrarpolitik** besteht nach wie vor erheblicher Handlungsbedarf, vor allem vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung und den WTO-Agrarverhandlungen. So wäre eine Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten in das System der Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik ohne eine Reform schlichtweg nicht finanzierbar. Der Sachverständigenrat stellt daher eine längerfristig orientierte Reformstrategie der Direktzahlungen zur Diskussion. Die erforderlichen Reformen sollten umgehend, also vor dem Vollzug der **EU-Osterweiterung**, angepackt werden.

H.J. Hoffmann



Statistik für die Sozialwissenschaften

Grundlagen, Methoden, Anwendungen

Steffen-M. Kühnel; Dagmar Krebs
Rowohlt Verlag, Reinbeck bei Hamburg, 2001
654 Seiten
ISBN 3-499-55639-1
Preis: 17,90 EUR

„Statistik ist ein wichtiger Bestandteil der Sozialwissenschaften...“. Mit diesen einleitenden Worten heben die beiden Autoren einen Umstand hervor, welcher von vielen Studenten der Sozialwissenschaften aufgrund seines umfangreichen Formelapparates sicherlich nicht besonders geliebt wird. Die Verfasser setzen sich das Ziel, Formeln nicht der Formeln wegen zu präsentieren, sondern bewusst einen Schwerpunkt auf die Erläuterung und Erklärung zu legen. „Ohne statistische Kenntnisse“ gerät man jedoch nach Ansicht der Autoren ebenfalls aufs Glatteis und neigt zu fehlerhaften Interpretationen und unzutreffenden Schlussfolgerungen.

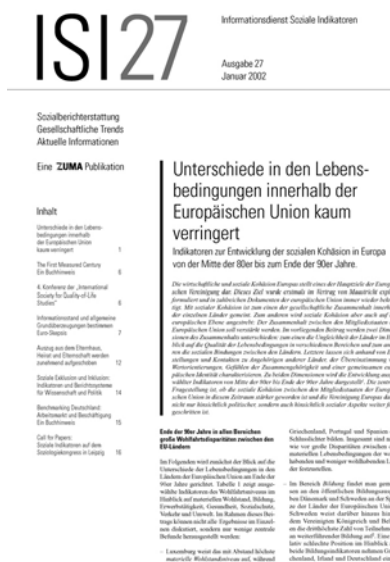
Dieses Lehrbuch bietet erstmals eine anwendungsorientierte Einführung in die sozialwissenschaftliche Statistik in deutscher Sprache und stellt die Grundzüge der statistischen Datenanalyse dar. Die Analyseverfahren werden vielfach an Analogien und Beispielen dargestellt. Um die Voraussetzungen und Anwendungsmöglichkeiten von Analyseverfahren zu schaffen, wird daher im Buch von Kühnel und Krebs stets die Beziehung der zugrundeliegenden Logik statistischer Argumentation hergestellt.

Statt mit komplexen mathematischen Ableitungen wird mit Analogien und Beispielen gearbeitet. Da viele Datenanalysen letztlich generelle Aussagen über die Grundgesamtheit anstreben, steht im vorliegenden Werk die Vermittlung umfassender Informationen über die Möglichkeiten und Grenzen der Generalisierung von Stichprobendaten auf Eigenschaften einer Population im Vordergrund. Die Methoden der Datenanalyse werden anhand von Anwendungsbeispielen aus der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung erläutert, wobei die gleichen Daten unter Zuhilfenahme verschiedener Analyseverfahren ausgewertet werden. Die abschließende Darstellung multivariater Analyseverfahren bildet das Schlusskapitel des Buches.

Beim Lesen des Buches gewinnt der Leser schnell den Eindruck, dass die Autoren über viel praktische Erfahrung im Umgang mit statistischen Analyseverfahren verfügen. Dabei wird in der Vermittlung der Inhalte immer versucht, den Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis aufzuzeigen.

Unser Fazit: Überzeugendes Standardwerk im Lehrbereich Statistik für Sozialwissenschaftler mit breitem Spektrum an statistischen Methoden zur Analyse von Daten aus dem Bereich der Sozialwissenschaften, welcher sich jedoch weitgehend problemlos auf den Bereich der Wirtschaftswissenschaften ausdehnen lässt.

H.J. Hoffmann



Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)

Sozialberichterstattung, Gesellschaftliche Trends, aktuelle Informationen, Ausgabe 27, Januar 2002
Eine ZUMA Publikation/Mannheim

Der Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) ist ein Beitrag zu einer regelmäßigen Sozialberichterstattung des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim.

Er wird von der Abteilung Soziale Indikatoren am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen herausgegeben und inhaltlich gestaltet. Veröffentlicht werden vornehmlich eigene Forschungsergebnisse, daneben aber auch Beiträge von Sozialwissenschaftlern, die sich in anderen Kontexten ebenfalls mit Aspekten der Sozialberichterstattung beschäftigen.

Der Informationsdienst Soziale Indikatoren wendet sich gleichermaßen an Interessenten aus Wissenschaft und Praxis. Er erscheint zweimal jährlich und will ein sachkundiges, aber nicht ausschließlich sozialwissenschaftlich geschultes Publikum über Probleme und Tendenzen der Wohlfahrtsentwicklung sowie ausgewählte Trends des sozialen Wandels informieren.

Zugleich werden empirische Materialien zu aktuellen Themen der gesellschaftspolitischen Diskussion vorgelegt. Darüber hinaus informiert der Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) über Aktivitäten und Ereignisse aus der Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung und bietet allen an diesen Fragen Interessierten ein Diskussionsforum.

Die Ausgabe 27 vom Januar 2002 hat behandelt folgende Themen:

- ☐ Unterschiede in den Lebensbedingungen innerhalb der Europäischen Union kaum verringert;
- ☐ The first measured Century – Ein Buchhinweis;
- ☐ 4. Konferenz der "International society for quality of life studies";
- ☐ Informationsstand und allgemeine Grundüberzeugungen bestimmen EURO-Skepsis;
- ☐ Auszug aus dem Elternhaus, Heirat und Erbschaft werden zunehmend aufgeschoben;
- ☐ Soziale Exklusion und Inklusion: Indikatoren und Berichtssysteme für Wissenschaft und Politik;
- ☐ Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung – Ein Buchhinweis;
- ☐ Call for papers: Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongress in Leipzig.

Informationen auch im Internet unter

www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren

Gehard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes



Seit 1999 vergibt das Statistische Bundesamt den Gerhard-Fürst-Preis in den Abteilungen Dissertationen und Diplom- bzw. Magisterarbeiten. Mit ihm werden herausragende Arbeiten ausgezeichnet, die theoretisch Themen mit einem **engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik** behandeln oder die **empirische Fragestellungen** unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik

untersuchen. Es kann sich dabei ebenso um Arbeiten aus der theoretischen Statistik oder aus der Wirtschaft- und Sozialstatistik handeln wie um wirtschaftswissenschaftliche oder sozialwissenschaftliche Abhandlungen.

Mit der Auslobung des Gehard-Fürst-Preises möchte das Statistische Bundesamt die Beschäftigung mit Fragen der amtlichen Statistik im Rahmen der **Hochschulausbildung** fördern und die **Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik** intensivieren.

Der Preis wurde dem **ersten Präsidenten** des Statistischen Bundesamtes und langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Statistischen Gesellschaft benannt, der die noch heute bestehende organisatorische und rechtliche Struktur der amtlichen Statistik in Deutschland nach 1945 mit ihren zentralen Eckpfeilern der fachlichen Konzentration und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ganz wesentlich geprägt hat. Indem der Preis nach Gerhard Fürst benennen, wird ein Mann geehrt, dessen unbestreitbares Verdienst das hohe Ansehen der deutschen amtlichen Statistik im In- und Ausland ist, deren Ergebnisse von der Öffentlichkeit als objektive und qualitativ hochwertige Informationen anerkannt werden.

Die Prämie für eine auszuzeichnende **Dissertation** beträgt 5 000 Euro und für eine auszuzeichnende **Examensarbeit** 2 500 Euro. Darüber hinaus werden die Preisträger über ihre Arbeit einen Artikel in der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „**Wirtschaft und Statistik**“ veröffentlichen. Die Preise werden im Rahmen des jährlich im November vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquiums verliehen.

Es ist vorgesehen, die **Preisgelder für Examensarbeiten und Dissertationen** in jedem Jahr einmal zu vergeben. In Ausnahmefällen können die Preisgelder auch zwischen mehreren preiswürdigen Arbeiten geteilt werden. Das Gutachtergremium hat die Möglichkeit, sehr gute Arbeiten, die dem hohen Anspruch des Preises nicht voll gerecht werden, mit einem Förderpreis auszuzeichnen. Es kann mit der Preisverleihung aussetzen, wenn ihm keine der eigentlichen Arbeiten prämiierungswürdig erscheint.

Der hohe wissenschaftliche Anspruch, den sich das Statistische Bundesamt mit der Prämierung gesetzt hat, wird durch die in das Gutachtergremium berufenen Wissenschaftler gewährleistet:

- ❑ Prof. Dr. Hans Wolfgang Brachinger, Seminar für Statistik, Universität Freiburg/Schweiz
- ❑ Prof. Dr. Richard Hauser, Institut für Volkswirtschaftslehre, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
- ❑ Prof. Dr. Ullrich Heilemann, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
- ❑ Prof. Dr. Johannes Huinink, Institut für Soziologie, Universität Rostock
- ❑ Prof. Dr. Walter Müller, Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie, Universität Mannheim
- ❑ N.N.

In Frage kommende **deutsch- oder englischsprachige Arbeiten** können ausschließlich von den sie betreuenden Wissenschaftlern für eine Prämierung vorgeschlagen werden. Sie müssen dazu in den beiden davor liegenden Jahren mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sein (dies muss aus den eingereichten Unterlagen hervorgehen) und dürfen nicht bereits anderweitig für eine Prämierung eingereicht oder ausgezeichnet worden sein. Hierüber muss eine schriftliche Erklärung des Autors bzw. der Autorin abgegeben werden. Eine vorherige (Teil-)Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus. Die Urheberrechte bleiben unberührt. Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit eine **kurze Begründung des vorgeschlagenen Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit**, Kopie der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf des Autors oder der Autorin und eine schriftliche Erklärung, dass mit der Arbeit kein geistiges Eigentum verletzt wurde und jede verwendete Literatur angegeben ist, sofern eine derartige Erklärung nicht bereits in der eingereichten Arbeit enthalten ist.

Die vorgeschlagene Arbeit muss fünffach und die übrigen Unterlagen müssen in neunfacher Ausfertigung bei folgender **Adresse** eingereicht werden:

Statistische Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in der
Bundesstatistik
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Examens- bzw. Doktorarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als unter Windows verarbeitbare Datei auf einem Datenträger zur Verfügung gestellt werden kann. Die Einreichungsfrist endet in jedem Jahr am 31. März (Datum des Poststempels).

Themenvorschläge für zukünftig zu bearbeitende Examens- und Doktorarbeiten können u. a. dem Forschungs- und Entwicklungsplan des Statistischen Bundesamtes entnommen werden, der im Internet abgerufen werden kann (www.destatis.de/mv/methfe.htm). Selbstverständlich sind aber auch andere Themen möglich.

Zur Person Gerhard Fürsts

Gerhard Fürst wurde am 1. Mai 1897 in Berlin als Sohn eines Architekten und Bauunternehmers geboren. Seine jungen Jahre waren durch den Ersten Weltkrieg geprägt, den er nach dem Kriegsabitur als Freiwilliger von Anfang an mitmachte und mit allen seinen Schrecken erlebte. 1917 geriet er in französische Kriegsgefangenschaft. Aus ihr kehrte er erst Anfang 1920 zurück. Nach seiner Rückkehr studierte er in Berlin Staatswissenschaften, eine damals noch neue Fachrichtung. Er beendete sein Studium nach drei Jahren mit der Promotion.



Fürst fand bald eine **Beschäftigung im Statistischen Reichsamt**, zuerst in der Lohnstatistik, später bei der Vorbereitung und Durchführung der Volks- und Berufszählung 1925. 1930 gab Fürst, mitten in der Weltwirtschaftskrise, seine sichere Beamtenkarriere auf und bewarb sich beim **Völkerbund in Genf** als Sekretär des "Ausschusses Statistischer Sachverständiger". Er hatte das Glück, über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im Dritten Reich hinaus dort bleiben zu können. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs musste Fürst aus dem Völkerbundssekretariat ausscheiden und ging, da er trotz aller Ablehnung des Nationalsozialismus nicht emigrieren wollte, 1940 nach Berlin zurück. In Berlin fand Fürst in der von einem ehemaligen Reichsamtskollegen geleiteten Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-Farbenindustrie eine neue Tätigkeit. Nach dem Ende des Krieges führten Fürsts Bemühungen, in Hessen am Wiederaufbau der deutschen Verwaltung mitzuwirken, bald zum Erfolg, da das von den Besatzungsmächten völlig neu zugeschnittene und besonders gründlich entnazifizierte Land einen großen Bedarf an geeigneten Kräften hatte.

Schon im Dezember 1945 wurde ihm der **Aufbau und die Leitung des Hessischen Statistischen Landesamtes** in Wiesbaden übertragen. Das Amt hatte nach einem Jahr bereits mit Erfolg eine Volks-, Berufs- und Wohnungszählung durchgeführt und die damals wesentlichen laufenden Statistiken in Gang gesetzt oder vorbereitet. Schon früh setzte eine engere Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern der amerikanischen Besatzungszone ein, die durch den gemeinsamen Willen zum Wiederaufbau und die alte Bekanntschaft der Amtsleiter aus der Reichsamtzeit sehr gefördert wurde. Fürst übernahm den Vorsitz im "Statistischen Ausschuss der Amerikanischen Besatzungszone" im Länderrat in Stuttgart.

Es folgten ab Ende 1946 Verhandlungen mit der britischen Besatzungszone, der Zusammenschluss zur Bizone mit ihren Verwaltungen in Minden und schließlich die Gründung des "Vereinigten Wirtschaftsgebietes" mit Sitz in Frankfurt. Während dieser Zeit arbeiteten die Statistiker beider Zonen in zahlreichen Zusammenkünften mit und neben den Militärregierungen Pläne für die **Organisation der amtlichen Statistik im Vereinigten Wirtschaftsgebiet** aus, die schon bald zu konkreten Ergebnissen führten. Eines der ersten Gesetze, das das damalige Frankfurter Wirtschaftsparlament beschloss, betraf die **Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes** (Gesetz vom 21. Januar 1948) in Wiesbaden. Zu seinem Leiter wurde Dr. Fürst ernannt.

Nach der Eingliederung der französischen Zone wurde das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit der Führung der **Statistik für Bundeszwecke** beauftragt und schließlich in das Statistische Bundesamt umgewandelt, das mit Fürst seinen ersten Präsidenten bekam. Dass ein Mann mit Fürsts Erfahrungen und Qualitäten für den **Wiederaufbau der amtlichen Statistik in der Nachkriegszeit** zur Verfügung stand, war ein seltener Glücksfall. Fürst hat den organisatorischen Aufbau der Bundesstatistik - bei vorgegebener **föderalistischer Gliederung** - von Anfang an entscheidend mitgestaltet. Auf ihn geht vor allem die fachliche Konzentration der amtlichen Statistik in einem zentralen Amt zurück. Diese Idee setzte er gegen den Willen der Besatzungsmächte durch, die, nach angelsächsischen Vorstellungen, die Statistiken den Ministerien zuordnen und dem Statistischen Amt nur eine Koordinierungsfunktion zubilligen wollten. Die von ihm erkämpfte Organisationsform schuf die Voraussetzung für die Entwicklung eines in sich geschlossenen, vielseitigen Anspruchs genügenden, gut koordinierten und rationell gestalteten **Gesamtsystems der amtlichen Statistik**.

Als es nach dem Kriege galt, zunächst einmal die wichtigsten Basisinformationen über Bevölkerung, Produktion, Versorgung und öffentliche Finanzen zur Verfügung zu stellen, konnte vielfach an Reichsamtstatistiken angeknüpft werden. Aber die Zeiten änderten sich rasch, und

die Anforderungen wurden vielfältiger und differenzierter. Fürst hat es stets als eine der wesentlichsten Aufgaben des Statistikers angesehen, neue Fragestellungen aufzuspüren und von sich aus Anregungen zur Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums zu geben. Durch enge Kontakte zu den staatlichen und privaten Konsumenten der amtlichen Statistik, zur Gesellschafts- und Wirtschaftsforschung und zu internationalen und ausländischen Stellen gelang es, den zukünftigen Informationsbedarf frühzeitig zu erkennen und entsprechende statistische Vorhaben auf den Weg zu bringen.

Er war von Anfang an der Meinung, die sich erst später als allgemeine Auffassung durchgesetzt hat, dass die amtliche Statistik nicht nur Hilfsmittel für die öffentliche Verwaltung ist, sondern darüber hinaus auch unmittelbar der Öffentlichkeit zu dienen hat, insbesondere den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen, der Wirtschaft und der Bevölkerung und nicht zuletzt der Forschung und Wissenschaft. Dadurch, dass er Interesseneinflüsse wirksam von der Bundesstatistik fernhielt, hat er erreicht, dass ihre Ergebnisse in der Öffentlichkeit allgemein als **objektive, von allen Seiten gleichermaßen verwendbare Informationen** anerkannt wurden.

Das **Bild der modernen Statistik** hat Fürst besonders nachhaltig dadurch geprägt, dass er über detaillierte Informationen für Teilgebiete hinaus für die Entwicklung eines in sich geschlossenen Gesamtbildes der Bevölkerung und der Wirtschaft eintrat. Einen nützlichen Rahmen dafür bildeten vor allem die **Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**, deren Aufbau er mit Nachdruck förderte. Ohne die Marshallplan-Hilfe, für die Sozialproduktsangaben als Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verlangt wurden, wäre das anfänglich nur schwer gelungen, denn der Wirtschaftsminister, der die Bundesrepublik gerade von den Fesseln der Bewirtschaftung befreit hatte, sah in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mehr oder minder ein Planungsinstrument. Heute sind sie - inzwischen stark ausgebaut - in aller Welt ein unentbehrlicher und zentraler Bestandteil der amtlichen Statistik. Über ihren eigentlichen Zweck hinaus haben sie dazu beigetragen, das Informationsangebot systematisch zu vervollständigen und für die Teilgebiete saubere, überschneidungsfreie und aufeinander abgestimmte Konzepte zu entwickeln.

Über die inhaltliche **Verbesserung und Weiterentwicklung der Statistik** hinaus hat Fürst sich stets auch für die Einführung moderner Methoden und Techniken und die Rationalisierung der statistischen Arbeiten eingesetzt, u. a. für die Reduzierung der Großzählungen auf das unbedingt erforderliche Maß, für die Einführung von Stichprobenverfahren (z. B. Mikrozensus und Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) und für den frühzeitigen Übergang auf die elektronische Datenverarbeitung.

Große Aufmerksamkeit hat er ferner der Verbreitung statistischer Ergebnisse - damals vor allem durch ein differenziertes Veröffentlichungssystem - und der **Öffentlichkeitsarbeit** gewidmet in der richtigen Erkenntnis, dass die besten Ergebnisse nichts nutzen, wenn sie nicht in wirksamer Form an die Konsumenten herangetragen werden. Fürst hat es vor allem auch verstanden, auf vielen Wegen die Wirtschaft, die seit jeher in erheblich stärkerem Maße als die Bevölkerung zu statistischen Erhebungen herangezogen wird, vom Nutzen der amtlichen Statistik zu überzeugen.

Einen beträchtlichen Teil seiner Arbeitskraft hat Fürst schließlich **der internationalen Zusammenarbeit** gewidmet. Er war u. a. einer der Mitbegründer der "Konferenz Europäischer Statistiker" in Genf und zeichnete sich hier und in einer Reihe weiterer Organisationen, denen er in amtlicher Eigenschaft oder als gewähltes Mitglied angehörte, durch intensive Mitarbeit aus. Vor allem seinen hervorragenden Kenntnissen und diplomatischen Fähigkeiten ist es zu verdanken, dass wir im Ausland sehr schnell wieder aus einem mit Reserve betrachteten Außenseiter zu einem geachteten Mitglied statistischer Gremien und zu einem geschätzten Gesprächspartner geworden sind.

Ein stolzer Augenblick in seinem Leben war es zweifellos - und für den Architektensohn ganz besonders -, als er ein **neues Bürogebäude für das StBA** durchgesetzt hatte und die Bundesstatistik 1955 aus 14 über die Stadt verstreuten Behelfsunterkünften in das helle, zweckmäßig eingerichtete 14stöckige Hochhaus einziehen konnte.

Wegen seiner großen Verdienste um die Bundesstatistik und seiner herausragenden Leistungen wurde Fürsts Amtszeit, was nur ganz ausnahmsweise geschah, dreimal verlängert. Er schied dadurch erst mit 67 Jahren Ende 1964 aus dem Bundesdienst aus. Während seiner aktiven

Dienstzeit hatte **er noch eine ganze** Reihe anderer wichtiger Funktionen ausgeübt und auf allen diesen Gebieten zahlreiche Ehrungen erfahren. So war er u.a. Bundeswahlleiter und Vorsitzender der Wahlkreiscommission, Vorsitzender oder Mitglied in nationalen und internationalen Regierungsgremien, Vorsitzender oder Vorstandsmitglied nationaler und internationaler wissenschaftlicher Gesellschaften usw.

Auch nach seiner **Pensionierung** war Fürst noch viele Jahre in ungebrochener Schaffenskraft tätig, u. a. als Gutachter für den Bundesrechnungshof und das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, als Sachverständiger für Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen bei internationalen Organisationen, als persönliches Mitglied im Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft, als Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft und als Organisator und Referent auf nationalen und internationalen Weiterbildungsveranstaltungen.

Gerhard Fürst gehört zu den nun schon fast legendären Männern "der ersten Stunde", die am Wiederaufbau und dem Werden und Wachsen unseres Staates maßgeblich beteiligt waren. Durch sein Wirken und unter seinem Einfluss hat sich die amtliche Statistik in der Bundesrepublik in kürzester Zeit zu einem leistungsfähigen Instrument einer umfassenden Wirtschafts- und Gesellschaftsbeobachtung, zu einer unentbehrlichen Grundlage für politische Entscheidungen und zu einer objektiven, vielseitigen Informationsquelle für die breite Öffentlichkeit und die wissenschaftliche Forschung entwickelt. Über den nationalen Rahmen hinaus hat Fürst der Bundesstatistik auch international zu hohem Ansehen verholfen.

Auszug aus: Kurzbiografie Gerhard Fürst
Statistisches Bundesamt/Wiesbaden

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im Januar 2002

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik - Dezernat Öffentlichkeitsarbeit - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortstraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: info@lds.brandenburg.de bezogen werden.
Veröffentlichungen mit dem ☐-Symbol rechts neben dem Verkaufspreis sind auch auf Disketten erhältlich.

Kennziffer	Titel	Preis in EUR
A I 1 - m 01/01 bis A I 1 - m 05/01	Bevölkerungsstand - Januar 2001 bis Mai 2001	je 1,25
A I 1; A V 2 - j/00	Bevölkerungsentwicklung und Flächen der kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden 2000	5,00
A II 1 - m 01/01 bis A II 1 - m 06/01	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene - Vorläufige Ergebnisse Januar 2001 bis Juni 2001	je 1,25
A II 1 - j/00	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 2000	1,75
A III 1 - m 01/01 bis A III 1 - m 06/01	Wanderungen - Januar 2001 bis Juni 2001	je 1,25
A VI 7 - m 11/01	Arbeitsmarkt November 2001	2,50
A VI 13 - j/97	Jahresbruttoentgelte der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer 1993 - 1997	3,25
B III 1 / 2 - j/01	Studierende an Hochschulen Wintersemester 2001/2002 Vorläufige Ergebnisse	2,00
C I 9 - 4j/01	Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung 2001	6,50
C II 2 - j/01	Ernteberichterstattung über Gemüse im Freiland und unter Glas oder Kunststoff 2001 Endgültiges Ergebnis	2,25
C III 2 - m 11/01	Schlachtungen und Fleischerzeugung November 2001	1,75
C III 3 - m 10/01	Milcherzeugung und Milchverwendung Oktober 2001	1,50
E I 1; 3 - m 11/01 E I 2 - m 11/01 E I 6 - j/00	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex November 2001 - Produktionsindex November 2001 - Investitionen 2000	3,75 2,00 3,00
E II 1 - m 10/01 E II 1 - m 11/01 E II 3; E III 3 - j/00	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) - Oktober 2001 - November 2001 - Ergebnisse der jährlichen Unternehmens- und Investitionserhebung	2,50 2,50 2,00
E III 1 - vj 3/01	Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe (Ausbaugewerbe) 3. Vierteljahr 2001	1,75
F II 1; 2 - m 11/01	Baugenehmigungen und Fertigstellungen November 2001	2,50
G I 1 - m 10/01	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel - Messzahlen - - Oktober 2001 Vorläufige Ergebnisse	2,00
G III 1; 3 - m 09/01 G III 1; 3 - j/00	Aus- und Einfuhr - September 2001 Vorläufige Ergebnisse - Endgültige Ergebnisse 2000	2,75 2,75
G IV 1 - m 10/01	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr Oktober 2001 und Sommerhalbjahr 2001	3,50
G IV 3 - m 10/01	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe - Messzahlen - - Oktober 2001 Vorläufige Ergebnisse	1,75
H I 1 - m 10/01 H I 1 - m 11/01	Straßenverkehrsunfälle - Oktober 2001 - Endgültiges Ergebnis - November 2001 - Vorläufige Ergebnisse	2,75 1,25
H II 1 - m 11/01	Binnenschifffahrt November 2001	2,50
K I 8 - j/00	Jugendhilfe 2000 Ausgaben und Einnahmen	2,75
L II 3 - j/00	Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2000 Ergebnisse nach der Jahresrechnung	12,00
M I 2 - m 12/01	Preisindex für die Lebenshaltung Dezember 2001	3,00
M I 4 - vj 4/01	Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke November 2001	2,00
P V 1 - j/01	Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse 2001	5,25
Beitrag; Heft 14	10 Jahre Mikrozensus	4,50
Daten+Analysen Heft III/2001	Quartalsheft III/2001	4,00
Kreiszahlen	Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland Ausgabe 2001	13,00
Gemeinschaftsveröffentlichung Berlin/Brandenburg Heft 9	Wirtschaft 2000	4,50
Daten+Konjunktur - 11/2001 - 12/2001	Ausgewählte Konjunktur- und Landesdaten für das Land Brandenburg in Bild und Zahl	- -

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“					
Heft	Themenhefte	Preis	Heft	Querschnittshefte	Preis
1/1998	Die Entwicklung der Landwirtschaft Brandenburgs 1991 - 1997	4,00 EUR	4/2000	Verkehrsunfallentwicklung 1999 Amtliche Umweltstatistik Ausländische Studierende Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	4,25 EUR
2/1998	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1991 - 1997 Der Außenhandel Brandenburgs 1991 - 1996	2,50 EUR	5/2000	Industrieinvestitionen 1995 - 1998 Landtagswahl 1999 Tourismus 1999 Region Havelland-Fläming	5,25 EUR
4/1998	Kinder in Brandenburg	4,25 EUR	6/2000	Mikrozensus 1999 Insolvenzgeschehen Handwerk Umweltschutzzinvestitionen	4,50 EUR
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR	7/2000	Baugenehmigungsgeschehen im Bevölkerungszusammenhang Sozialhilfeleistungen 1994-1999 Landwirtschaftszählung 1999 Strafvollzug Sozialer Wohnungsbau 1999	4,75 EUR
3/2000	Statistischer Jahresbericht 1999	6,25 EUR	I/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2001	Jahresbericht 2000	6,25 EUR	II/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2001	„Ältere Menschen“	3,50 EUR	III/2001	Quartalsheft	4,00 EUR

Statistisches Jahrbuch 2001 des Landes Brandenburg



Landes Brandenburg vor.

Das Statistische Jahrbuch 2001 gehört zu den bekanntesten und am meisten nachgefragten Veröffentlichungen des LDS. Der Nutzer findet statistische Aussagen zu fast allen Lebensbereichen des Landes Brandenburg sowie ausgewählte, vergleichende Daten zu anderen Bundesländern und Deutschland.

Selbstverständlich kann hier nur eine begrenzte Auswahl von Daten aufgenommen werden. Weiterführende Daten finden sich aber in speziellen Veröffentlichungen des Landesbetriebes, worauf an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen wird.

In einer nun schon traditionellen Pressekonferenz stellte der Innenminister des Landes Brandenburg Jörg Schönbohm gemeinsam mit dem Präsidenten des LDS BB, Arend Steenzen, im Januar 2002 die neue Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs des

Neu hinzugekommen sind in der aktuellen Ausgabe im Abschnitt „Gebiet und Bevölkerung“ Angaben über Einbürgerungen im Land Brandenburg.

Ergebnisse der Ende 1999 erstmals erhobenen Pflegestatistik sind unter „Sozialleistungen“ aufgeführt.

Der Abschnitt „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“ wurde erheblich erweitert.

Das **Buch** (ISBN-Nr. 3-931767-08-6) und die **CD-ROM** (ISBN 3-931767-09-4) kosten jeweils 20 EUR.

Buch und CD (ISBN-Nr. 3-931767-10-8) haben den Vorteilspreis von 30 EUR.

Bestellungen bitte an den

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Öffentlichkeitsarbeit
Postfach 60 10 52



14410 Potsdam



Fax: 0331 39-418



E-Mail: info@lds.brandenburg.de/lds